

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Verhandlungen der ... Versammlung des ... Landtags des Freistaats Oldenburg

Staat Oldenburg

**Oldenburg, [O.], Landtag 1.1849 - 6.1852; 30.1905/08 -
33.1916/19; 1.1919/20 - 5.1928/30[?]**

2. Sitzung, 13.07.1920

[urn:nbn:de:gbv:45:1-90141](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-90141)

Stenographischer Bericht

über

die Verhandlungen

der

1. Versammlung des II. Landtags des Freistaats Oldenburg.

Zweite Sitzung.

Oldenburg, den 13. Juli 1920, vormittags 10 Uhr.

- Tagesordnung:**
1. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Birkenfeld, betr. die Wahl der Gemeinderäte und des Landesausschusses. 1. Lesung. (Anlage 1.)
 2. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Birkenfeld, betr. die Landesparkasse zu Birkenfeld. 1. Lesung. (Anlage 3.)
 3. Bericht des Finanzausschusses, betr. den Entwurf eines Gesetzes für die Landesteile Oldenburg und Birkenfeld, betr. Aenderung des Gesetzes vom 24. April 1906, betr. Aenderung des Gesetzes vom 30. Dezember 1899 über die Gerichtskosten und die Gebühren der Zeugen und Sachverständigen. 1. Lesung. (Anlage 19.)
 4. Formliche Anfrage des Abg. Schmidt (Zettel).
 5. Formliche Anfrage des Abg. Müller.
 6. Bericht des Besoldungsausschusses zu der Eingabe des Ortskartells Birkenfeld (Nahe), wegen Gewährung der höheren Teuerungszulagen für besonders teure Orte an die in Orten der Bürgermeistereien Birkenfeld (Nahe), Niederbrombach und Nohfelden wohnhaften Beamten mit Wirkung ab 1. Januar 1919.
 7. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Vorlage, betr. Anstellungsbedingungen für einen Waffenmeister und einen Zahlmeister der Oldenburger Sicherheitspolizei. (Anlage 17.)
 8. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. Verkauf einer Grundfläche an die Brandfassenverwaltung. (Anlage 2.)
 9. Bericht des Finanzausschusses zu Anlage 7.
 10. Bericht des Finanzausschusses über die Anlage 6.
 11. Bericht des Finanzausschusses über die Anlage 9.
 12. Bericht des Finanzausschusses nebst Nachfuge über die Vorlage des Staatsministeriums, betr. Unterbringung des Gymnasiums im alten Palais am Damm. (Anlage 16.)
 13. Bericht des Finanzausschusses, betr. Unterhaltung des Piers in Brake. (Anlage 5.)
 14. Bericht des Finanzausschusses über die Anlage 18.
 15. Bericht des Finanzausschusses über den Antrag der Staatsregierung, betr. Bereitstellung von 450 000 M für die Einrichtung des alten Schlosses als Landesmuseum. (Anlage 13.)
 16. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. Zuschuß für das Technikum in Barel. (Anlage 21.)
 17. Bericht des Finanzausschusses zu der Bittschrift des Schulausschusses des Technikums Barel um Aufklärung über die Schulgelddrage am Technikum Barel.



18. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Eingabe der Landeskommission für Bauarbeiterschutz vom April 1920.
 19. Bericht des Finanzausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Oldenburg, betr. die Besteuerung von Schußwaffen. 1. Lesung. (Anlage 14.)

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Am Regierungstische: Ministerpräsident Tanzen und Staatsminister Dr. Driver.

Präsident: Ich eröffne die Sitzung und bitte den Herrn Schriftführer, die Niederschrift der letzten Sitzung zu verlesen. (Abg. Denis verliest die Niederschrift der 1. Sitzung.) Werden Einwendungen gegen die Niederschrift erhoben? Das ist nicht der Fall, dann ist sie festgestellt. Ich bitte jetzt den Herrn Schriftführer, die Eingänge mitzuteilen. (Abg. Bartels verliest die Eingänge.) Ist der Landtag mit den Ueberweisungen einverstanden? Es ist der Fall. Ich habe weiter mitzuteilen, daß die Anlage 11 von der Staatsregierung zurückgezogen ist. Es ist überreicht eine Petition betreffend Rechtsschutz von dem Arbeiter Friedrich Bögermann aus Oldenburg. In Uebereinstimmung mit dem Vertrauensauschuß schlage ich vor, die Petition dem Archiv zu übergeben, ohne darüber zu verhandeln. Der Landtag ist einverstanden. Es ist weiter eingegangen ein selbständiger Antrag von dem Abg. Müller:

Ich beantrage, der Landtag wolle folgendem Gesetzentwurf zustimmen:

Gesetzentwurf, betr. Aenderung des Schulgesetzes für das Herzogtum Oldenburg vom 4. Februar 1910. Im § 100 des Schulgesetzes wird der zweite Satz, lautend:

Die Festsetzung des Schulgeldes bedarf der Genehmigung des Oberschulkollegiums, gestrichen.

Will der Landtag diesen Antrag in Betracht ziehen? (Ja.) Er ist dem Verwaltungsausschuß überwiesen. Der Landtag ist mit der Ueberweisung einverstanden. Weiter ist eingegangen ein selbständiger Antrag des Abg. Dr. Bipp:

Ich beantrage, der Landtag wolle beschließen:

Der im § 1 Abs. 5 des Gesetzes vom 16. Juni 1919 vorgesehene Zuschlag wird für die Abgeordneten aus den Landesteilen Birkenfeld und Lübeck auf 25 *M* erhöht.

Ich frage, ob der Landtag diesen in Betracht ziehen will. Es ist der Fall. Er wird dem Finanzausschuß zu überweisen sein. Der Landtag ist einverstanden. Eingegangen sind sodann zwei förmliche Anfragen, zunächst von Schmidt (Betel) folgenden Inhalts:

1. Welche Ursachen haben nach Ansicht der Staatsregierung die in den letzten Tagen stattgefundenen LebensmittelDemonstrationen?
2. Wie hat die Staatsregierung sich den Demonstrationen gegenüber verhalten, und was gedenkt sie zu tun, ähnliche Vorkommnisse in Zukunft zu verhindern?

Zweitens eine förmliche Anfrage von dem Abg. Müller folgenden Wortlauts:

Ist die Staatsregierung in der Lage und bereit, folgende Fragen zu beantworten:

1. Hat die Regierung auf Grund der Nachrichten aus Bremen und Delmenhorst über die in diesen Städten ausgebrochenen Lebensmittelunruhen irgendwelche Vorkehrungen getroffen und welche?
2. Wann hat die Regierung erfahren, daß in Oldenburg, Delmenhorst und anderen Städten Unruhen ausgebrochen waren, bzw. auszubrechen drohten, und was hat sie zu deren Unterdrückung bzw. Abwendung getan? Wann insbesondere hat sie die Sipo und die anderen ihr zur Verfügung stehenden Mittel zum Schutze der persönlichen Sicherheit und des Eigentums eingesetzt?
3. Hat die Staatsregierung die Urheber der Demonstration ermittelt?

Ich habe diese beiden förmlichen Anfragen auf die heutige Tagesordnung gesetzt. Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein. Der erste Gegenstand ist

Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Birkenfeld, betr. die Wahl der Gemeinderäte und des Landesausschusses. 1. Lesung.

Der Verwaltungsausschuß beantragt:

Der Landtag wolle dem vorliegenden Gesetzentwurf seine verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Ich eröffne die Beratung über diesen Ausschußantrag und über den Gesetzentwurf, wie er in der Anlage 1 enthalten ist, und gebe das Wort dem Berichterstatter Herrn Abg. Dörr.

Abg. **Dörr:** M. H.! Die Revolutionsregierung in Birkenfeld hat im vorigen Herbst nach Auflösung des Landesausschusses und Absetzung der Regierung Neuwahlen angeordnet für den Landesausschuß und für die Gemeindevertretungen. Die Wahlen sind vor sich gegangen, und die betreffenden Körperschaften sind seither in Funktion. Nach dem Eintritt gesetzmäßiger Zustände in Birkenfeld ist es im Interesse der Rechtsicherheit erforderlich, daß nachträglich diese Neuwahlen legalisiert werden. Das will die Anlage 1. Der Verwaltungsausschuß beantragt die Annahme des Gesetzentwurfes. In dem Bericht haben sich einige Fehler eingeschlichen. Ich werde ein berichtigtes Exemplar in der Registratur des Landtages niederlegen.

Präsident: Das Wort ist nicht weiter gewünscht? Ich schließe die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte die Abgeordneten, die den Antrag des Ausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Der Antrag ist angenommen. Anträge zur 2. Lesung sind bis Mittwoch, morgens 10 Uhr, einzureichen.

Der 2. Gegenstand der Tagesordnung ist Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Birkenfeld, betr. die Landesparkasse zu Birkenfeld. 1. Lesung.

Der Ausschuss beantragt im Antrage 1:

Annahme der §§ 1—10.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrage, zum § 1 und zum Gesetzentwurfe im allgemeinen. Das Wort hat der Berichterstatter Herr Abg. Dörr.

Abg. **Dörr**: Die Verhältnisse der Landesparkasse in Birkenfeld sind geregelt durch ein Gesetz vom 12. Februar 1900. Im Jahre 1913 war dem Landtag eine Vorlage gemacht, durch die die Sparkasse weiter gebracht werden sollte, analog der Landesparkasse im Landesteil Oldenburg. Eine Einigung über den damaligen Entwurf konnte nicht erzielt werden, weil die Meinungen zwischen Landtag und Staatsregierung über die Verwendung der Ueberschüsse auseinandergingen. So ist es gekommen, daß die Birkenfelder Landesparkasse in ihrer Entwicklung stehen geblieben ist. Der vorliegende Gesetzentwurf bezweckt, diesem Mangel abzuwehren und auch der Birkenfelder Landesparkasse die Möglichkeit zu eröffnen, sich die Vorteile zuzueignen, die inzwischen die hiesige Landesparkasse durch die Gesetzgebung bekommen hat. Es handelt sich insbesondere um die Einführung der täglichen statt der monatlichen Verzinsung, ferner um die Möglichkeit, Konto-Korrent-Verkehr, Scheckverkehr einzuführen und um die Verwahrung von Wertpapieren zu übernehmen.

Präsident: Ich eröffne die Beratung zum § 2, 3 ... 10. Der Ausschuss beantragt im Antrage 2:

Annahme des § 11 unter Streichung des Wortes „unentgeltlich“ in Absatz 2, Satz 1.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrage und zum § 11. Das Wort ist nicht verlangt? Wir kommen zum Antrage 3:

Annahme der §§ 12—35.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrage und zum § 12, 13 ... 35. Das Wort ist nicht verlangt? Ich eröffne die Beratung zum Antrage 4:

Annahme des § 36 in folgender Fassung:

Die Rücklage wird aus den nach der Bilanz sich ergebenden Ueberschüssen gebildet. Solange die Rücklage 4 vom Hundert der Einlageguthaben nicht erreicht, ist ihr der Reingewinn ganz zuzuführen, danach bis zur Erreichung von 5 vom Hundert des Einlageguthabens die Hälfte, weiter bis die Rücklage 6 vom Hundert erreicht hat $\frac{1}{4}$.

Das Wort wird nicht verlangt? Ich eröffne die Beratung zum Antrage 5:

Annahme des § 37.

und zum Antrage 6:

Annahme des § 38 in folgender Fassung:

Das Gesetz für das Fürstentum Birkenfeld vom 12. Februar 1900, betreffend die Reorganisation der Ersparungskasse, tritt außer Kraft.

Das Wort ist nicht verlangt? Ich schließe die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge 1—6.

Ich bitte die Herren, die diese Anträge annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Die Anträge sind angenommen. Anträge zur 2. Lesung bitte ich bis morgen früh 10 Uhr einzureichen.

Der 3. Gegenstand der Tagesordnung ist ein

Bericht des Finanzausschusses, betreffend den Entwurf eines Gesetzes für die Landesteile Oldenburg und Birkenfeld, betreffend Aenderung des Gesetzes vom 24. April 1906, betreffend Aenderung des Gesetzes vom 30. Dezember 1899 über die Gerichtskosten und Gebühren der Zeugen und Sachverständigen. 1. Lesung.

Der Finanzausschuss beantragt:

Annahme des Gesetzentwurfes im ganzen.

Ich eröffne die Beratung über diesen Antrag und über die drei Artikel des Gesetzentwurfes. Das Wort hat der Berichterstatter Herr Abg. Hartong (Birkenfeld).

Abg. **Hartong**: Bei der Feststellung des Berichts ist ein Versehen vorgekommen. Es muß am Ende des ersten Absatzes nicht heißen 24. 4. 1906, sondern 30. Dez. 1899. Es ist auch noch ein Schreibfehler zu berichtigen. Im letzten Absatz im vorletzten Satz muß es heißen statt „Unsicherheit“ „Unstetigkeit“. Es handelt sich hier um die landesgesetzlich zu erhebenden Gerichtskosten in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Der frühere Standpunkt, daß von diesen Gerichtskosten eine besondere Einnahmequelle nicht zu schaffen sei, muß aufgegeben werden angesichts unserer ersten Finanzlage und der bedeutend erhöhten Kosten für die Einrichtung der Gerichte. Ich hätte es gern gesehen, wenn auch einzelne Gebührensätze noch erhöht worden wären, ich denke namentlich an die Sätze für Pflegschaften, Beistandschaften, Vormundschaften. Insbesondere hätte ich gewünscht, daß die Grenze von 4000 M., bis zu welcher diese Sachen von Gebühren frei sind, etwas herabgesetzt worden wäre, wenigstens für Birkenfeld, da wir dort verhältnismäßig viele kleine Vermögen haben. Aber in diese Materie einzudringen, war bei der Kürze der Zeit und dem Umfang der hierzu erforderlichen Vorarbeiten nicht wohl möglich. Wir haben es eben mit einem Notgesetz zu tun, wie das auch der Fall ist bei dem uns vorliegenden Gesetz über die Erhöhung der Gebühren in Verwaltungssachen. Ich beantrage namens des Ausschusses Annahme des ganzen Entwurfs.

Präsident: Das Wort wird nicht weiter verlangt? Ich schließe die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung und ich bitte die Herren, die den Antrag des Ausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Der Antrag ist angenommen. Anträge zur zweiten Lesung bitte ich bis Mittwoch, 10 Uhr vormittags, einzureichen.

4. und 5. Gegenstand der Tagesordnung sind die eingangs mitgeteilten förmlichen Anfragen der Abgg. Schmidt (Betel) und Müller. Ich halte es für zweckmäßig, wenn der Landtag und die Staatsregierung damit einverstanden sind, beide zusammen zu verhandeln. Widerspruch erfolgt nicht. Dann gebe ich zur Vorbringung und Begründung der Anträge Herrn Abg. Schmidt (Betel) das Wort.

Abg. **Schmidt**: M. H.! Vor wenigen Tagen fanden in Städten des Landes und in vielen größeren Orten Lebens-

mittelunruhen statt. Die Kaufleute wurden gezwungen, zu einem von den Demonstranten festgesetzten Preise ihre Waren zu verkaufen, das heißt, in den meisten Fällen mit Verlust, oder sie mußten ihre Waren umsonst weggeben. Stellenweise kam es zu größeren Gewalttätigkeiten, zu Plünderungen und sonstigen Ausschreitungen.

Die für die Sicherheit des Staates verantwortlichen Stellen haben die Pflicht, sich zu fragen nach dem Grunde solcher Vorkommnisse.

Die Hauptursache liegt m. E. in der Not der Zeit, besonders auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung und in der Bekleidungsfrage bei den minderbemittelten Schichten der Bevölkerung, nicht etwa bei den Arbeitern allein. Diese Massen sehen in demjenigen, der die notwendigen Bedürfnisse und Bedarfsartikel des täglichen Lebens zu hohen Preisen feilbietet, den Urheber der Teuerung, und ihr Unwille richtete sich gegen den Kleinkaufmann, der letzten Endes die Waren direkt dem Konsumenten zuführt.

Der wirklich Schuldige sitzt in den meisten Fällen aber anderswo. Vielleicht ist hier und da der Produzent schuldig, in den meisten Fällen aber ist der Hauptschuldige an der übermäßigen Teuerung der Ware der Wucherer und Schieber, diese Kinder der Kriegsgesellschaften, der Klippen, die sich aufgebaut haben im Strom des deutschen Wirtschaftslebens, hemmend und lähmend und darum die Waren verteuern.

Sehr oft schon ist aus diesem Hause laut geworden, daß es anders werden muß, und ich weiß auch, daß die oldenburgische Regierung keine Gelegenheit hat vorübergehen lassen, auf das verderbliche Wirken der Kriegsgesellschaften hinzuweisen, aber leider ohne Erfolg. Sie sind entstanden im Kriege unter der alten Regierung und sind von ihr konsolidiert. Aber die Regierung der deutschen Republik hat nicht energisch Front dagegen gemacht, nicht energisch gewirkt gegen das unheilvolle Treiben dieser Kreise. Die Preistreiberieen nehmen kein Ende und, meine Herren, die Grenze des Erträglichkeit ist erreicht, und da ist es kein Wunder, wenn, wie wir gesehen haben, es zu Explosionen kommt.

Es ist so, daß viele in der großen Masse kein genügendes Urteil haben, daß sie nicht wirtschaftspolitisch geschult sind und erkennen, wo die Schuld liegt. Sie treffen den kleinen Kaufmann. Der ist, wie ich schon sagte, in sehr wenigen Fällen schuld. Die meisten kleinen Kaufleute bedauern außerordentlich die kolossalen Preistreiberieen. Derjenige, der getroffen werden soll, ist weit vom Schuß.

Es ist ja auch ferner leider so, daß infolge des Krieges und infolge der gesunkenen Moral der Maßstab für das, was recht ist und das, was Ordnung bedeutet, abhanden gekommen ist, und so kommt es zu Uebergriffen auf Leben, Gesundheit und Eigentum.

M. H.! So wie die Demonstrationen psychologisch wohl zu verstehen sind, so sind sie andererseits auf das schärfste zu verurteilen, sie sind zwecklos, denn erreicht wird absolut nichts dabei, es wird Schaden angerichtet, und letzten Endes Schaden für den Konsumenten selbst, denn die Produktion, die gefördert werden muß, damit wir weiter kommen, wird gelähmt; der Kaufmann scheut sich, Waren hereinzunehmen, weil ihm die Sache zu unsicher ist, und so haben die Konsumenten schließlich den größten Nachteil davon,

insofern, daß es überhaupt keine Waren mehr gibt im freien Handel.

Es muß der Regierung zur Pflicht gemacht werden, dafür zu sorgen, daß derartige Störungen der öffentlichen Ordnung nicht vorkommen. Die demokratische Regierung insbesondere darf sich die Herrschaft der Straße nicht gefallen lassen. Tut sie das, dann ist es mit dem Staatsleben und mit der Sicherheit des Staates zu Ende.

M. H.! Hier im oldenburgischen Lande gehen die unsinnigsten Gerüchte um über die Untätigkeit, die die Behörden, insbesondere die Staatsregierung, an den Tag gelegt haben bei den Unruhen der verflochtenen Tage. Es wird insbesondere der Regierung zum Vorwurf gemacht, daß sie nicht schleunigst und rechtzeitig eingegriffen hat.

Diese Anfrage, meine Herren, ist insbesondere gestellt in der Absicht, der Regierung hier Gelegenheit zu geben, klar und unzweideutig vor der Öffentlichkeit zu sagen, was sie getan hat gegen die Unruhen und gegen die Unruhestifter, und welche Mittel sie in der Hand hat, um künftig Störungen der öffentlichen Ordnung erfolgreich gegenüberzutreten.

Präsident: Das Wort hat zur Vorbringung und Begründung der förmlichen Anfrage Herr Abg. Müller.

Abg. **Müller:** Den letzten Ausführungen des Herrn Abg. Schmidt (Zetel) kann ich mich anschließen. Ich bin aber in einigen Punkten anderer Ansicht. Wenn Abg. Schmidt sagt, daß die Teuerung die Ursache der Unruhen gewesen wäre, so kann das in gewisser Weise zutreffen, aber die Teuerung war im Abbau begriffen. Ich weise darauf hin, daß Kolonialwaren erheblich billiger waren und daß auch die Preise für Schuhzeug im Abstieg begriffen waren. Wie es angehen konnte, daß plötzlich derartige Unruhen entstanden, ist mir ein Rätsel. Die Sache ist von Bremen ausgegangen und hat auf Delmenhorst übergegriffen. Da hätte es nahe gelegen, daß durch die Ereignisse in Bremen die Behörden gewarnt gewesen wären und Vorkehrungen getroffen hätten, so daß derartige Sachen sich dort, wo bisher alles ruhig war, nicht ereigneten. Es geht nicht an, daß diese öffentliche Sicherheit vernichtet wird. In erster Linie sind die Gemeindebehörden verpflichtet, für Ruhe und Ordnung zu sorgen, aber nach der Gemeindeordnung arbeiten die Gemeinden als Beauftragte des Staates und sind dem Staate voll verantwortlich dafür, daß Ordnung gehalten wird. Wenn es zu solchen Ausschreitungen kommt, — ich habe einige Läden in Delmenhorst gesehen, es war ein Trümmerfeld — dann hat die Staatsregierung die Pflicht, von den Gemeindebehörden Rechenschaft zu verlangen über das, was sie getan haben, und ich möchte wissen, ob in dieser Beziehung Maßregeln getroffen sind, um festzustellen, wie die Ereignisse sich abgespielt haben und ob irgend etwas versäumt ist. Auch in Oldenburg ist der Schutz zu spät gekommen. Es konnte mehrere Stunden geplündert werden, trotzdem die Behörden am Platze sind, auch die höhere Behörde. In einer halben Stunde hätte alles geordnet werden können. Es ist unbegreiflich, wie z. B. die Demonstration ihren Ausgang von den Eisenbahnwerkstätten nehmen konnte. Die Eisenbahnwerkstätten kann man als gewöhnlicher Sterblicher nicht betreten, ohne die Pfortnerwarte zu passieren.

Wie war es möglich, dort so hineinzudringen und die Arbeiter zum Verlassen der Werkstätten zu veranlassen? Vor allen Dingen ist festzustellen, ob die Regierung bemüht gewesen ist, die Urheber zu ermitteln und zu veranlassen, daß dieselben bestraft werden. Eine derartige Unsicherheit kann nicht bestehen bleiben und auch zu nichts führen. Herr Schmidt (Zetel) hat ausgeführt, daß die Waren verschwinden werden. Ein Kaufmann, der sich so schon unsicher fühlt durch die Zwangsmaßnahmen, der wird sich hüten, Waren zu bestellen. Die Unruhestifter werden erreichen, daß das Land von Waren entblößt wird. Das muß verhütet werden. Gewiß, einen großen Teil der Schuld haben die Kriegsgesellschaften, die auch ich beklage, aber ein großer Teil der Schuld liegt auch darin, daß unsere Währung so schlecht ist und daß wir uns finanziell dem Auslande gegenüber in einer so schlechten Lage befinden. Unsere finanzielle Lage ist so, daß wir damit rechnen müssen, daß die Mark nur 10 Pfg. wert ist, aber die Besserung der Währung wird nicht eher erfolgen, bis Ruhe und Ordnung herrscht, und solche Ereignisse können nur dazu beitragen, die Währung zu verschlechtern.

Präsident: Ich frage die Regierung, ob und wann sie die Anfrage beantworten will? (Sofort!). Ich bitte Herrn Ministerpräsident, das Wort zu nehmen.

Ministerpräsident Tanzen: M. H.! Das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft bieten einen traurigen Anblick: Kein Zusammenarbeiten, kein Verstehen, ja vielfach kein Verstehenwollen. Nach dem moralischen Zusammenbruch, unter dem das Volk noch heute leidet, werden vielfach die Pflichten ganz vergessen, und es wird nur immer von Rechten gesprochen. Keine Erziehung und kein Wort allein nutzen etwas, so lange ein Teil des Volkes nicht die notwendigsten Bedürfnisse befriedigen kann, mit anderen Worten: Der Hunger wirft uns immer alles wieder um. Wir sehen immer mehr in Deutschland zwei große Richtungen sich entwickeln, auf der einen Seite die Richtung, die auf Schritt und Tritt uns verfolgt, die uns immer nahe ist bei der Beratung jeder Vorlage, mögen wir hinsehen im Wirtschaftsleben wo wir wollen, die Schicht, welche darauf bedacht ist, ihren Besitz zu erhalten und ihr Einkommen möglichst ungeschmälert aus dem Kriege herüberzubringen, die Schicht der Besitzenden, die Schicht, welche vor allen Dingen die Produktionsmittel in der Hand haben. Wir müssen das sagen und offen aussprechen. Die oldenburgische Regierung ist sich darin völlig einig. Auf der anderen Seite die Schicht der Nichtbesitzenden, die Schicht derjenigen, die in ihrem Renteneinkommen so ungeheuer geschmälert sind, daß sie absolut, um den Ausdruck zu gebrauchen, zu den Proletariern gehören, die Schicht derjenigen, die unter der bevorstehenden Krise der Industrie zu leiden haben werden, die Schicht, die Sorge haben muß von einem Tage zum anderen, daß sie die notwendige Arbeit, das Leben zu fristen, nicht mehr bekommen. Zwischen diesen beiden großen Schichten die Regierung, die vermitteln soll, die ausgleichen soll, die Verständnis herbeiführen soll, damit nicht der Kampf ausgefochten wird zwischen ihnen auf der einen und auf der anderen Seite mit Mitteln, die ganz gewiß den völligen Zusammenbruch unseres Volks- und Wirtschaftsleben bedeu-

ten würde. Wenn aber das gelingen soll, so muß Verstehen auf allen Seiten sein, ich merke davon manchmal noch recht wenig, bei denjenigen wenig, die darauf bedacht sind, sich mit allen Mitteln zu klammern an die Vorrechte des Besitzes, aus diesem Besitze dieselbe Rente zu haben, wie vor dem Kriege und sich nicht mit einem bescheidenen Profit zufrieden geben, dadurch immer erneut die anderen großen Schichten aufzureizen, die auch in vielen Kreisen gar kein Verstehen wollen, da man hier eben nicht glaubt, daß durch Vermittlung dieser beiden wirtschaftlichen Ströme ein Wiederaufbau möglich wird. Und über dieses ganze, wenn wir uns das Leben der Menschen ansehen, da schwebt die Sorglosigkeit in Unvernunft. Wir sehen die Menschen, die früher bei Tanz und Spiel sich vergnügten. Ich merke in weiten Volksschichten noch garnicht, daß der Ernst unserer Lage erkannt wird, es ist nach wie vor ein Weiterleben, als wenn Krieg und Umwälzung nicht über uns hereingebrochen wären, (Zwischenruf) ja, es ist in der Tat so, manchmal kommt es einem vor, als wenn es noch schlimmer wäre als es früher war. Dazu kommt noch, und wir merken das heute recht deutlich, daß wir nicht nur mit den inneren Schwierigkeiten uns auseinandersetzen haben, daß außerhalb Deutschlands die Macht steht, welche uns Vorschriften machen, uns weiter knebeln will. Auch weiß man nicht, ob das Ziel dieser westeuropäischen Imperialisten und Kapitalisten, die sich als Sieger bezeichnen, das ist, daß das deutsche Volk mit seinen 60 Millionen wieder arbeiten soll oder ob das Ziel ist, dieses Volk zu dezimieren auf 30—40 Millionen, unter allen fürchterlichen Kämpfen, die dieses Volk dann durchzumachen hat. So sehen sich für mich die Verhandlungen in Spaan an. Also ein dauerndes an die Gurgel fassen, mit der Folge, daß den Kindern der Armut das letzte Stück Brot genommen ist. Hierunter hat die Regierung in Deutschland schwer zu leiden. Wer etwa die Aufgaben der Regierung von heute mit denen von vor dem Kriege vergleichen und denselben Maßstab anlegen will für das, was Recht und Ordnung vor dem Kriege war, der versteht von Politik gar nichts. (Sehr richtig!) Ihre Aufgaben sind ungeheuer viel schwieriger, als sie jemals gewesen sind. Trotzdem bin ich mit beiden Interpellanten durchaus der Meinung, daß, wo eine Regierung der Mehrheit des Volkes irgendwo sitzt, sie alles daranzusetzen hat, um Recht und Ordnung durchzuführen. Bei dem Schwinden der Achtung vor dem Gesetz, wie es ja aus vielen Gründen geschehen ist, nicht zuletzt aus dem Grunde, daß das Wirtschaftsleben durch ungeheuer viele Zwangsbestimmungen in bestimmte Bahnen gelenkt werden sollte, ist das nicht immer leicht. Man kann ein Wirtschaftsleben auf die Dauer bei dem Mangel aller Waren, wo die Konkurrenz nicht ausgleichend wirkt, auch nicht durch Zwangsbestimmungen auf einen Weg bringen, der haltbar ist, er ist im Zusammenbrechen, und wir sehen, wie alle Menschen sich täglich vergehen, und wir halten doch noch die Bestimmungen aufrecht. Dadurch wird das Wichtigste, das Gesetz, was geschaffen ist, von der Mehrheit des Volkes, das jedem heilig und wichtig sein sollte, immer mehr untergraben.

Nun sind an vielen Stellen in Deutschland die sog. Lebensmittel Demonstrationen ausgebrochen. Eins gleich vorweg. Der Abg. Müller fragte nach den Ursachen, auch

Herr Abg. Schmidt sprach davon. Die Ursachen gedeihen auf dem Boden, den ich geschildert, aber ganz ohne äußeren Anstoß kommt das doch nicht. Nach den bisherigen Feststellungen, die gemacht sind, soweit Oldenburg in Betracht kommt — davon rede ich jetzt nur noch — sind auswärtige Agitatoren am Werke gewesen und haben versucht, an den verschiedenen Plätzen zunächst die Arbeiter, die ja bekanntlich in großer Zahl in den einzelnen Fabriken zusammen sind, zu gewinnen, sie herauszubringen, aufzuputchen und zu diesen Dingen hinzureißen. Ich kann nur sagen, daß ich neben den Kaufleuten, die den Schaden haben und neben der Unflughheit, die in der Veranstaltung liegt, die Arbeiter und den Teil des Volkes, der sich daran beteiligte, am meisten bedaure, denn sie setzen sich ins Unrecht, und wer sich ins Unrecht setzt, wird sich gefallen lassen müssen, daß weite Kreise sich gegen ihn wenden, und dadurch wird er immer schwächer in seinem ehrlichen und berechtigten Streben. Also diese auswärtigen Agitatoren, die hier gewesen sind, haben den äußeren Anlaß gegeben, eine Anzahl Feststellungen gemacht. Nähere Angaben will ich nicht machen, bevor der Staatsanwalt nicht die Feststellungen beendet hat. Ich kann nur sagen, um das Verhalten der unabhängigen Sozialdemokraten klar zu stellen, daß von Schortens der Führer der Unabhängigen Oldenburg angerufen und gesagt hat, es wären 3 auswärtige Leute da, die sie aufputchen wollten, und Oldenburg möchte kommen und sie festnehmen. Als wir dann hinkamen, war der Vogel ausgeflogen mit einem Auto und wir haben diese Leute leider nicht fassen können. Was ist nun geschehen im oldenburgischen Lande? Am Donnerstag, den 24. Juni, abends 7 Uhr, kam an das Ministerium die Meldung aus Delmenhorst, (Zuruf: 7 Uhr!?) — genau die Zeiten, die ich Ihnen angebe, ich habe mir sofort notiert an den Tagen, was in jedem Augenblick passiert ist, weil ich ja fühlen mußte, daß solche Dinge weiter verbreitet werden, daß sie vielleicht noch eine Aussprache herbeiführten. Es ist dann von Delmenhorst gesagt worden: Hilfe brauchen wir. Das war abends 7 Uhr. Bis abends 9¹/₂ oder 10 Uhr ist nach den mir gemachten Mitteilungen in Delmenhorst bis auf die Ausplünderung eines Geschäftes alles erledigt gewesen. Nach 10 Uhr ist dann noch ein Geschäft und zwar das von Hohenbücken mitgenommen worden. Ich komme auf die Maßregeln, die die Regierung getroffen hat gleich nacheinander. Ich sage zunächst, was in Oldenburg passiert ist. Am Freitagmorgen 8¹/₂ Uhr kam vom Stadtmagistrat die Mitteilung an das Ministerium, daß Demonstrationen bevorstünden, daß verhandelt würde. Gleichzeitig riefen die Vertreter der Arbeiterschaft an — ich will die Personen nicht nennen, aber bekannte Persönlichkeiten — und erklärten mir dasselbe. Beide Teile sagten, es würde dafür gesorgt werden, daß Ausschreitungen nicht vorkämen würden. Sonnabend, mittags 1 Uhr, wurde ich von Wilhelmshaven-Rüstringen angerufen, vom dortigen kaufmännischen Verband und einem Einzelkaufmann. Diese machten mir Mitteilung, daß Demonstrationen im Gange seien und zu Plünderungen auszuarten drohten. Ich habe dann meinerseits selbstverständlich sofort die Ortspolizeibehörde in Rüstringen angerufen, und von dort wurde mir mitgeteilt, daß der Magistrat einmütig der Auffassung sei, daß es zu

Plünderungen nicht kommen würde und sie ablehnten, irgendwelche staatliche Sicherungsmaßnahmen zu treffen. (Hört! hört!) Ich habe mich weiter dann in Verbindung gesetzt mit dem Stationschef und habe ihn unmittelbar gefragt, ob er in der Lage sein würde, bei weiterer Entwicklung der Dinge mit der Marine einzugreifen. Von dem ist mir die Mitteilung gemacht worden, daß er nur mit Zustimmung der Ortspolizeibehörde das würde tun können, wenn ich nicht allein die Verantwortung übernehmen und ihm Anweisung erteilen wolle. Die Antwort darauf war für mich sehr einfach. Wenn die Ortspolizeibehörde, wozu ich in Wilhelmshaven nichts hineinzureden habe, einmütig erklärte, daß keine Hilfe erforderlich sei, so soll ich kommen, den Magistrat absehen und sagen, die starke Faust soll Ordnung schaffen gegen euch, das würde eine völlig verfehlt Politik sein. Wenn auch die Polizeigewalt bei der Landespolizeibehörde liegt, das Gesamtministerium Polizeiverordnungen im Gemeinsam erlassen kann, so muß doch die Landespolizeibehörde sich zu der Einsicht und dem Ueberblick über die Ereignisse auf die Ortspolizeibehörde verlassen, und kann die Landespolizeibehörde nicht gegen den Willen der Ortspolizeibehörde zu einer Zeit eingreifen, wo ein Eingriff vielleicht viel üblere Folgen haben könnte, ganz abgesehen davon, daß man ja immer sich klar sein muß über den Umfang der Mittel, auf die ich gleich zu sprechen komme, die man haben muß, wenn man derartiges will. Ich will über das, was der Stationschef mir mitgeteilt hat, nicht reden. Es könnte das zu Mißdeutungen Anlaß geben; nur eins will ich sagen, daß man nicht so absolut sicher war, nachdem ein großer Teil der Marine aus Wilhelmshaven verlegt war, ob die Marine noch genügend Machtmittel hatte, selbst auf Anweisung der Landespolizeibehörde Oldenburg einzugreifen. Es ist dann leider in Wilhelmshaven auch zu Ausschreitungen pöbelhaftester Art gekommen, und am Sonntag ist dann auf Anfordern der Ortspolizeibehörde ein Teil der Sicherheitspolizei hinübergegeben worden. Am Sonnabend sind weiter in Barel Vereinbarungen getroffen, über die noch ein besonderes Wort zu sprechen wäre, ebenfalls in Nordenham. Die Vereinbarungen sind zustande gekommen unter der Leitung entweder des Amtes oder des Bürgermeisters unter Zuziehung von Kaufleuten, von Verbrauchern und häufig von Landwirten. Ich glaube nicht, daß diese Vereinbarungen einfach unter diesen Begriff „freiwillige Vereinbarungen“ fallen können, sondern die Vereinbarungen sind unter einem äußeren Druck erfolgt. Auch wenn rechtlich dagegen nichts zu sagen ist, keine Ausschreitungen erfolgt sind, auch keine Verkäufe, die irgendwelchen Charakter von Ausschreitungen mit sich brachten, so ist doch hier den Kaufleuten etwas abgepreßt worden, was sie, wenn sie ordnungsmäßig ihr Geschäft weiterführen wollen, auf die Dauer nicht würden ertragen können. Also die Freiwilligkeit liegt nicht vor. Aber stellen Sie sich einmal vor, nicht nur in Barel, sondern in sehr vielen ähnlichen Fällen ist das passiert, wie soll da eingegriffen werden. Es ist nicht eine Demonstration erfolgt, sondern Deputationen von Verbrauchern zusammen mit Kaufleuten und der Behörde haben verhandelt. Da ist ein Eingreifen vollständig unmöglich. Am Sonntag, vormittags 10 Uhr etwa, wurde ich von Sever angerufen, und zwar von Kaufleuten in Sever, daß dort Zwangsverkäufe

abgehalten würden, die auszuarten drohten in Plündererei. Ich holte mir dann die Ortspolizeibehörde ans Telefon und habe dieser die Anweisung gegeben, daß von 10 Uhr an Sonntagsruhe sei, die Geschäfte seien zu schließen, und ich würde, wenn es erforderlich sei, Hilfe von Oldenburg schicken, die in einer Stunde da wäre. Aber als diese Mitteilung erfolgte, ist dann alles ruhig auseinandergegangen. Die Severaner haben auch, wie mir mitgeteilt wurde vor einigen Tagen, alle eingesehen, daß sie Unrecht getan haben. Es sollen bis auf ganz kleine Reste alle Waren, die zunächst einen Wert von 1—1½ Millionen hatten, zurückgebracht sein. Dann einige Worte über Brake. In Brake war f. Zt. bereits der Streik ausgebrochen, von den verschiedensten Seiten wurde ich angerufen, daß auch dort Plünderungsdemonstrationen in Aussicht ständen, daß die Unternehmer in einer unangenehmen Lage seien. Ich habe mir dann, nachdem ich mit den Unternehmern gesprochen hatte, einige Vertreter der Arbeiterschaft geholt, u. a. den bekannten Führer der dortigen Mehrheitssozialdemokratie, die haben mir auf Ehrenwort versichert, daß sie weder demonstrieren wollten, noch daß sie plündern wollten. Daß sie in ihrem Streikrecht auch von einer demokratischen Regierung in keiner Weise beeinträchtigt werden, ist selbstverständlich. Ich habe, weil in Brake neben anderen vielen anderen sog. Ortswehren im Lande auch dort eine ausreichende Wehr ist, bei denen im allgemeinen zufällig die Arbeiter in der Mehrheit sind, habe ich ganz besonders dieser Ortswehr und ihren Führern eingeschärft, daß es für sie und für die Regierung ein Ehrenpunkt sei, daß nichts passiere. Ich hebe das hervor, weil in Brake, wo also die Gewehre in der Mehrheit in der Hand der Arbeiter sind, nichts passiert ist und daß es den Führern der Arbeiterschaft anzurechnen ist, mir erklärt zu haben, wenn etwas passiert, werden wir dagegen einschreiten oder legen unser Amt nieder und stellen uns der Regierung zur Verfügung, damit sie mit andern Mitteln vorgehen kann. Das ist in Brake nicht nötig gewesen. Zu meiner großen Freude haben dort die Arbeiter die Disziplin gehalten, die ich von ihnen erwartet habe. Kleine Bewegungen sind in Berne, Rodenkirchen, Zwischenahn, Hude und Schortens gewesen, alles Dinge, die von untergeordneter Bedeutung waren, aber auch so den Charakter hatten zwischen Freiwilligkeit und Erpressung, ohne daß erhebliche Ausschreitungen vorgekommen sind. Was ist nun dagegen unternommen worden von Seiten der Landespolizeibehörde, von Seiten des Ministeriums des Innern? Ich habe schon gesagt, welche Stellung die Landespolizeibehörde hat, daß zunächst nach der Verfassung wie nach der Gemeindeordnung die Ortspolizei für Ruhe und Ordnung zu sorgen hat. Das Ministerium kann über den Kopf der Ortsbehörde jederzeit eingreifen. Wann kann das nun geschehen? Man muß auf die Urteilsfähigkeit der Ortspolizeibehörde rechnen können, denn es ist eine Unmöglichkeit, wo in allen Orten in Zeiten wie heute die politischen Verhältnisse der Bevölkerungsklassen zu einander verschieden sind, überall die gleichen Mittel anzuwenden, denn wer nur die Ordnung und Autorität aufrecht erhalten will mit Maschinengewehren, der kommt nicht zurecht. Erst kommt eine vernünftige Regierungsmethode und wenn die vorher geht, so muß hinterher selbstverständlich, wenn alles nicht fruchtet, als Machtmittel das Maschinengewehr

stehen, das kann keine Regierung entbehren. Aber hier handelt es sich nur darum: Wann soll die Macht einsetzen? Und da bin ich der Meinung, daß im Oldenburgischen die Sache außerordentlich gut und ruhig verlaufen ist. Ich stehe durchaus nicht auf dem Standpunkte, der von einer Polizeibehörde ausgesprochen worden sein soll: Lieber Millionenwerte verlieren, als ein Menschenleben. Das ist ein völlig falscher Ausspruch. Man kann aber auch nicht sagen: „Lieber Menschenleben töten, als Werte einbüßen.“ Es kommt darauf an, zur rechten Zeit mit den rechten Mitteln beides zu verhüten. Und nun eins. Es ist doch auch von Wichtigkeit, daß weite Kreise der Bevölkerung jetzt, nachdem die Dinge nun beendet sind, mit Entschiedenheit fordern, daß die Machtmittel verstärkt werden, was sie im vorigen Jahre mit Entschiedenheit ablehnten mit der Behauptung, daß es ohne diese Machtmittel gehe, während ich von jeher betont habe: Es geht nicht. Aber diese Machtmittel dürfen nicht gegen einzelne Bevölkerungsteile und Volksschichten angewendet werden. Das gleiche Recht vor dem Gesetz für alle ist Forderung von uns und für jede andere demokratische Regierung. Das bleibt auch bestehen, wenn Sie einer solchen Regierung die Machtmittel geben, daß sie Recht und Gesetz durchsetzen kann. Aber diese Meinung, daß es ohne diese Machtmittel nicht geht, sie ist jetzt in viele Kreise der Bevölkerung gedrungen, in Kreise, auf deren Mitarbeit und Mitwirkung jede demokratische Regierung im Reiche und in den einzelnen Ländern den größten Wert legen muß. So glaube ich, daß aus diesem politischen Grunde, so bedauerlich es ist, daß hier und dort Ausschreitungen vorgekommen sind, doch das Plus auf der einen Seite mehr wert ist, als das Minus auf der anderen Seite. Die Regierung ist der Meinung, daß sie nur in Ausnahmefällen gegen den Willen der Ortspolizeibehörde mit ihren Machtmitteln eingreifen soll.

Welche Machtmittel stehen uns als Landespolizeibehörde zur Verfügung? Zunächst kennen Sie die Gendarmerie, die über das ganze Land geht, die man aber nicht zusammenziehen kann, sondern die muß da bleiben, wo sie ist. Jede Ortspolizeibehörde sagt, wir können keinen Mann entbehren, wir wissen nicht, was hier passiert. Also sie als ein Mittel zu betrachten bei größeren Aufständen wirkungsvoll einzugreifen, ist nicht möglich, da die Zahl zu schwach ist. Weiter steht zur Verfügung die Sicherheitspolizei. Die Sicherheitspolizei, welche Sie bewilligt haben in einer Stärke bis zu 400 Mann, konnte erst aufgebaut werden infolge der Unterbringungsschwierigkeiten bis zu 280 Mann, diese sind trotz größtmöglicher Mühen, die sich die oldenburgische Regierung gegeben hat, nicht zu überwinden gewesen. Erst heute, und zwar vom 1. Juli an sind sie überwunden, und nun erfolgt erst der Restaufbau von 120 Mann. Die Hinderungsgründe lagen in der Umplazierung der Reichswehr, Reichsvermögensamt, Reichswehrministerium, Reichsfinanzorganisation, der eine schiebt es auf den andern, und wir hätten es nur fertig kriegen können, wenn wir uns mit Mitteln der Gewalt in den Besitz der Räume setzten. Man kann aber unmöglich die Sicherheitspolizei gegen irgend welche Reichswehr loslassen, um Räume zu schaffen. Die Abwicklungsstellen besetzen alle Räume. So ist die Sicherheitspolizei erst 280 Mann stark. Zudem möchte ich sagen,

daß jeder weitere Zuwachs absolute Machtgewinnung ist, weil in den 280 Mann ja ein großer Teil drinsteckt, den man gebrauchen muß für den inneren Dienst, für den Aufbau, die Organisation überhaupt, der zunächst abgeht. Dieses Innendienstpersonal, dieses Organisationspersonal braucht nicht vergrößert werden, auch wenn die Sicherheitspolizei auf 400 Mann angewachsen ist. Von diesen 280 Mann sind 50 etwa kommandiert im Lande (Behta, Edewecht, Nordenham), wo man natürlich die Leute nicht herkriegern kann, denn da sind sie nötig. Weiter sind etwa 60 bis 70 Mann erforderlich zur Stellung von Wachen in Oldenburg. Sie wissen, daß hier Wachen in den Kasernen unterhalten werden, Proviant-, Munitions- und Waffenlager; weiter ist eine Wache im Ministerium und an einigen Stellen der Stadt. Tag- und Nachtwachen bei achtstündigen Schichten erfordern eine ziemliche Anzahl von Mannschaften. 15 Mann waren nur in Urlaub oder krank. Es blieb ein Rest von 140 bis 150 Mann. Von diesen sind stets, auch vor den Tagen der Unruhen, 60 Mann in Bereitschaft. Als dann die Delmenhorster Meldung kam, habe ich selbstverständlich sofort die Anweisung gegeben: Alle verfügbaren Kräfte sind heranzuziehen und in Bereitschaft zu halten. Das konnte von Sonnabend mittag 11 oder 12 Uhr ab geschehen. Sie haben davon gehört, daß das Eingreifen der Sicherheitspolizei in Delmenhorst zu spät erfolgte. Die Dinge liegen so: Um 7 Uhr Anruf von Delmenhorst. Ich will mich darüber nicht äußern, ob die Ortspolizeibehörden überall zur rechten Zeit das Richtige getroffen haben; da ja hier im Landtage aus allen Orten die Herren sitzen, die das wahrscheinlich sehr gut beurteilen können, die werden ihrerseits ein Urteil über die Ortspolizeibehörde abgeben. Ich kann nur sagen: Um 7 Uhr Anruf von Delmenhorst, um 7 $\frac{1}{2}$ Uhr den Kommandanten der Sicherheitspolizei bei mir aus dem Zimmer entlassen, sofort mit zwei Autos nach Delmenhorst zu fahren, die 60 Mann mitzunehmen und Ordnung zu schaffen. Der Kommandeur sagte mir, daß er die beiden Autos aus taktischen Gründen der Beweglichkeit habe und daß er Autos gegen die Eisenbahn vorziehe, denn man konnte nicht übersehen, welchen Umfang die Delmenhorster Unruhen angenommen hatten, und eine Schar von 60 Mann ist imstande, jede Stadt in Ordnung zu bringen, denn das Gefindel ist meist feige, was sich herumtreibt und anfängt zu plündern. Immerhin konnte man es nicht wissen, und man muß sicher sein, Herr der Lage werden zu können, und da kann ich dem Kommandeur nicht Vorschriften machen, ob er Autos oder Eisenbahn für zweckmäßiger erachtet. Die Autos sind dann um 8 Uhr in Bewegung gebracht, und es hat sich herausgestellt, daß das Benzin, das in den Behältern sitzt, die Autos nicht mehr betriebsfähig machte. Eine Umfüllung mußte erfolgen. Dieser unglückliche Umstand verursachte, daß statt um 7 $\frac{1}{2}$ Uhr um 9 $\frac{1}{2}$ Uhr abgefahren werden konnte und deshalb das eine Geschäft in Delmenhorst noch weiter von dem Straßenpöbel ausgeplündert worden ist. Grundsätzlich ist es bedauerlich, daß wir nicht eher in der Lage waren, in Delmenhorst einzugreifen. In Oldenburg liegen die Dinge wesentlich anders. Ich sagte schon: Anruf morgens 8 $\frac{1}{2}$ Uhr von verschiedenen Seiten.

Um 9 $\frac{1}{2}$ Uhr mehrten sich die Anrufe der Kaufleute. Es waren einige im Zimmer bei mir. Ich habe ihnen den besten Rat gegeben. Nachdem wir nachts noch 70 verfügbare Mann nach Delmenhorst mit dem Extrazuge geschickt hatten und Delmenhorst glaubte, die ganzen Augenblicke behalten zu müssen, hatten wir in Oldenburg nur noch 20—30 Mann Sicherheitspolizei zur Verfügung. (Zuruf: Die genügten vollständig.) Die genügten vollständig, sagte Heitmann und die haben dann auch um 10 oder 10 $\frac{1}{2}$ Uhr, als sich herausstellte, daß man auch in Oldenburg nicht auf dem Boden der Freiwilligkeit blieb, sondern in Erpressung und Plünderung überging, die Dinge sofort in Ordnung gebracht. Da frage ich nun, sollten wir, als um 8 $\frac{1}{2}$ Uhr gemeldet wurde, daß Demonstrationen im Gange seien, sofort Militär mit Maschinengewehren usw. auffahren? Das war nicht möglich. Solche Volksbewegungen müssen bis zu einem gewissen Grade sich verpuffen, meine Herren. Man kann nicht sagen: Hier, ich trete auf, bevor ihr etwas Unrechtes begangen habt. Das ist falsch, das ist nach jeder Richtung hin falsch. Erst muß sich die Menge in das Unrecht gesetzt haben, dann verliert sie an Anhang und dann hat man die Mittel, sie zur Ordnung zu bringen. Ganz abgesehen davon, daß weite Kreise der Bevölkerung, und das muß ausgesprochen werden, mir und anderen gesagt haben, daß das Verhalten von Kaufleuten auch nicht immer dem entsprochen hat, was man erwarten konnte. Auch diese sind nicht alle frei von Schuld, trotzdem ich ihnen nicht die Ursachen der Teuerung in den Schuh schieben will. Davon kann keine Rede sein. Darüber zu reden, würde eine Stunde dauern. Die liegt teilweise bei den Produzenten. Dort eine vermittelnde Stelle einzunehmen, ist sehr schwer. Solange Angebot und Nachfrage sich nicht die Wage halten, kann der Produzent, wenn er immer erneut drückt, immer erhöhte Preise verlangen und setzt sie durch, ganz abgesehen, daß die Valutafrage mitspricht. Im allgemeinen ist der Kaufmann es nicht, aber wenn das Publikum sagt, Schichten, die nicht zu der Arbeiterschaft gehören. Der Kaufmann hat vielfach einen solchen Stolz, wenn man seine Schuhe kaufen will, daß es schwer fällt, daß man ein Stück vorgelegt bekommt, so geht auch das nicht gut an, jeder muß sich fügen, auch der Kaufmann. Die Sicherheitspolizei stand für Oldenburg nicht in genügender Zahl zur Verfügung, um eingreifen zu können. Ich hielt das Eingreifen gegen die Anschauung des Magistrats und der Arbeiterschaft auch nicht opportun. Es hat sich herausgestellt, daß es um 10 Uhr im allgemeinen noch früh genug war. Dann allerdings, als eingegriffen wurde, habe ich es für nötig gehalten, daß so eingegriffen wurde, daß sofort die Sache ein anderes Gesicht bekam, und deshalb war es notwendig, auch die Reichswehr zu Hilfe zu rufen, weil wir eine genügende Anzahl eigener Machtmittel nicht hatten. Die Reichswehr ist auf Anfordern des Ministeriums mit einer Kompagnie durch die Straßen marschiert, um zu zeigen, daß sie da sei und vor weiteren Ausschreitungen abzuhalten. Es ist nun vielleicht interessant zu hören: „Weshalb greift sie nicht weiter ein, wozu ist sie da. Die Reichswehr bezahlen wir, sie sitzt in den Kasernen und doch sollen erst wir helfen, die wir die Reichswehr unterhalten“. Dazu muß ich ein Schreiben mitteilen, was von der Reichswehrbrigade 10 ge-

kommen ist, und das klar zum Ausdruck bringt, wann die Reichswehr eingreifen darf. Es heißt wörtlich: „Die Brigade sieht sich veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß im Falle von Unruhen das Militär das äußerste und letzte Mittel ist, daß zu einer Niederwerfung zum Einsatz gelangt. Grundsätzlich sind die Zivilbehörden an das Wehrkreis-Kommando VI in Münster zwecks Anforderung des Militärs zu verweisen. Nur wenn „Gefahr im Verzuge ist“, kann der örtliche Befehlshaber zum Einsatz der Truppe ersucht werden. „Gefahr im Verzuge“ liegt aber nicht ohne weiteres vor, wenn Lebensmittelkrawalle ausbrechen oder auszubrechen drohen, wie in den letzten Tagen z. B. in Osnabrück, Oldenburg und Bremen. Es muß unbedingt vermieden werden, daß die Truppe die Rolle der Polizei übernimmt. Bevor nicht alle Mittel, Sicherheitspolizei, Polizei und sonstige für die Ruhe und Ordnung eingerichteten Organisationen (Notenschutzorganisationen) aufgeboten sind, kann der Einsatz der Reichswehr nicht in Frage kommen. Das ist der Befehl, und wir haben ja selbstverständlich als Landespolizeibehörde über die Reichswehr nichts zu bestimmen. Was in FEVER unternommen ist, ist Ihnen mitgeteilt, ebenfalls was in Rüstringen geschehen ist. Wir sind der Meinung, daß die Regierung nicht zaghaft, aber besonnen die Dinge angesehen hat und nicht voreilig hat Maschinengewehre auffahren lassen, weil mit Maschinengewehren allein die Ordnung nicht aufrecht zu erhalten ist. Man kann auch leicht sagen, wie man es hört von Unverantwortlichen, Kraftmeiern oder noch in dem Kriegsbartbarmentum stehenden Personen: Es muß Blut fließen! Es kann mit Maschinengewehren vorgegangen werden, derjenige aber, der die Verantwortung trägt, der überlegt sich das ganz wiederholt und er greift nur dann zu diesen Mitteln, womit dann ja meist nicht die Schuldigen, sondern vielfach Unschuldige getroffen werden, wenn er absolut sicher ist, daß er auch nachher, sowohl innerlich wie äußerlich, all die Vorwürfe tragen kann, die er tragen muß, wenn hinter solchen Demonstrationen dann die demonstrativen Beerdigungen kommen, wenn dann Beerdigungen folgen, die so den Beerdigungscharakter der Märzgefallenen annehmen. Er muß sicher sein, und die Regierung hat sich das überlegt. Selbstverständlich kann das Ministerium des Innern, was die Verantwortung trägt in solchen Dingen, nicht allein vorgehen, bei der oldenburgischen Regierung sind alle Mitglieder in Kenntnis gesetzt worden von dem, was geschehen sollte und was geschehen ist. Wir meinen, daß die Regierung das getan hat, was notwendig war, unnötige Schärpen vermeidend, besonnen handelnd. Nun aber eins für die Zukunft: Ich bin mit den Herren Interpellanten und die Regierung insgesamt ist einig darin, daß auch der Kaufmann eine wichtige Aufgabe im Wirtschaftsleben zu erfüllen hat, daß auch er geschützt werden muß gegen Angriffe von der Straße. Wenn das aber gelingen soll, dann geht das nicht, daß sie allein sagen: „Regierung, mache das mal in Ordnung“, dann geht es nur, indem die Autorität der Regierung bestärkt wird durch vernünftige Politik, und ob diese vernünftige Politik von allen Seiten getrieben ist, ist mir zweifelhaft. Auch ob diese vernünftige Politik getrieben werden kann, wenn die Schucht aufgepeitscht wird? Immer von neuem nur kommt man und macht Preise auf der einen oder anderen Seite. Dort

Stenogr. Berichte. I. Landtag, 1. Versammlung.

sind Fabrikantengewinne von 60—70 %, und das reicht noch nicht. Da ist eine Schucht vorhanden, daß sie ganz gewiß sich messen kann mit der Schucht auch von Bevölkerungsschichten auf der anderen Seite, die übertreiben. Aber diese kolossale egoistisch entwickelte Welle, die über Deutschland geht, die spült alles weg, und kein Machtmittel ist imstande, zu schützen. Mögen die Leute selbst vernünftig werden und der Regierung helfen, mit bescheidenen Gewinnen sich zufrieden geben, dann würde eine Regierung ausreichen mit den Machtmitteln, die sie hat. Das ist eitel Hoffnung, daß man glaubt, daß wir so hübsch hinübergleiten in die neue Zeit. Wir leben in der Zeit sozialer Umwälzung, da sind wir drin, und kein Machtmittel des Staates ist in der Lage, diese Umwälzungen aufzuhalten, sie müssen in ruhiger Weise vor sich gehen. Aber wer übertreibt und sie aufhalten will, oder auf der anderen Seite sie vorwärts treiben will, ohne das Organische zu beachten, gegen den müssen sich die Machtmittel wenden. Die Autorität der Regierung stützen, das ist das Wichtigste für Alle. Ob das geschieht, auch von denen, die von der Regierung die stärkste Autorität verlangen, will ich dahingestellt sein lassen. Ob es klug und staatsmännisch ist, wenn in dem Augenblick, wo die Regierung ihr Programm bekannt gibt, ein Abgeordneter von dem Ansehen des Abg. Lohse sich hinstellt und sagt, daß die Regierung in der Person des Ministerpräsidenten bei der Beurteilung von Tatsachen und der ihr gestellten Aufgaben nicht immer von parteipolitischen Voreingenommenheit frei sei, so weiß ich nicht, ob das die Autorität stärkt, ob es die Absicht ist des Herrn Abg. Lohse, die Autorität zu stärken oder bei seinen Freunden sie herabzusetzen. Jede sachliche Kritik wird nicht nur gewünscht, sie wird anerkannt, aber jede Kritik, die einen persönlichen Charakter hat, lehnt die Regierung in Gemeinschaft und auf das Entschiedenste von jeder Seite ab. Helfen Sie alle mit, daß die Autorität gestärkt wird, auf welchen Bänken Sie sitzen. Die Regierung wird mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln alles tun, Ruhe und Ordnung im oldenburgischen Lande aufrecht zu erhalten. Sie will ausgleichen, sie will versuchen, zu gemeinsamer Arbeit zusammenzuführen. Wenn uns das nicht gelingt, so liegt das nicht an den Personen, sondern an den Verhältnissen und an dem nicht guten Willen von Bevölkerungskreisen im Lande. Die Regierung hat in den Fällen, die hinter uns liegen, alles getan, was notwendig war und sie für richtig hielt, und wird das auch in Zukunft tun und hofft, mit Ihnen zusammen im oldenburgischen Lande Recht und Ordnung schützen zu können. (Bravo!)

Präsident: Zur Geschäftsordnung Herr Abg. Lohse.

Abg. Lohse: Ich beantrage Besprechung der Interpellation.

Präsident: Wird der Antrag unterstützt? (Sawohl!) Dann tritt eine Besprechung ein. Herr Abg. Hartong (Delmenhorst) hat das Wort.

Abg. Hartong: M. H.! Was zunächst den Anfang der Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten angeht, so kann ich nur bedauern, daß bei einer Besprechung, die sich über Maßnahmen gegen Plünderer und Straßenräuber richtet, daß dieser Anlaß benutzt worden ist, um Besitzende und Nichtbesitzende wieder erneut in einen Gegensatz zu

bringen. Ich bedauere das außerordentlich. Was den Schlusssatz der Ausführungen angeht, so glaube ich, daß Herr Abg. Lohse noch näher darauf eingehen wird. Ich möchte glauben, daß das, was damals als Erwiderung auf das Regierungsprogramm von unserer Seite gegen den Herrn Ministerpräsidenten gesagt worden ist, daß das durch seine heutigen Ausführungen selbst aufs Schärfste bekräftigt ist. Das, was wir vorgebracht haben, konnte der Herr Ministerpräsident nicht besser begründen, als er eben durch seine Ausführungen gegen Herrn Abg. Lohse getan hat.

Zu der Sache selbst möchte ich voranschicken, daß nach meiner Ansicht die Regierung in erster Linie verantwortlich ist für Ruhe und Ordnung im Lande. Es ist richtig, wenn der Herr Ministerpräsident sagt, daß er sich auf das Urteil der Ortspolizeibehörde in erster Linie verlassen muß. Ich kann aber nicht soweit gehen, daß das Ministerium mit Gegenmaßnahmen und vorbeugenden Maßnahmen solange wartet, bis es von den Ortspolizeibehörden angerufen wird. Nach dem Eindruck, den ich von den Vorgängen habe, soweit sie zeitlich hinter den Vorgängen von Delmenhorst und Oldenburg liegen, habe ich aus den Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten nicht entnehmen können, daß irgend etwas Vorbeugendes geschah wäre. Man hat anscheinend erwartet, ob irgend etwas passierte, und dann ist man zu Gegenmaßnahmen geschritten. Ich bin ferner grundsätzlich anderer Auffassung wie der Herr Ministerpräsident, wenn er sagt: „Es muß der andere Teil sich erst ins Unrecht gesetzt haben; solche Volksbewegungen müssen in sich verpuffen.“ Es ist doch ohne weiteres festzuhalten, daß derjenige Teil der Bevölkerung, der einseitig zu Zwangsmaßnahmen gegen Kaufleute usw. greift, und der versucht, einseitig die Kaufleute zu zwingen, niedrigere Preise, als sie normalerweise festzusetzen sind, festzusetzen, daß der Teil sich damit ohne weiteres ins Unrecht setzt. Und da müssen spätestens in demselben Moment die Maßnahmen der Regierung einsetzen. Man darf nicht irgend eine größere Ausschreitung abwarten, damit der andere Teil sich noch mehr ins Unrecht setzt. Ich möchte auch glauben, daß man noch weiter gehen muß und daß man, wenn in einzelnen Bezirken in ausgedehntem Maße Plünderungen und Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind an den anderen Plätzen schon vorher, wenn die ersten Anzeichen kommen, am Platz sein und eingreifen muß, um von vornherein jeder Möglichkeit, Unrecht zu tun, vorzubeugen. Ich glaube, daß man damit allen Bevölkerungskreisen, auch denen, die zu Plünderungen geneigt sind, den größten Gefallen erweist.

Was speziell die Verhältnisse in Delmenhorst angeht, da haben kurz nach 5 Uhr nachmittags Unregelmäßigkeiten eingesetzt. Es sind Leute aus Bremen gekommen, die im Zuge verabredet haben, daß sie Delmenhorst auf den Kopf stellen wollten. Sie sind dann zu Hohenböken gegangen und haben dort zwangsweise verhandelt und zwangsweise erreicht, daß die Preise heruntergesetzt werden sollten. Die Firma hat sich zu entgegenkommenden Erklärungen der Zwangslage gehorchend bereit gefunden und zunächst von sich das Unheil damit abgewendet. Der Oberbürgermeister von Delmenhorst hat zur Rechtfertigung seiner Haltung in dem Stadtrat erklärt, daß er von diesen Vorgängen bei Hohenböken gehört habe, daß er aber weiter gehört habe,

die Sache spiele sich ordnungsmäßig ab. Wie weit die Verwirrung über die Begriffe von Recht und Ordnung, von denen Herr Abg. Schmidt (Zetel) schon sehr richtig sprach, gedungen ist, das geht so recht aus dieser Stellungnahme des Oberbürgermeisters hervor, der, wenn ihm gemeldet wird, es wird verhandelt, es werden im Wege der Verhandlung geringere Preise abgenötigt, glaubt, da ist alles ordnungsmäßig, da brauche ich nicht einzugreifen. Ich glaube, das spricht doch Bände. Erst als tatsächlich Fensterscheiben eingeschlagen sind, als demoliert worden ist usw., hat sich die Stadtverwaltung Delmenhorst veranlaßt gesehen, nach Oldenburg zu telephonieren. Es ist ein Eingreifen der Einwohnerwehr, die sich ausdrücklich zu diesem Zweck zur Verfügung gestellt hat, abgelehnt worden. Ich möchte glauben, daß, wenn auch eine kleinere Zahl entschlossener Bürger sich zusammentut und sich der Stadtverwaltung, ehe es irgendwie zu Ausschreitungen kommt, zur Verfügung stellt, daß dann eine derartige Geschichte glatt im Keim erstickt werden kann. Es kann unmöglich Aufgabe der Stadtverwaltung sein, diesen Selbstschutz zu verbieten. Der Oberbürgermeister hat gesagt: Immer hat das Bürgertum in Delmenhorst sich nicht gerade von der tapferen Seite gezeigt. Es mag sein, daß die Bevölkerung sich durch die Stellungnahme des Oberbürgermeisters, die auch bei anderen Gelegenheiten häufig — ich muß das leider sagen — zu ganz erheblichen, berechtigten Vorwürfen Anlaß gegeben hat, nicht stark fühlt. Das Bürgertum in Delmenhorst ist in weiten Kreisen der Auffassung, daß es als Bürgertum vom Oberbürgermeister den nötigen Schutz nicht hat und daß bei entscheidenden Anlässen leider der Oberbürgermeister die Ansicht und Uebersticht vermissen läßt, die bei einem derartig verantwortungsvollen Posten nun einmal geboten ist. Allgemein und zusammenfassend möchte ich noch sagen, daß meiner Ansicht nach die Vorgänge in einer Reihe von Orten zu vermeiden oder wenigstens erheblich einzuschränken gewesen wären, wenn die Regierung vorher, gewisig durch die Vorgänge in Delmenhorst und Oldenburg, mit den Ortspolizeibehörden vorbeugende Maßnahmen verabredet hätte, die leider anscheinend unterblieben sind.

Präsident: Herr Abg. Jordan hat das Wort.

Abg. Jordan: W. H.! Ich habe zu meiner großen Ueberraschung gehört, daß Herr Abg. Hartong die Gelegenheit benutzt, gegen den ersten Beamten der Stadt Delmenhorst, der nicht in der Lage ist, sich hier gegen die Angriffe zu verteidigen, (Sehr richtig!) in einer Art zu Felde gezogen ist, die ich von Herrn Hartong nicht erwarten durfte. (Das steht doch jedem frei!) Ich muß sagen, daß das, was hier vorgetragen ist, gegen die Stadtverwaltung und insbesondere gegen den Oberbürgermeister Königer, nach meiner Auffassung nicht richtig ist, auch jeder sachlichen Grundlage entbehrt. Richtig ist, daß am fraglichen Tage, kurz nach 5 Uhr nachmittags, in dem Geschäft bei Hohenböken verhandelt wurde, und daß der Oberbürgermeister Polizeibeamte beordert hatte zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Die Verhandlungen zu verbieten, dazu konnte vor der Hand ein Anlaß nicht vorliegen, auch wenn man soweit voraussah, wie nachträglich bekannt geworden ist. Da die Verhandlungen an Nötigung grenzten oder solche

sind, konnte die Behörde nicht vorausahnend Verbote erlassen. Daß aber Verhandlungen geführt wurden, darüber war von der Polizei berichtet worden. Daß diese Verhandlungen auch sachliche Berechtigung hatten, unterliegt keinem Zweifel. Wenn nicht einmal verhandelt werden sollte, dann weiß ich nicht, wo das hingeführt hätte. Doch darauf komme ich noch später. Die Unterstellung, daß der Oberbürgermeister Königer im Stadtrat erklärt habe, bei Hohenböken sei ordnungsmäßig verhandelt, es sei alles in Ordnung gewesen, muß ich zurückweisen. Es ist in ganz anderer Art dargestellt, nicht mit dieser Unterstellung, sondern daß wirklich nicht überall von vornherein mit dem Polizeifädel hineingehauen werden kann und darf, insbesondere, wenn man die örtlichen Verhältnisse beurteilt, wie sie lagen. Wenn der Abgeordnete Hartong weiter sagte: „Erst als Fensterscheiben eingeschlagen wurden, wurde telephonierte,“ so ist das eine nicht zu übertreffende Uebertreibung. Auch ist der Stadtverwaltung zum Vorwurf gemacht, die Einwohnerwehr, die sich zur Verfügung gestellt hatte, sei abgelehnt. Die Einwohnerwehr existierte gar nicht mehr, sie war aufgelöst. Es kamen allerdings einzelne Männer der früheren Einwohnerwehr. Aber wie wäre es gewesen, wenn der Oberbürgermeister es getan hätte, und hätte in der Stadt Delmenhorst, wo damals aus besonderen wirtschaftlichen Gründen 2600 Arbeitnehmer im Streik und 700 Arbeitslose vorhanden waren, die durch ihre Notlage besonders geeignet waren, für solche Dinge sich zu Ausschreitungen verleiten zu lassen, wenn man da das sogenannte Bürgertum bewaffnet hätte und hätte es auf die Arbeiter losgelassen? Was wäre dann entstanden, und wer hätte dann die Verantwortung tragen wollen? Es hätte nicht lange gedauert und die paar Bürgerwehrleute wären entwaffnet worden, oder es wären ein paar Unschuldige die Opfer geworden. Dann wäre eine große Aufregung gegen das Bürgertum entstanden. Es hätte ein großes Blutbad gegeben. Soweit wäre es gekommen. Das kann man nur beurteilen, wenn man die Menschen gesehen hat in dem Wahn, wie es dort war, nicht nur Arbeiter, auch andere gut bürgerliche Leute, die sich an der Plünderung beteiligt haben. Das waren nicht mehr Menschen, sie wußten nicht mehr, was sie taten. Die Not und Entbehrung hat sie fähig gemacht, in diese Verwirrung hineingeraten zu können. Wenn weiter gesagt ist, daß berechtigte Vorwürfe erhoben werden müßten gegen den ersten Beamten der Stadt Delmenhorst, daß das Bürgertum keinen Schutz hätte, und daß er die Umsicht auch bei anderen Gelegenheiten vermissen lasse, so ist das durch nichts Sachliches begründet worden. Das Ministerium sieht aus den Arbeiten, die in der Stadt Delmenhorst gemacht werden, was dort in fleißiger, pflichttreuer Arbeit geleistet wird. Und ich glaube, der Mann kann wo anders eine angenehmere Stellung haben. Einen solchen pflichttreuen Beamten kriegen wir in Delmenhorst so leicht nicht wieder, der sich dauernd bemüht, die Gegensätze zwischen arm und reich zu veröhnen. Dem Ministerpräsidenten ist zu Unrecht der Vorwurf gemacht, er habe die Gegensätze zwischen arm und reich hervorgefucht. Das sind ja die springenden Punkte, die im Vordergrund stehen, die sich weder verschweigen noch umgehen lassen. Insbesondere kommen auch die Verhältnisse durch die Streikangelegenheit in Delmenhorst in Betracht. Große Betriebe, wie die Woll-

kämmerei, mit 62 % Dividende. Dazu kommt ein Bonus auf jede Aktie, so daß die Aktionäre im ganzen auf 74 % Gewinn rechnen können. Wenn in einer Zeit, wo große Not herrscht, solche Gewinne eingeheimst werden, das reizt den Unterschied zwischen arm und reich in erhöhtem Maße auf, und dann fühlen die Leute ein Unrecht und sagen: „Wie ist das möglich, daß einige so ungeheure Gewinne einstreichen können und wir haben nichts!“ Da ist der Boden für solche Agitatoren, die auch in Schortens mit Autos gekommen sind. Heute ist die Zeit der Soldatenräte ja vorbei. Ein höchst verdächtiges Zeichen, wenn Leute kommen zum aufputschen, die in Autos fahren können. Da gibt es auch wohl Leute, die sagen: „Das deutsche Volk hat jetzt seine politische Freiheit, aber die wirtschaftliche will es auch haben, und das muß mit allen Mitteln, auch mit Mitteln der Katastrophenpolitik, verhindert werden.“ (Zuruf: Volkspartei?) Das zu untersuchen, wird unsere nächste Aufgabe sein müssen. Wir müssen doch sagen: Diese ganze Bewegung ist eine Volksbewegung, die sich gegen die Teuerung richtet, und trägt einen berechtigten Kern. Wir verurteilen alle Ausschreitungen, und die Art und Weise, wie man versucht hat, die Preise zu drücken. Wir verkennen aber nicht, daß alle gesetzlichen Maßnahmen gegen den Wucher untaugliche Mittel sind. Deshalb ist zu begrüßen, daß das Volk sich dagegen auflehnt und sagt, es muß etwas geschehen. Man seufzt in allen Kreisen darunter. Gerade Herren, die Einfluß haben bei den Produzenten, insbesondere in der Landwirtschaft, sollten ihren Einfluß geltend machen, daß wir endlich zu anderen Verhältnissen kommen. Sonst weiß ich nicht, wie wir zu einem Aufbau kommen sollen. (Zuruf: Dann tun Sie das auch!) Auch Produzenten und Handwerker sind beteiligt an dieser Preistreiberei. Ich bin gelegentlich meiner Tätigkeit hier in Oldenburg unfreiwilliger Zeuge gewesen, wie zwei Handwerker sich auseinandersetzen, wie man mit den Preisen kalkulieren müsse, und wie einer, der „nur“ 500 % Aufschlag nahm, von dem Kollegen belehrt wurde, mindestens 1000 % nehmen zu müssen, in einzelnen Artikeln auch 1200. Ich habe noch mehr Beispiele. Deshalb ist es berechtigt, wenn aus Kreisen des Volkes Leute aufstehen und sagen: Wir müssen endlich zu anderen Verhältnissen kommen und es müssen mal Waren verkauft werden unter Einkaufspreis. Das kann es in sehr vielen Geschäften gut leiden. (Abg. Feigel: Aber nicht allgemein!) Das ist richtig; ich will das auch nicht verallgemeinert haben. Wenn von gesunkener Moral gesprochen wird, ja, die haben alle Volkskreise ergriffen, nicht bloß unten, sondern auch oben. Man ist nur auf seine Vorteile bedacht, und will vor allen Dingen die Vorrechte des Besitzes sichern. Herr Abg. Müller sagte, daß die Teuerung im Abbau begriffen war, als diese Unruhen einsetzten. Das ist richtig. Aber man darf nicht unterscheiden: In welchen Artikeln war es? Es waren nicht die Volksnahrungsmittel, die im Preise abbauten. Es waren Reis, Tee, alles Dinge, die in der Mehrzahl die Familien ohnehin nicht kaufen können. Was nützt es, wenn der Preis für Reis auf 5 *M* pro Pfund heruntergesetzt ist? Das, was Volksnahrungsmittel sind, Kartoffeln, Fleisch, da gucken wir uns die Preise an? Wenn jetzt für die Herbstkartoffeln 30–40 *M* bezahlt werden sollen, und wenn der Fleischpreis auf 9–12 *M*

festgesetzt werden soll pro Pfund, dann weiß ich nicht, wie man von Abbau reden will. (Abg. Müller: Weshalb werden die Läden gestürmt?) Warum die Läden gestürmt werden? Das sind die Folgen des Unmuts, weil man sieht, die Gesetzgebungsmaschine arbeitet nicht in der Art, wie es notwendig wäre. Es sind keine wirksamen Mittel, wenn nicht das Volk allgemein teilnimmt. Ich vermisse in unseren heutigen Verhandlungen den Herrn Justizminister. Ich hätte Klagen vorzubringen, daß Leute verhaftet sein sollen und Klagen oder Verfahren eingeleitet sind gegen Kommissionsmitglieder, die nichts verbochen, als für Ruhe und Ordnung gesorgt zu haben. Das geht nach meiner Auffassung weit über das vom Volke erwartete hinaus und wird Beunruhigung in weiten Volkskreisen hervorrufen. Wenn keine Verhandlungen gestattet sein sollen, man überall bewaffnete Macht vor die wirtschaftlichen Vorrechte stellen will, dann treiben wir den schwersten Katastrophen entgegen.

Es ist vielfach — um auf die Delmenhorster Verhältnisse noch zwei Worte zu sagen — hinausposaunt worden, daß am Vormittag des 24. Juni ds. Js. bereits von Bremen gewarnt worden sei. Wichtig ist, daß von Bremen ein Anruf gekommen ist, daß dort die Lebensmittelgeschäfte genötigt würden, billig zu verkaufen. Als sich herausstellte, daß nachmittags, kurz nach 5 Uhr, in Bremen Beschäftigte in Gemeinschaft von Fremden etwas anderes machten und sich auf Konfektions- und Manufakturwarengeschäfte stürzten, da war man überzeugt davon, man hätte vorher schon Militär heranziehen müssen, um das zu verhindern. In Delmenhorst haben die Verhältnisse sich bisher in einer musterhaften Weise entwickelt. Sie werden finden, daß bisher in der Stadt Delmenhorst, trotz der internationalen Zusammensetzung der Bevölkerung, weniger vorgekommen ist als überall, selbst in der Residenzstadt Oldenburg, wo wir ein ganz anderes Publikum haben. Nehmen Sie nur die Kriminalstatistik zur Hand, so werden Sie das finden. Durfte man nun mit einem Male sagen: „Es könnte etwas vorkommen, deshalb muß Militär zur Stelle sein, und weil der Oberbürgermeister das nicht getan hat, hat er Millionenwerte leichtsinnig aufs Spiel gesetzt?“ Es wird die Fabel erzählt, daß der Oberbürgermeister Königer gesagt hätte: „Lieber Millionenwerte, als ein Menschenleben!“ Das hat er nicht gesagt. Aber jedenfalls hat er gesagt, daß man nicht ohne weiteres Menschenleben aufs Spiel setzen könnte, um jede Kleinigkeit des Eigentums zu schützen, daß man vielleicht für ein paar Meter Rattun ein Menschenleben totschießt. Wie die Dinge dort lagen, mußte mit äußerster Vorsicht vorgegangen werden. Und das hat den Erfolg gehabt, daß es — abgesehen von den bedauerlichen Plünderungen, die man vermeiden hätte, wenn die richtigen Mittel zur Hand gewesen wären — doch dort sonst zu keinen Ausschreitungen gekommen ist. Deshalb kann ein Verschulden der Stadtverwaltung gar nicht vorliegen.

Das wäre so im großen Ganzen, was ich zu der Sache sagen wollte. Ich wollte noch hervorheben, daß in erster Linie dabei zu berücksichtigen sind nicht die tatsächlichen örtlichen Vorgänge, sondern die großen wirtschaftspolitischen Verhältnisse, wie ein Kampf sich im Volk abspielt. Man kann nicht die Unterschiede zwischen arm und reich verwischen. Es wird nicht anders kommen, bis die Vorrechte, die heute

noch auf Seiten des Besitzers sind, geschmälert und die Volksrechte mehr zur Geltung gekommen sind. Wir müssen Reichs-, Staats- und Gemeindefozialismus treiben, sonst kommen wir zum Untergang.

Präsident: Herr Abg. Kalkkuhl hat das Wort.

Abg. **Kalkkuhl:** M. H.! Es ist doch Tatsache, daß unser Wirtschaftsleben krank ist. Es ist schon lange krank. Und die Krankheit ist jedenfalls im Krieg aus dem Wirtschaftsleben gekommen. Das muß berücksichtigt werden. Und es ist lebhaft zu bedauern, daß es weite Kreise gibt, die hierfür noch kein Verständnis gefunden haben. Unsere unglückliche wirtschaftliche Lage ist eine Folge des Krieges und auch eine Folge der verkehrten Maßnahmen des alten Regims. (Zuruf: Und der neuen!) Das muß unbedingt ausgesprochen werden. Und da wäre es erforderlich, daß man versucht neue Wege zu finden, auf denen wirklich eine Gesundung möglich wäre. Ich sehe die Gesundung darin, daß versucht wird, die Interessengegensätze auszugleichen. Ich muß es erwähnen; im Wahlkampf sind die Interessengegensätze, besonders auch von der äußersten Rechten, immer und immer wieder verschärft worden. Und darunter leiden wir heute auch noch. Die Vorgänge, die nun von den Verbraucherkreisen herrühren, die vielfach durch auswärtige Elemente in unsere Bevölkerung hineingetragen werden, haben jedenfalls Nahrung gefunden in der verkehrten Wahlkampfpolitik der äußersten Rechten. Gerade dadurch, daß man von dieser Seite aus immer wieder wunderbare Hoffnungen im Volke erweckte: „Jetzt würde es anders werden“, wenn das Jünglein der Wage nach rechts schlage; dadurch wurden die Gegensätze verschärft. Und was diese Herren nun ausrichten können, finden Sie jedenfalls auch wohl in den Vorgängen in Spaa klar dargelegt. Ich glaube wohl; daß es nun langsam auch diesen Herren anfangen wird zu dämmern. Wir sind in den Klammern der Entente. Wir leiden unter den Folgen des verlorenen Krieges. Und da sollten Sie in der Tat die Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten dahin verstanden haben, wir wollen mitarbeiten, um die Gegensätze, die in unserm Volke wirklich bestehen, auszumergen. Es kann nicht angehen, wenn der Kaufmann bei steigender Konjunktur, wie sie von Kriegsbeginn immer wieder sich zeigte, seine Waren, die er in Hülle und Fülle in jener Zeit im Laden hatte, immer höher auszeichnete und jetzt nicht die Preise herabsetzt. Da liegen Fehler. Der Kaufmann muß dahin kommen, daß er der jeweiligen Konjunktur Rechnung trägt. Da darf er nicht darüber hinaus besonders hohe Gewinne heraus schlagen durch die Bestände, die er aus billigen Einkäufen noch hat. Er könnte den Durchschnittspreis nehmen. Das ist vielerorts nicht geschehen. Andererseits glaube ich, wo man den Mund so voll nimmt von dem, was man glaubt zu können und was man können wollte, daß man doch zu wenig in die Kreise der Arbeiterfamilien hineingeschaut hat. Man muß in der Tat hineinschauen, um hier ihr Elend und ihre Not begreifen zu können.

Es sei darauf hingewiesen, daß die Kartoffeln jetzt 30 M kosten sollen. Es ist gar nicht zu verstehen, daß die zuständige Stelle in Berlin aus dem einen Extrem nun in das entgegengesetzte verfallen konnte. Im Vorjahre haben die Landwirte die Gesteungskosten für die Kartoffeln nicht

bekommen, und heute geht man tatsächlich über die Gesteungskosten weit hinaus. Das ist eine verkehrte Maßnahme. Und alle diese Dinge tragen dazu bei, Unruhe in den Verbraucherkreisen hervorzurufen. Es muß gesagt werden, daß hier eingeschritten werden sollte und Wandel geschaffen werden muß, damit auch in den Kreisen der Landwirtschaft Verständnis dafür kommt, daß sie die Hamsterer und Schieber sich von den Türen halten. Sie sollten da entschieden vorgehen. Wenn für Kartoffeln 30 *M.* gezahlt werden, dann geht das über die Gesteungskosten hinaus. Dann sollen sie jedenfalls versuchen, alle die, die nun kommen zu hamstern, sich von der Tür zu halten. Aber wenn noch 70 Pfund Butter bei einem Manne beschlagnahmt werden und bald darauf wieder 40 Pfund, dann ist das zweifellos nicht in der Ordnung und kann man nicht immer die Schuld denen geben, die aus den Städten kommen und sollte auch in diesen Kreisen Verständnis dafür kommen: Wir müssen diese uns vom Halse halten, damit wir nicht in den Kreisen der Verbraucher dastehen, als suchten sie diese Wucherpreise, diese ungeheuren Hamsterpreise. Es muß dahin kommen, daß die Landwirtschaft Verständnis für die Arbeiterbevölkerung und die Arbeiterbevölkerung desgleichen Verständnis für die Landwirtschaft gewinnt. Die Interessengegensätze müssen ausgeglichen werden. Die Verkäufer müssen für die Käufer Verständnis gewinnen und umgekehrt die Käufer für die Verkäufer. Und so müssen wir dahin arbeiten, ob wir rechts oder links oder in der Mitte stehen, daß die Interessengegensätze ausgeglichen werden und wir im wirtschaftlichen Leben zu einem gegenseitigen Verstehen kommen.

Präsident: Herr Abg. Zimmermann hat das Wort.

Abg. Zimmermann: Ich glaube, in der Beurteilung dessen, was vorgefallen ist, in den letzten Wochen sind wir uns alle einig. Auch wir verurteilen, wie die Blünderer usw. aufgetreten sind. Aber mit den Maßnahmen, die von seiten der Rechten gefordert werden, diese Blünderungen zu unterdrücken, können wir uns unter keinen Umständen einverstanden erklären. Man muß sich vor allen Dingen einmal fragen: Was bewog das Volk dazu? Und es wurde hier in diesem Falle seitens des Herrn Ministerpräsidenten ausgeführt, daß Auswärtige oder Ausländer hier in Frage kommen sollten. Selbst dann, wenn es Ausländer sind, muß der Boden geschaffen worden sein, daß diese auch hier etwas ausrichten konnten. Und den Boden hat jenes System geschaffen, daß wir aufs schärfste bekämpfen. Wir haben keine Ursache, die Klassengegensätze, wie sie tatsächlich vorhanden sind, in irgend einer Form zu überbrücken, sondern voll und scharf zu kennzeichnen, wie sie gekommen, und daß sie vorhanden sind. Herr Hartong erklärte vorhin, er selbst als Vertreter des Kapitals, daß man die Bürgerwehr benutzen sollte, um die Unruhen zu unterdrücken. Der Vertreter eines Werkes, das von 22½ Millionen Mark Aktienkapital über 15 Millionen Reingewinn hatte, dieser Herr hat am wenigsten Ursache, im vorliegenden Falle so aufzutreten gegen die ausgebeutete und geknechtete Arbeiterschaft.

Ich möchte noch auf einige Dinge hinweisen. Es wurde vor kurzem eine Statistik herausgegeben und zwar in Berlin. Dort wurde errechnet, daß die Lebensmittel auf Karten in den letzten 4 Wochen 101,04 *M.* kosteten, wäh-

rend die Preise in Friedenszeiten desgl. Quantum 7,77 *M.* betrug. Also rund 13 mal so viel, währenddessen die Löhne gegenüber den Friedenszeiten um den 5—6fachen Betrag gestiegen sind. (Stimmt nicht!) Es stimmt. Und wenn Sie mir etwas anderes vorrechnen wollen, nun dann bitte! Der Stundenlohn betrug früher durchschnittlich 80 bis 85 Pfennig. Heute ist der Stundenlohn in Wilhelmshaven 4,50 *M.* plus 10%. Teilweise bekommen aber die Arbeiter, wenn sie nicht auf der Werft sind, diese Prozente noch nicht einmal. Der Bauarbeiterlohn betrug früher 1 *M.* und heute ist er ungefähr 5—6 *M.*, also auch der 5—6fache Betrag. *M. H.!* Wenn die Lebensmittelpreise in bezug auf einen Stand um das 13fache steigen — aber wir haben auch Sachen, wo sie um das 30 und 40fache gestiegen sind — dann wundern Sie sich nicht, wenn Ausländer oder andere den Boden finden, Unruhen herbeizuführen. Wir waren gegen die Unruhen. Es wurde erklärt, daß die Auswärtigen in Autos gekommen sind. Nun vor uns lag Spaan, und es gab gewisse Kreise, die ein großes Interesse daran hatten, das Militär möglichst auf 200 000 Mann zu erhalten, nur nicht auf 100 000 Mann herabzusetzen. Und es ist sehr wahrscheinlich, daß man zeigen wollte, daß diese Leute in Deutschland ganz notwendig gebraucht werden, weil die Unruhen im Lande vorhanden sind, die man vorher erst geschaffen. (Sehr richtig! — Glaubt ja niemand!)

Es wurde des weiteren darauf hingewiesen, und zwar von Herrn Abg. Jordan, daß in Jever Verhaftungen vorgekommen sind. Vom Herrn Ministerpräsidenten ist nicht darauf hingewiesen worden. Man hat keine Blünderer, sondern hat Leute verhaftet, die bestrebt gewesen sind, diese Blünderungen zu verhindern und Ruhe und Ordnung schaffen wollten. Ich möchte einmal wissen, ob diese Leute heute noch hinter Schloß und Riegel sitzen. *M. H.!* Selbst wenn ein Mißgriff des Einzelnen erfolgt sein sollte, auch dann hat man nach meiner Auffassung noch keine Ursache, diese Leute zu verhaften. Hinter Schloß und Riegel gehören ganz andere, die enorme Gewinne einheimfen, während auf der anderen Seite die bitterste Not und das größte Elend vorhanden ist. Es wurde vorhin von Herrn Abg. Müller erklärt, die Waren seien in den letzten Monaten erheblich billiger geworden. O nein, die Waren sind nicht billiger geworden. Vielleicht Schuhwaren, aber nicht viel. Aber tatsächlich ist die Valuta gestiegen, und der Großhandel hat erheblich weniger für die Einkäufe bezahlt, als es in früheren Zeiten der Fall gewesen ist. Denn jetzt gibt man für 100 kg Kupfer 2320 *M.*, während noch im März 3800 *M.* bezahlt worden sind. Nidel ist gefallen von 8100 auf 3800 *M.*, Hafer pro Tonne von 4800 auf 2380 *M.*, Erbsen ebenfalls wesentlich gefallen. Rohbaumwolle von 106 auf 40 *M.* pro Kilo. Sie sehen im Großhandel sind die Preise gefallen, aber im Kleinhandel bestehen durchweg noch die hohen Preise. Sie sind noch nicht um die Hälfte gefallen und auch jetzt selbst nach den Unruhen nicht, denn vor kurzem hatte die Preisprüfungskommission für die Schuhmacher in Rüstringen einen Fall in der Presse, wo die Firma Trost und Wehlau, Schuhwarenhäuser, am 5. Juli kontrolliert worden ist von einigen Mitgliedern der Preisprüfungskommission. Und dort stellte man fest, daß ein Paar Schuhe verkauft werden sollten,

welche für 150 *M.* eingekauft waren, und 272,50 *M.* von dem Käufer forderten, welcher sie haben wollte. Also sie würden an diesem einen Paar Schuhe 122,50 *M.* verdienen. Die Preisprüfungskommission hat dem Geschäftsinhaber klargestellt und ihm erklärt, daß er nur 187,50 *M.* zu fordern habe, also 25% Verdienst. Er hat die Schuhe dann allerdings abgegeben zu 160 *M.* Nun wollen wir einmal den Preis oder den Gewinn gegenüber denen, wie sie in Friedenszeiten bestanden, vergleichen. Wenn in Friedenszeiten ein Paar Schuhe 12 *M.* kostete und 25% Gewinn brachte, so war der Gewinn 3 *M.* Wenn jetzt ein Paar Schuhe 150 *M.* kostet und 25% Gewinn bringt, so sind das 37,50 *M.*, über das 12fache. Wie läßt sich das rechtfertigen: Auf der einen Seite die Löhne um das 5—6fache gesteigert und auf der anderen Seite nennt man es einen bescheidenen Gewinn, 25% genau so wie früher, aber in Mark ausgedrückt wesentlich mehr. Und dann brauchen Sie sich nicht zu wundern, wenn derartige Dinge eintreten. Wenn man derartige Sachen verhindern will, müssen wir auf ganz anderen Seiten anfangen abzubauen. Und diese Gegensätze, die ich vorhin schon erklärte, sind zwischen uns und Ihnen unüberbrückbar. Wir müssen an die Stelle des Privateigentums der Produktionsmittel die Gemeinschaft setzen. Etwas anderes gibt es nicht. Mir liegt ferner noch eine Statistik vor. Im vorigen Jahre wurden für einen Arbeiter gerechnet, daß er als Existenzminimum zum Leben täglich 26,50 *M.* gebraucht, heute 70,12 *M.* Dies bedeutet 164% Steigerung. Die Löhne sind gestiegen um 50%. Sie sehen, es ist eine systematische Verelendung der arbeitenden Bevölkerung. Und sie ist nicht mehr in der Lage, das Notwendigste kaufen zu können. In Friedenszeiten betrug das Existenzminimum für eine Familie mit 2 Kindern 1492,40 *M.*, heute 15440 *M.* Und so finden wir das überall. Auch Oldenburg — wir hatten es gestern noch erlebt betr. des Antrags, welcher von den Birkenfelder Herren kam — auch Oldenburg ist ein außerordentlich teures Pflaster. Das Brot kostete z. B. am 26. November 1919 2000 g 1,60 *M.*, heute 5,10 *M.* Also für das Kilogramm 80 Pf noch vor einem Jahre und jetzt 2,55 *M.* Die Kohlen, im Herbst 6,30 *M.* der Zentner, heute 19,75 *M.* Fleisch 3,80 *M.* das Pfund, jetzt 9,50 *M.*, teilweise 11 und 12 *M.* Damit steuern Sie nicht dahin, daß die Unruhen verhütet werden, sondern man muß abbauen mit diesen Gewinnen, denn so kann es unter keinen Umständen bleiben. Sehen Sie sich nur das einfache Streichhölzchen an. Es ist um 4—500% gestiegen. Alle diese Dinge, welche zum Leben notwendig gebraucht werden, sind heute fast unbezahlbar. Und Familien mit mehreren Kindern wissen heute nicht, wo sie das Notwendigste hernehmen sollen, während wir auf der anderen Seite die enormen Gewinne finden, die ich vorhin schon dargelegt habe. Die Lederindustrie bezahlt nicht weniger als 40% Dividende, sie würden 100% bezahlen können, wenn nicht Erweiterungsbauten erfolgt wären. Also 40% Dividende auf der einen, während auf der anderen Seite Millionen von Menschen barfuß laufen müssen, weil sie keine Schuhe anzuziehen haben. Das sind die Folgen jenes verderblichen kapitalistischen Systems. Dem Lederinteressenten Dr. Hugo gibt man zum Wahlkampf 150000 *M.*, damit er wieder in den Reichstag ein-

marschieren kann, um dort die Interessen jener Herren zu vertreten. (Abg. Dannemann: Wo haben Sie das her?) Sie schütteln den Kopf. Dies ist durch verschiedene Pressen gegangen und konnte nicht widerlegt werden. Ich wundere mich nicht, wenn Sie dies bestreiten. Es gibt ja noch mehr Leute von Ihrer Partei, die das auch erhalten haben. Ich erinnere an den Vorsitzenden der Schnapsfabrikanten Dr. Neumann!! Hugo Stinnes! Mitglieder Ihrer Partei. Die Leute haben ja Geld genügend. Ein Mann, der während des Krieges 6—700 Millionen verdient hat, den Sie an die Spitze Ihrer Liste gestellt haben. Da muß man das als glaubwürdig annehmen, ob Sie es abstreiten wollen oder nicht. Die Strumpfwarenfabrik von Max Segall hat auch 45% Dividende gezahlt, trotzdem auch Millionen von Menschen ohne Strümpfe herumlaufen, die ihr Liebstes und Bestes im Kriege verloren haben. Die Baumwollspinnerei in Zwicau, daselbst die Kammgarnspinnerei je 35%. Das sind Zahlen für das Nichtstun. Die Norddeutsche Wollkammerei in Bremen zahlte 62% Dividende. Herr Abg. Jordan führte schon an, daß es in Delmenhorst ähnlich so liegt, daß die Wollkammerei Delmenhorst 62% Dividende zahlte, es ist begreiflich, die Werke gehören ja zusammen. Viele dieser Leute, welche die Aktien besitzen, wissen oftmals nicht, wo das Werk liegt. Sie machen keinen Finger krumm, und dennoch leben sie herrlich und in Freuden. Man wundert sich, daß in der jetzigen Zeit die Vergnügungsorte noch überfüllt sind. Sie sind sich des Ernstes der Lage nicht bewußt. Ich gebe das zu. Auf der einen Seite sind es Leute, die es fast aus Verzweiflung machen, und auf der andern Seite, die mit ihrem Gelde nicht wissen, wohin sie sollen. Aber so können wir hinsehen, wohin wir wollen, überall daselbe. Die Möbelfabrikation: Es wurde früher so oft erklärt: Der Dank des Vaterlandes ist Euch gewiß. Leute, die 4—5 Jahre im Felde oder in der Gefangenschaft waren und heute das Bedürfnis haben, zu heiraten, sie sind nicht dazu in der Lage, weil sie nicht imstande sind, die Möbel kaufen zu können. Das Holz wächst genau so wie früher. Aber der Wucher verteuert es, welcher damit getrieben wird. Und so geht es, wenn eine Scheibe eingedrückt wird. Die Kinder stehen oft an den Schaufenstern, sie sehen Erdbeeren, Kirschen, aber sie sind zu teuer. Ja, die Herstellungskosten sind doch genau dieselben wie 1914, aber der Preis ist der 20—40fache. Das ist nicht zu rechtfertigen. Das ist der nackteste Wucher.

Nun möchte ich noch auf einige Ausführungen eingehen, die hier gemacht worden sind. Der Herr Ministerpräsident wies unter anderm auf die Vergewaltigung seitens der Entente gegen Deutschland hin. Das sind die Folgen jener unglücklichen Kriegspolitik. Es sind die Folgen dessen, was Deutschland mit Rußland zu machen versuchte im Jahre 1917. Das ist das, was sich heute bitter rächt. Damals schrie die ganze bürgerliche Presse: Das, was General Hoffmann mit Rußland in Brest-Litowsk macht, das ist richtig. Er schlug mit der Faust auf den Tisch und oktroyierte seine Bedingungen. Damals erkannte man das an. Heute aber, wo es von der anderen Seite geschieht, trotzdem wir es aufs schärfste verurteilen, da regt man sich darüber auf. Ja, meine Herren, beseitigen Sie jenes kapitalistische Wirt-

schaftssystem, dann beseitigen Sie das Privateigentum, dann beseitigen Sie Kriege, dann haben Sie eine derartige Blamage nicht nötig, wie Sie sie jetzt einzustecken haben. Als die Lebensmittelunruhen ausbrachen, wurde gleichzeitig ein Gedanke ins deutsche Volk geworfen, das war die Judenhege. Auch die Fenster Scheiben wurden besetzt: „Kauft nicht bei Juden!“ Diese Dinge gingen von der Rechten aus. Man hatte ein großes Interesse daran, sich auf diese Art und Weise einmal billige Konkurrenten auszumergen. Es sind sogar Flugblätter verteilt worden, wo es auch versucht wurde, eine Judenhege zu inszenieren, auch in Lübeck und Hamburg sind Flugblätter mit folgendem Inhalt verbreitet: „Die Firma Lewin hat Mäntel mit 2 M eingekauft und hat sie zu 500 M verkauft,“ man wies aber in demselben Flugblatt noch darauf hin, daß die jüdischen Geschäfte mit Waren vollgepropft seien. Das bedeutete: „Arbeiter geht dorthin, plündert diese Leute, laßt uns nur in Ruh!“ Das heißt, die Brandfackel ins Pulverfaß werfen. Und dann wundern Sie sich, und fordern möglichst viel Militär. Ja, die Forderung ist ja auch von seiten der Reaktion gekommen, den freiheitlichen Bestrebungen den Garaus zu machen um uns voll und ganz in das alte Fahrwasser von 1914 zu bringen. Sie forderte möglichst viel Militär in die Städte zu schicken. Ich freue mich, daß nicht nur in Brate, sondern auch bei uns die Arbeiterschaft imstande gewesen ist, vollständig Ruhe und Ordnung zu halten. Wir haben ein einziges Geschäft, wo geplündert worden ist und eine Scheibe eingedrückt wurde. Und ich bin überzeugt, wenn man bei uns das Militär nicht denselben Tag entlassen hätte, dann wäre vielleicht auch dies nicht geschehen. Sie sehen, daß die Arbeiterschaft imstande ist, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Aus diesem Grunde haben wir keine Ursache, die Forderung nach Militär in irgend einer Form zu unterstützen. Der Herr Ministerpräsident erklärte des weiteren, daß er die Reichswehr aufgebieten habe und warum die Reichswehr nicht einschreiten konnte. Ja, ich wünschte, Herr Ministerpräsident, daß wir keine Reichswehr besitzen würden. Die Reichswehr greift oftmals ein, wo sie nicht gebraucht wird, und so ist es auch in Oldenburg geschehen. Nämlich damals, als man den Sohn des Stellmachers Strahl niedergeschossen hat. Ich wünschte, daß dies uniformierte, bis an die Zähne bewaffnete Gesindel so bald wie möglich verschwinden würde. Desgleichen ging der Herr Ministerpräsident auf das Telefongespräch, das zwischen Rüstringen und Oldenburg geführt worden ist, ein. Das ist in Rüstringen, als wir Magistratsitzung hatten, uns mitgeteilt worden. Dort haben wir erklärt, daß wir die Sipo nicht wünschten. Und dort wurde uns vom Herrn Syndikus gesagt, daß der Ministerpräsident die Verantwortung übernehmen wollte, und die Geschäftsleute hätten die Sipo gefordert. Und aus diesem Anlaß glaubten wir, daß sie auch eintreffen würde. Allerdings ist später auch auf Verlangen des Syndikus die Sipo nach dort gekommen. Ich hätte gewünscht, sie wäre fern geblieben, denn wir hatten keine Ursache, diese Leute dort zu haben. Aber richtig ist, daß Lesser erklärt hat, und zwar recht voreilig, daß die Sicherheit der Stadt den Unabhängigen in die Hand gelegt sei. Nun wenn sie darin gelegen hat, dann war sie gut aufgehoben. Sie lag aber nicht nur in den Händen der Unabhängigen, sondern in

Händen der organisierten Arbeiterschaft. Und wir haben gezeigt, daß sie ohne Militär fertig werden kann.

Nun möchte ich noch auf eins zurückkommen. Ich habe schon vorhin angeregt, daß ich wissen möchte, was mit den Verhafteten von Feber geschehen sollte. Ich möchte bitten, wenn diesen Leuten nichts nachgewiesen wird, daß man sie so bald wie möglich auf freien Fuß setzt. Denn es kann nicht angehen, daß Leute, die für Ruhe und Ordnung eingetreten sind, hinter Schloß und Riegel gesteckt werden und man die Familie des Ernährers beraubt. Wenn Sie es verhindern wollen, daß in der Zukunft sich derartige Dinge nicht wiederholen, dann ist es vor allen Dingen notwendig, daß die Produktion aus den Händen des Einzelnen in die Hände der Gesellschaft überführt wird, und die Betriebsräte schon bei Herstellung der Waren mitarbeiten und die Preise festsetzen. Und so müßte es in allen Produktionszweigen möglich sein, damit wirklich ein gesunder Aufbau erfolgen kann. Ferner ist notwendig, daß statistische Erhebungen angestellt werden, wie groß der Bedarf an den einzelnen Bedarfsgegenständen noch ist, z. B. an Möbeln. Denn es kann nicht angehen, daß heute noch Luxusgegenstände hergestellt werden, mit welchen auf der einen Seite Arbeitskraft und Materialien vergeudet werden, während man auf der anderen noch nicht das Notwendigste hat, um überhaupt einen Hausstand gründen zu können. Fernerhin ist erforderlich, daß das Privateigentum an Rohstoffen, Produktionsmitteln und an Grund und Boden aufgehoben wird und gesellschaftliches Eigentum wird. Denn es geht einfach nicht länger, daß der einzelne sich auf Kosten der Allgemeinheit bereichert. Wenn unsere Vorschläge befolgt werden, dann bin ich felsenfest überzeugt, daß derartige Unruhen, wie sie gewesen sind, nicht mehr stattfinden werden.

Präsident: Herr Ministerpräsident hat das Wort.

Ministerpräsident Tanzen: M. H.! Zwei Worte zu den Ausführungen des Herrn Abg. Hartong. Herr Hartong hat gesagt, daß ich dadurch, daß ich Besitzende und Nichtbesitzende in meiner Rede gegeneinander aufgeführt, die Gegensätze vertieft habe. Ich habe die Besitzenden und Nichtbesitzenden nicht gegeneinander geführt, sondern ich habe die Tatsachen im Wirtschaftsleben konstatiert, wie sie liegen. Ich habe gesagt, daß die Besitzenden und Nichtbesitzenden sich beide bescheiden und sich vergleichen müssen auf einer Mittellinie. Wenn er das nicht erkennt, dann kann das nur an dem Mangel an gutem Willen oder an mangelhafter politischer Einsicht liegen, die Herrn Hartong nicht eigen zu sein scheint im Gegensatz zu seiner sonstigen geschäftlichen Tüchtigkeit. Zu den Ausführungen des Herrn Zimmermann muß ich sagen, daß ich es von dieser Seite für meine Pflicht halte, zurückzuweisen das eine Wort, das er gebraucht hat über die Reichswehr. Wenn ich richtig verstanden habe, hat er von Gesindel gesprochen. Mit aller Entschiedenheit weise ich diese Worte zurück und ich möchte glauben, daß es auch im Interesse einer parteipolitischen Ausnutzung der U. S. liegt, wenn sie derartige Ausdrücke vermeidet. Herr Zimmermann hat weiter die Frage an die Regierung gerichtet, ob die Verhaftungen in Feber rückgängig gemacht seien. Es ist das an sich nicht Sache der Polizeibehörde, sondern Sache der Justizbehörde. Das

Justizministerium ist nicht vertreten, weil ich mit dem Herrn Justizminister vereinbart habe, auch seine Sache wahrzunehmen. Ich möchte das auch Herrn Jordan sagen. In Teuer sind die Verhaftungen vorgenommen worden und m. E. nicht mit Unrecht. Es ist von dem Untersuchungsrichter, wie ich festgestellt habe, beantragt worden, daß die Verhafteten aus der Haft entlassen werden, und meines Wissens sind zwei der Verhafteten — wie ich glaube, handelt es sich um zwei — (Zuruf: 4) am letzten Freitag bereits entlassen worden. Im übrigen kann man in die Untersuchung des Staatsanwalts nicht eingreifen. Es sind an anderen Orten eine große Zahl von Verhaftungen vorgenommen, und es muß sich herausstellen, ob der Staatsanwalt mit seinem Schuldantrag gegenüber diesen Verhafteten recht hat. Da einzugreifen und Erklärungen abzugeben, muß ich ablehnen.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Feigel.

Abg. Feigel: M. H.! Die Abgg. Schmidt (Zetel) und Müller haben mit ihrer Interpellation ein Gebiet vertreten, welches als außerordentlich aktuell betrachtet werden muß. Sie hat eine dementsprechende Behandlung im Landtage gefunden. Gestatten Sie mir, daß ich auch meinerseits ein paar kurze Worte dem bisher Gesagten hinzufüge. Wer die Presse seit einigen Tagen und Wochen verfolgt hat, hat daraus ersehen können, daß in den weitesten Gauen unseres deutschen Vaterlandes schon seit längerer Zeit Unruhen aus Anlaß der Teuerung der Lebensmittel und Bedarfsgegenstände in hohem Maße vorhanden waren. Sie haben sich zum Teil in tumultuösen Auftritten geäußert, auch zu Plünderungen geführt, wenn nicht noch zu weiterem. An einigen Plätzen waren sie größerer Natur wie an andern. Es fanden Verhandlungen zwischen einer Gruppe von Verbrauchern und den Kleinkaufleuten statt, welche leider stellenweise nicht weit entfernt waren von dem Beigeschmack der Erpressung. Auch aus oldenburgischen Landen haben wir derartige Erfahrungen machen müssen. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß ich es wohl verstehen kann, wenn gerade die minderbemittelten Bevölkerungskreise und auch solche, welche dem Mittelstande angehören, heutzutage empört sind über die unerhörten Preise, welche auf allen Gebieten der Lebenshaltung von ihnen gefordert werden, und denen gegenüber sie trotz besten Willens oft nicht imstande sind, ihre Einkünfte in Einklang zu bringen. Ich möchte aber diesen Herrschaften doch empfehlen, wenn sie das Bedürfnis haben, mit Gewalt zu drücken, sich an eine andere Adresse zu wenden. Wenn man einen Baum ausrodern will, ist es falsch, wenn man oben anfängt; man faßt ihn zunächst bei der Wurzel. So ist es auch falsch meiner Meinung nach, wenn man bei den Kleinhändlern anfängt, diesem letzten Glied in der langen Kette der Warenverteilung. Es ist falsch, gerade die Leute beim Schopfe zu nehmen, welche meistens nicht in der Lage sind, auf die Preisbildung einen wesentlichen Einfluß auszuüben. Ich gebe zu, daß, wie in allen Ständen Auswüchse vorkommen, so auch die einzelnen Kleinhändler nicht ausnahmslos ohne Schuld dastehen. Ich gebe zu, daß es auch in diesen Kreisen wucherische Bestrebungen gegeben hat, aber, meine Herren, die Sache läßt sich, da es Ausnahmen sind, nicht verallgemeinern. Man kann im

großen und ganzen sagen, daß der Kleinhändler nicht mehr genommen hat, als das, was ihm zustand, einen angemessenen Zuschlag, und den mußte er haben. Alles das, was von einzelnen geschehen ist, beweist nichts, die Ausnahme bestätigt nur die Regel, darum habe ich es verurteilen müssen, daß man diesen Stand für vogelfrei erklärt hat, daß man ihm seine Waren, welche er zu angemessenem Preise an das Volk loszuschlagen wollte, auf gewalttätigem Wege geraubt hat. Der Kollege Schmidt (Zetel), der Interpellant, sprach vorhin davon, daß die Schuld an der Preissteigerung in Waren, die Teuerung auf wirtschaftlichem Gebiete zum guten Teil liege in den Schiebern und Wucherern, welche es überall gebe. Gewiß, Herr Kollege, haben diese ihr redlich Teil dazu beigetragen. Die Ursachen liegen aber auch tiefer. Ich glaube, es sind ihrer viele, es sind die schlechte Valuta, die hohen Löhne, die hohen Preise für die Rohstoffe, welche zwar zeitweilig etwas herabgemindert sind, aber immerhin eine große Höhe haben. Dann sind die Preise in den Reihen derjenigen, welche berufen sind, die Waren zu verteilen, bevor sie an den Konsumenten kommen, auch vielfach geändert. Sollten also Verbraucherkreise unzufrieden sein und ihrer Unzufriedenheit in dieser ungesetlichen Weise Luft machen zu sollen glauben, dann wären andere Adressen vorhanden gewesen, an die sie sich hätten wenden müssen als der Kleinhändler, dem sie das Hemd vom Leibe gezogen haben. Ich, meine Herren, habe in der letzten Woche Veranlassung genommen, in Delmenhorst kurz nach den daselbst vorgekommenen Unruhen Umschau zu halten. Ich muß Ihnen sagen, daß ich dort „Gräuel der Verwüstung“ gesehen habe; die Eigentümer standen da in ihren Läden und sandten traurige Blicke nach dem Grabe der Habe, sie fanden nur noch Ruinen. Es wurde mir erzählt aus einer Quelle, an deren Zuverlässigkeit ich zu zweifeln nicht die mindeste Ursache habe, — ich gebe Ihnen wieder, was mir gesagt worden ist — daß bereits vormittags 11 Uhr an den dortigen Oberbürgermeister von Bremen aus die Mitteilung gekommen sei, daß Unruhen im Anzuge seien und daß er sich auf solche gefaßt machen müsse. Wenn dem so ist, dann verstehe ich den Oberbürgermeister von Delmenhorst nicht, daß er nicht sofort alle möglichen Schritte getan hat, um dem Ausbruch von Unruhen entgegenzutreten. Um 5 Uhr sind die Arbeiter von Bremen herangerückt mit einigen anderen Leuten und die Exzesse haben begonnen. Nun sagt der Herr Ministerpräsident, daß um 7 Uhr von Delmenhorst telephonisch angerufen ist. Wenn dem so ist, dann verstehe ich nicht, wie wiederum mehrere Stunden vergehen konnten zwischen dem Eintreffen der Arbeiter in Delmenhorst und dem Zeitpunkte, indem der erste Beamte der Stadt Delmenhorst sich an die oberste Landesbehörde wendete. Alle diese Sachen geben mir kein besonders günstiges Urteil über das, was in Delmenhorst von der Stadtverwaltung geschehen ist, und auch dann nicht, wenn wir uns das entgegenhalten, was Herr Jordan zu Gunsten der Verwaltung gesagt hat. Ich meine, die leitenden Männer hätten nicht solange warten sollen, hätten früher und energischer mit den Machtmitteln, die ihnen zur Verfügung stehen, vorgehen müssen, um die großen Interessen so vieler Bürger zu schützen. Nunmehr hat man diese vor verwüstete Stätten gestellt. Die Verantwortung war eine derartige, daß hier etwas mehr Energie

am Plage gewesen wäre. Nun sagt der Herr Ministerpräsident ferner: „Um 7 Uhr angerufen und um 7 $\frac{1}{2}$ Uhr den Kommandanten entlassen nach einer Besprechung.“ Tatsache ist aber, daß die Truppe erst gegen 1 Uhr in Delmenhorst eingetroffen ist, also vielleicht um 11 Uhr oder 11 $\frac{1}{2}$ Uhr ausgerückt ist. Dazwischen liegt eine Zeit von 3—4 Stunden. Diese Verzögerung soll dadurch entstanden sein, daß die Sipo nicht ausrückungsfähig gewesen sei. Es hat etwas gefehlt an den Autos und an den Beförderungsmitteln. Ja, meine Herren, ich muß sagen, als wir im vergangenen Jahre die Sipo schufen mit 4000000 M., da haben wir etwas anderes von ihr erwartet, und ich muß als Abgeordneter erklären, daß, wenn solche Zustände sich wiederholen sollten, ich bedaure, für meinen Kopf an der Bewilligung mitgewirkt zu haben. Woran es liegt, kann ich nicht beurteilen. Die Staatsregierung trifft keine Schuld, anscheinend aber trifft den Kommandanten die Schuld, denn der mußte wissen, zu welchen Zwecken seine Truppe ins Leben getreten ist, und daß die erste Pflicht derselben ist, gerade in solchen Unruhezeiten, zu jeder Zeit und Stunde, zum Schutze der Bürger verfügbar zu sein. Was nützt mir eine Feuerwehr, wenn sie z. Bt. des Brandes nicht zur Stelle und nicht ausrückungsfähig ist? Ich glaube, in Vorkriegszeiten würde ein solcher Kommandant recht bald einen blauen Brief in der Tasche getragen haben. Im übrigen bin ich der Meinung, daß wir verlangen müssen, daß die Staatsregierung mit Energie diejenigen Vorkehrungen trifft, welche geeignet sind, um wieder vorkommende Unruhen mit aller Gewalt in ihren Keimen zu ersticken, damit weitere Ausbreitungen vermieden werden.

Präsident: Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Tautz: M. H.! Die Ausführungen des Herrn Abg. Feigel kann ich nicht in das Land gehen lassen, ohne zu sagen, daß der Kommandeur der Sicherheitspolizei sich nach meinem Sehen in seiner bisherigen Stellung außerordentlich gut bewährt hat. Es ist in der Tat so, wie Herr Feigel sagt, daß zusammengekommene Dinge es bewirkt haben, daß nicht um 7 $\frac{1}{2}$ Uhr, als ich die Anordnung gab und sie geben konnte, denn ich mußte die Sache besprechen, daß da nicht gleich die Sicherheitspolizei marschfähig in Bereitschaft war, 60 Mann standen zur Verfügung mit Waffen. Es hat in der Tat nur gelegen an den beiden Lastautos, — diese Lastautos werden uns von Berlin geliefert, es ist Kriegsware, nicht neu — die nicht ausrückungsfähig waren, trotzdem sie ab und an probiert werden; unnütz damit herumfahren, wäre auch nicht zweckmäßig, denn das kostet Geld. Es ist daran nach Ansicht des Kommandeurs das Benzin schuldig. Was auch schuld sein mag, es hätte nicht passieren dürfen, und ich kann Ihnen sagen, daß, nachdem der Kommandeur am andern Tage zu mir kam, ich mit aller Deutlichkeit das gesagt habe. Aber damit lassen Sie es gut sein. Ich möchte Sie bitten, nicht weitere Angriffe gegen den Kommandeur zu richten, dann richten Sie sie bitte gegen mich, ich kann mich verteidigen.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Raschke.

Abg. Raschke: M. H.! Gestatten Sie mir ein paar Worte zu den Vorkommnissen in Rüstingen. Wir sind

Stenogr. Berichte. II. Landtag, 1. Versammlung.

erfreulicherweise darin einig, daß die Unruhen, die uns betroffen haben, zurückzuführen sind auf die allgemeine Teuerung, und wir sind auch darin einig, daß diejenigen, die die Plünderung veranstaltet haben, sich an die verkehrte Adresse wandten; denn letzten Endes ist es so, daß die Höchstpreise nicht einzig und allein geschaffen werden im Verkaufsladen, sondern daß sie bis dahin eine große Entwicklung hinter sich haben. Löhne und Gehälter haben eine 6- bis 8fache, die Preise der Lebensmittel und notwendigen Bedarfsartikel eine 10-, 20-, ja 30fache Steigerung erfahren. Wir hatten bei sinkender Kaufkraft steigende Preise. Das schuf ganz naturgemäß eine Lage, in der der Explosivstoff zu Krausen sich hoch aufstürmen mußte. Einzelne Schichten unserer Bevölkerung hierfür verantwortlich zu machen, ist nicht richtig. Ich habe vom frühen Morgen mir die ganze Entwicklung der Unruhen in Rüstingen angesehen und kann aus eigener Erfahrung sagen, daß ich dabei Personen aus allen Schichten der Bevölkerung gesehen habe. Also man kann nicht sagen, die Unruhen wurden von dieser oder jener Gruppe angezettelt. Es haben alle Kreise der Bevölkerung daran teilgenommen. Die Erbitterung über die hohen Preise ist begreiflich, aber bedauerlich ist doch, daß man sich jeder volkswirtschaftlichen Einsicht verschließt und nicht ernstlich untersucht, wie diese hohen Preise zustande kommen. Das habe ich bisher in den Versammlungen vermisst, Herr Abg. Zimmermann, die abgehalten worden sind von Ihrer Partei. Man schimpft auf die hohen Preise, landauf und landab, man gibt sich aber nicht die Mühe, zu untersuchen, wer der Schuldige ist. So z. B. ging der Hauptsturm der Plünderer gegen die Schuhgeschäfte. Da beginnt die Verteuerung zunächst beim Fell, findet dann ihre Fortsetzung beim Lederhandel, durch die Verarbeitung in der Fabrik erfährt sie eine weitere Steigerung, und im Laden erreicht dann die Ware sowohl als auch der Preis seine höchste Vollendung. Und wie das immer so geht im Leben, den letzten heißen stets die Hunde. (Heiterkeit.) Der Kaufmann muß all das mit ausfressen, was die anderen geholt haben einzubrocken. Und aus diesem Grunde bedaure ich die Vorfälle, weil kleine Kaufleute getroffen sind, die mit Frau und Kind ein ganzes Menschenalter geschafft haben, um eine gute Existenz zu haben, und dieser eine Tag hat ihnen all das genommen. Ich glaube kaum, daß wir in der Lage sein werden, ihnen das voll zu ersetzen, was sie verloren haben. Die jetzt eingesetzte Prüfungskommission hat gewiß in einzelnen Fällen festgestellt, daß Wucher schäbigster Art getrieben ist, im allgemeinen hat sie aber befunden, daß der Aufschlag der Kaufleute sich in angemessenen Bahnen bewegte. Die Prüfungskommission hat ferner festgestellt, daß teilweise schon Tage vorher unter Preis verkauft wurde und daß auch die Konsumvereine im allgemeinen nicht billiger verkaufen konnten als die Einzelhändler, die von der Plünderung getroffen sind. (Zuruf von den U. S.: Soziale Verhältnisse.) Darauf kann ich jetzt nicht eingehen. Die Ergebnisse der Prüfungskommission können Sie mit diesem Hinweis nicht abschwächen. Es wäre Pflicht der Behörden gewesen, die Ladeninhaber vor dem Raub zu schützen. Unsere Polizeibehörde hätte sich den Art. 13 unserer Verfassung durchlesen sollen: „Das Eigentum ist unverletzlich“. Ich muß bedauern, daß die Behörden nicht in der Lage gewesen

sind, diesen § 10 der Verfassung zur nötigen Geltung zu bringen. Die Unruhen waren vorauszusehen. 3 Tage vorher sind in Ortschaften an unserer Landesgrenze diese Unruhen in die Erscheinung getreten, und vor allen Dingen der Rüstinger Polizeichef ist schon, nachdem wir im Verbande am Donnerstag Beschluß gefaßt haben, Freitag morgen darauf aufmerksam gemacht worden. Es war uns zu Ohren gekommen, was Sonnabend auf dem Wilhelmshavener Marktplatz vor sich gehen sollte. Wir haben uns zusammengetan und beraten, was zu tun sei. Ein Herr Leffers und mein Bruder sind zum Stationschef gegangen und haben diesen auf die drohende Gefahr hingewiesen. Der hat sich auf den § 11 berufen, wo es heißt: Die militärische Gewalt darf nur auf Antrag der zuständigen bürgerlichen Behörde einschreiten. Aus sich heraus dürfe er nichts tun. Darauf sind die beiden Herren, der eine zum Stadtmagistrat Wilhelmshaven, der andere zum Stadtmagistrat Rüstingen gegangen und haben auch dort in der eindringlichsten Weise auf die Gefahr aufmerksam gemacht. Sonnabend morgen nun, um 7 $\frac{1}{2}$ Uhr haben wir schon gesehen, daß Anhäufungen stattfanden. Man konnte nicht mehr sagen, es war keine Gefahr vorhanden. Wir haben dann noch eine Stunde verstreichen lassen und den Herrn Polizeichef antelefoniert, was geschehen solle, die Leute ballten sich zusammen, was er zu tun gedenke. Er hat darauf erwidert, als man ihm die Einwohnerwehr zur Verfügung stellen wollte, er brauche sie nicht, er könne sich allein helfen. Um 11 $\frac{1}{2}$ Uhr, als schon bei Leffers die Plünderung vor sich ging, wurde gesagt, wir haben gleich Magistratsitzung. Fest steht also, daß die Behörde, die Polizeiverwaltung früh genug aufmerksam gemacht worden ist, daß wir sie in der eindringlichsten Form gebeten haben, Vorbeugungsmaßnahmen zu treffen, und fest steht auf der anderen Seite, daß die verantwortlichen Stellen in Rüstingen nichts getan haben, um hier irgendwie vorbeugende Maßnahmen zu treffen. Mit der Polizei allein konnte der Polizeichef es nicht machen. Ich glaube, es waren nur 3—4 da. 5 waren am Sonnabendmorgen noch nach Oldenburg geschickt. Daraus dokumentiert sich die Arglosigkeit, mit der der Polizeichef in den Tag hinein gelebt hat. Wir haben dem Wilhelmshavener Polizeichef am Freitag gesagt, er solle sich mit den Arbeiterorganisationen in Verbindung setzen, um mit den Arbeiterorganisationen eine Vertrauensorganisation aufzubauen, die am kommenden Sonnabend für Ruhe und Ordnung sorgen solle. Dieses wurde zugesagt, aber nicht gehalten. Rat- und Hilflosigkeit waren Trumpf und mit einer Fahrlässigkeit hat man sich den Dingen entgegen-treiben lassen, sodaß ich mich nicht scheue, hier den schweren Vorwurf zu erheben, diese Unruhen konnten sich bei uns in Rüstingen unter dem besonderen Schutze der Polizeibehörde vollziehen. Wir haben Kritik geübt am Ort, und die hat der Polizeichef zurückgewiesen und uns gesagt, mein Vorgesetzter ist der Herr Ministerpräsident in Oldenburg. Wenn nun dieser Polizeichef die im Art. 13 verbrieftete Unverletzlichkeit des Eigentums nicht gewährleisten kann, dann muß ich doch hier, da er uns selbst an diese Adresse verwiesen hat, die Frage aufwerfen, was gedenkt der Herr Ministerpräsident zu tun, um das Eigentum, das jedem Bürger in der Verfassung als unverletzlich ausdrücklich verbrieft ist,

in Zukunft tatsächlich zu schützen? Wir sind der Ueberzeugung, daß bei etwas Tatkraft und Entschlossenheit sich die Unruhen sehr wohl hätten vermeiden lassen. Die Stadt Wilhelmshaven hat dafür ein Beispiel geliefert. An der Koonstraße hat sich die Einwohnerwehr an den Befehl des Bürgermeisters nicht gestört, der verboten hatte, daß die Einwohnerwehr einsehen sollte. Die Mitglieder sind selbst unter die Gewehre getreten und haben so den Schutz selbst in die Hand genommen. Leute von der Einwohnerwehr sind, mit der Pulverspritze auf der Schulter, hin- und hergelaufen und es ist nichts passiert. Es hat kein Mensch Anstoß daran genommen und die Ordnung wurde aufrecht erhalten. Der Stationschef soll unsicher gewesen sein, ob seine Truppen auch zuverlässig sein würden. Selbst hat er gesagt, wenn er gerufen worden wäre, hätte er mit seiner Truppe in jedem Falle für Ruhe und Ordnung gesorgt. Daß ein paar Soldaten uniformiert durch die Straßen ziehen, daran kann die Arbeiterschaft keinen Anstoß nehmen, sie laufen auch mit klingendem Spiel durch die Straßen. Die Sicherheitspolizei ist ebenfalls nicht herbeigerufen worden. Auch das mache ich dem Rüstinger Polizeichef zum Vorwurf. Nachdem wir ihn am Freitag auf die Gefahr aufmerksam machten, mußte er die höhere Behörde in Oldenburg davon verständigen. Herr Leffers hat um 11 $\frac{1}{2}$ Uhr den Herrn Ministerpräsidenten angerufen. Der Herr Ministerpräsident wußte von nichts. Das ist ebenfalls eine schwere Unterlassung des Polizeichefs. Wenn er selbst nicht soviel Entschlossenheit aufbringen konnte, um die Polizeiorgane einzusetzen, dann hätte er von Freitag ab mit der übergeordneten Stelle in Verbindung treten müssen. Dann ist auch gesagt worden, daß 30 Mann unserer Sicherheitspolizei nicht genügt hätten, um in Rüstingen Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Die Nachmittags anrückenden Vertrauensmänner der Arbeiterschaft haben bewiesen, daß verhältnismäßig wenig Leute imstande waren, die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Hätte man am Morgen schon derartige Leute dahingestellt mit einer Armbinde, hätte man die Einwohnerwehr gekennzeichnet mit einer Armbinde, ohne Waffen auszugeben, dann wäre die ganze Geschichte in Ruhe und Ordnung vor sich gegangen. Viele anständige Damen und Männer haben sich mit hineinziehen lassen in die Plünderung und sich auf das schwerste blamiert, denn es steht fest, daß viele dabei sind, die nicht den Willen gehabt haben, sich unrechtmäßig etwas anzueignen. Auch für diese Leute ist es eine große Schädigung.

Ich bedaure erstens als ein aufrichtiger Freund unserer Selbstverwaltung in den Gemeinden diese Hilfs- und Ratlosigkeit, die uns zu Augen gekommen ist. Wir werden gezwungen, uns mit unseren Hilferufen an die Zentralgewalt des Landes zu wenden. Dadurch wird das Selbstverwaltungsrecht nicht gestärkt. Ich bedaure zweitens die Unentschlossenheit unserer Polizeibehörde, welche uns dadurch so große Lasten auferlegt hat, denn letzten Endes sind wir es, die die Mittel aufbringen müssen, um den Geschäftsleuten den Schaden wieder zu ersetzen. Aus diesen beiden Gründen möchte ich vom Herrn Ministerpräsidenten hören: Was er zu tun gedenkt, um in Zukunft solchen Vorfällen vorzubeugen. Die Arbeiterschaft kann beim besten Willen den Schutz nicht übernehmen. Kein Arbeiterführer kann es ver-

antworten, seine Leute aufzufordern, bei derartigen Straßwahlen für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Es kann dabei sehr leicht zu Verletzungen mit tödlichem Ausgang kommen, und wer von den Arbeiterführern will dann die Verantwortung übernehmen. Ich bin überzeugt, daß die Arbeiterschaft auf die Dauer die Verantwortung nicht auf sich nehmen kann. Es kommen einzig und allein dafür die vorhandenen Sicherheitsorgane, die der Staat sich geschaffen hat, in Frage. Das ist unsere Polizei an den Orten, und wenn diese versagt, muß die übergeordnete Behörde mit der Sicherheitspolizei einspringen. Die sind geschaffen, nicht um Krieg zu führen, sondern die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten und dafür zu sorgen, daß die in der Verfassung verbrieften Rechte hoch gehalten werden. Versagen diese Behörden weiter, meine Herren, dann werden wir uns selbst schützen müssen, denn das Bürgerliche Gesetzbuch gibt uns das Recht, indem es heißt: Jeder Staatsbürger hat das Recht, Angriffe auf das Allgemeinwohl abzuwehren, wenn sie mit Gewalt erfolgen auch mit Gewalt.

Die Staatsregierung hat m. E. die Dinge doch vielleicht etwas gar zu sehr an sich herankommen lassen und ich möchte meinen, nachdem die Unruhen schon am Mittwoch an den Grenzen unseres Landes losgingen, hätte der Herr Ministerpräsident durch einen Tagesbefehl spätestens am Freitag die Polizeibehörden des Landes auf die Gefahr aufmerksam machen und anfragen müssen, ob sie erforderliche Maßregeln getroffen hätten. Das wäre möglich gewesen. Jedenfalls das steht fest: Bei der Rat-, Hilfs- und Kraftlosigkeit am Orte muß die Staatsregierung diesen Dingen gegenüber in Zukunft ein wachsameres Auge haben, wenn nicht größere Gefahr dem Bürgertum erwachsen soll.

Präsident: Herr Abg. Lohse hat das Wort.

Abg. Lohse: M. H.! Herr Abg. Jordan hat in seinen Ausführungen Erwägungen darüber angestellt, wie es wohl käme, daß die Leute, die von auswärts zur Einrichtung dieser Unruhen hierher gekommen wären, sich eines Autos bedient hätten. Er hat seinerseits dieser Erwägung keine Spitze gegeben. Es ist aber von Seiten des Herrn Abg. Heitmann an dieser Stelle in fragendem Tone ein Zwischenruf erfolgt, der lautete: „Volkspartei?“ Und dieser unerhörten Unterstellung hat der Herr Abg. Zimmermann seinerseits eine Art von Begründung zu geben versucht, indem er so getan hat, als wäre auch mit der Möglichkeit zu rechnen, daß Leute, die Interesse daran hätten, die Gefahr im Innern möglichst schlimm erscheinen zu lassen, diese Sache arrangiert hätten, und daß diese Leute auf der rechten Seite zu finden wären. Ich weise darauf hin, daß das etwas absolut Unsinniges ist, und das es etwas Unerhörtes ist, wenn man derartige Dinge mit einer Partei wie der meinigen in Verbindung bringt. (Alles zuzutrauen!) Meine Herren! Durch die Presse ist derzeit eine Darstellung gegangen, die dahin lautete, daß von kommunistischer Seite planmäßig Unruhen angezettelt würden und gerade auch hier in Norddeutschland, um hier Militär herzuführen und dann in Mitteldeutschland loszuschlagen. Ich kann nicht nachprüfen, ob das richtig ist. Ist es richtig, dann sind die Autos ohne weiteres erklärt. Denn daß die Herren, besonders an der äußersten Linken, über sehr große Geld-

mittel und auch über Autos verfügen, das dürfte hinreichend bekannt sein. Aber ich weiß nicht, was es soll, hier solche ganz unbewiesenen und unbeweisbaren Behauptungen aufzustellen. Ich kann nur wünschen und ich darf wohl aus den Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten entnehmen, daß die Untersuchung der Frage, wer denn die Ausführende, die von auswärts gekommen sind, gewesen sind, mit aller Strenge durchgeführt wird. Und ich kann nur hoffen, daß dadurch restlos Aufklärung geschaffen wird. Sie müssen die volle Strenge des Gesetzes zu fühlen bekommen. Wenn darüber Beschwerde geführt ist, daß im Verlauf der gerichtlichen Untersuchung Personen verhaftet werden, die nichts getan hätten, als sich für Ruhe und Ordnung einzusetzen, so kann ich auch das nicht nachprüfen. Ich möchte nur auf das, was Herr Zimmermann sagte, bemerken, daß man eigentümlicherweise den Eindruck bekommt, daß diejenigen Leute, die sich nachher hinstellen: „Wir haben Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten“, denjenigen, die zuerst Unruhe in die Bevölkerung hineingetragen haben, gar nicht so fern stehen. Und daß man nachher bestrebt gewesen ist, Ruhe zu stiften, steht dem gar nicht entgegen, daß man vorher die Unruhen geschürt hat. Ich will nicht auf all das Wirtschaftliche eingehen, was hier angeführt ist. Es sind Schäden im Wirtschaftsleben, die beseitigt werden müssen und bekämpft werden können. Es ist aber hier schon wiederholt anerkannt worden, daß durchschnittlich die Detailisten, die hauptsächlich die Leidtragenden bei diesen Unruhen gewesen sind, keine Schuld an den ganzen Teuerungsverhältnissen trifft, daß sie vielmehr durchweg und durchschnittlich den Aufschlag genommen haben, der ihnen nach Lage der Verhältnisse zukam. (Sehr richtig!) Und es kann demgegenüber nicht mit Erfolg hingewiesen werden auf einen einzelnen Fall, in dem ein Paar Schuhe mit übermäßigem Aufschlag verkauft wäre. Es läuft im ganzen darauf hinaus, ob der Geschäftsmann für seine Waren einen Durchschnittspreis festgesetzt oder auf jedes einzelne Stück einen angemessenen Verdienst gelegt hat. Gegen das letztere Verfahren spricht doch schon, daß das Publikum nicht versteht, wenn es für zwei gleiche Paar Stiefel zwei verschiedene Preise zu zahlen hat.

Dann möchte ich noch auf folgendes hinweisen bei der Wertung der wirtschaftlichen Momente: Ist es denn wirklich so, daß hier ein Hunger, eine Not sich spontanen Ausdruck verschafft habe? Wenn das so wäre, wie wäre es dann zu erklären, daß an dem einen Ort systematisch sich die Bewegung gegen Lebensmittelgeschäfte gewendet hat, an anderen Orten, wie Delmenhorst und Rühringen, wesentlich Schuhmacher und Konfektionsgeschäfte betroffen sind und daß ein beliebtes Ziel für diese Plünderungen Damenhüte gewesen sind. Und weiter: Ist nicht von der sozialdemokratischen Presse in Rühringen gerade darauf hingewiesen worden, daß die organisierten Arbeiter sich durchweg von diesen Unruhen ferngehalten haben? Sind es denn die Familienväter gewesen, die diese Plünderungen vorgenommen haben? Sind nicht die Schreier halbwüchsige Burschen gewesen, die nach den Löhnen, die sie verdienen, zu den allerbekanntesten Deutschen gehören? Man soll uns doch nicht mit dem Existenzminimum in der Weise kommen, wie das hier geschehen ist. Es ist ja richtig, daß die Preise der

Lebenshaltung ins Ungeheure gestiegen sind. Aber wenn man von Existenzminimum spricht, soll man doch an die zahlreichen Existenzen in den Städten denken, die nicht ein Fünftel dieses angeblichen Minimums haben, die angewiesen sind auf festes Binseinkommen. Also die Sache ist doch von zwei Seiten anzusehen. Dann halte ich es aber überhaupt für bedenklich, die wirtschaftlichen Momente als wirksame Ursache der Unruhen so in den Vordergrund zu schieben und dadurch die persönliche Verantwortung, die die Unruhestifter und Plünderer trifft, in den Hintergrund treten zu lassen. Es ist notwendig, daß das Gewissen geschärft wird, daß die Massen klar darüber werden, daß es nicht geht, auf den Ruf irgend eines Anstifters „Wir müssen die Preise senken“ mit großen Haufen loszugehen und die Geschäftsinhaber mit mehr oder weniger scharfem Zwange zu nötigen, die Preise herabzusetzen und nach willkürlich ihnen aufdiktierten Preisen zu verkaufen. Es ist doch hervorzuheben, daß gerade die halbwüchsigen Jungen in die Läden gekommen sind und die Preise diktiert haben. Meine Herren, das Gewissen nach dieser Richtung schärfen ist nur möglich, wenn man die Ueberzeugung in den Leuten wachruft, daß sie mit derartigen Mitteln nicht durchkommen. Und das ist nur so zu machen, daß man solche Gelüste in der Wurzel unterdrückt. Die Erwägungen, die angestellt sind, daß Plünderungen und Unruhen natürlich wirtschaftlich ein höchst ungeeignetes Mittel sind, um das Ziel der Preisenkung zu erreichen, sind ja alle sehr schön; damit machen Sie aber auf eine aufgeregte Volksmenge keinen Eindruck. Diesen machen Sie nur dann, wenn Sie sich entschlossen zeigen, jede Gewalttätigkeit von vornherein mit Gewalt zu hindern. Und da muß ich Herrn Abg. Raschke beipflichten: Auch in Delmenhorst hat die Polizei geradezu eine geregelte Plünderung durchgeführt, sie hat ihre Aufgabe darin gesehen, darauf zu passen, daß die Plünderer sich nicht gegenseitig bei den Köpfen kriegten. Ich habe in den Erklärungen vom Regierungstisch eine Aeußerung darüber vermisst, ob die örtliche Polizei den Versuch gemacht hat, zu sagen: „Halt, das lassen wir nicht zu!“ Nach dem, was ich über die wirklichen Vorgänge in den Städten gehört habe, muß ich bezweifeln, daß der Versuch gemacht ist. Daß die Stelle, die die örtliche Polizei zu verwalten hat, in mehreren Stellen versagt hat, scheint mir völlig klar zu sein. Es ist zweifellos zu spät eingegriffen worden und man hat gegen das Wort: „Prinzipis obsta! — Greif im Anfang ein!“ verstoßen. Nachdem der Herr Ministerpräsident zugegeben hat, daß rechtlich das Ministerium des Innern als eigentlicher Vertreter der Polizeigewalt des Staates durchaus in der Lage gewesen wäre, auch über den Kopf der Ortspolizeibehörde einzugreifen, sollte ich meinen, daß zunächst einmal eine Anweisung notwendig wäre an die Polizeibehörden, wie sie sich in derartigen Fällen zu verhalten hätten, und daß diese Anweisung dahin gehen muß, daß rechtzeitig eingegriffen wird. Ich halte für falsch, wenn man sagt: „Sie mußten sich erst ins Unrecht setzen“. Wann fängt man denn an, sich ins Unrecht zu setzen? Setzt man sich nicht schon ins Unrecht, wenn man sich zu einem großen Haufen, bestehend aus einer zufällig zusammengewinkelten Menge, zusammen tut mit dem Ziel, ohne irgendwelche Befugnis mit den Geschäftsleuten zu verhandeln unter dem Druck: „Wenn Ihr nicht

unserm Verlangen nachgibt, bringen wir in Eure Läden ein und nehmen uns das, was wir haben wollen, mit Gewalt“. Ist das nicht schon ein Insunrechtsetzen, und mußte man dem nicht schon entgegentreten, nachdem man die Nachricht aus Bremen und Delmenhorst bekommen hatte? Ist es nicht festgestellt, daß immer wieder die Leute von auswärts den Anstoß gegeben haben? Das ist ja gerade die Sache, daß wir noch nicht so weit sind, daß nicht irgendwelche hergelaufene Leute mit Aussicht auf Erfolg in die Fabriken kommen können und sagen: „Es wird hier Schluß gemacht, und wir ziehen in die Stadt und verbilligen die Lebensmittel“. Die Schlimmsten sind nicht die älteren ruhigen Arbeiter, sondern junge unreife Leute gewesen, die in keiner Weise dazu berechtigt waren. Daß dies etwas tragikomisches Malheur mit dem Benzin sich ereignet hat, ist ja bedauerlich. Der Fall wird wohl dazu führen, daß man wiederholt Probefahrten veranstaltet.

Dann noch eins zu den Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten, die sich gegen mich und meine bei der Eröffnungsitzung des Landtags abgegebene Erklärung richten. M. H.! Ich muß doch nachdrücklich darauf hinweisen, daß wir vor der Lage standen, daß die Regierung vom Landtag ein Vertrauensvotum forderte und daß wir unsereits die Pflicht hatten, zu diesem Vertrauensvotum Stellung zu nehmen, was wir nach Lage der Sache nicht durch einfache Abstimmung tun konnten. Wenn die Wahl einen Sinn hatte und wenn die Stimmen und die Meinung derer, die uns gewählt hatten, überhaupt zur Geltung kommen sollten, dann konnte das in der gegebenen Lage nicht anders geschehen, als durch eine Motivierung unserer Abstimmung zu der Vertrauensfrage. Und die Vertrauenskundgebung wurde doch gefordert für die Person der Männer, die in der Regierung saßen. Da kann man doch nicht absehen von der Person. Da kann man doch nicht davon absehen, zu sagen: Die Politik, die vom Herrn Ministerpräsidenten befolgt worden ist, hat die und die Beanstandungen gefunden. Und ich sollte meinen, es gehört nicht viel Objektivität dazu, um, zumal nach so langer Zeit, anzuerkennen, daß wir in der Lage nicht anders handeln konnten und daß die Erklärung, die meinerseits abgegeben worden ist, auch in keiner Weise an Schärfe und Entschiedenheit über das hinausging, was unbedingt gesagt werden mußte, um der Kritik an der Politik des Herrn Ministerpräsidenten Ausdruck zu geben, die nun einmal in dem Wahlausfall lag. M. H.! Es ist für den Sprecher einer Partei keine angenehme Aufgabe, eine derartige Erklärung abzugeben, und es ist für mich ganz sicher nicht angenehm gewesen, das zu tun. Ich habe gar keine persönliche Veranlassung, mich gegen den Herrn Ministerpräsidenten zu wenden. Und deshalb sollte man anerkennen, daß das, was wir hier gesagt haben, aus rein sachlichen politischen Erwägungen hervorgegangen ist. Man kann es nicht als verfehlt und unstaatsmännisch bezeichnen, wenn man bei einer Vertrauenskundgebung für eine Regierung, um deren Neubildung es sich gerade gehandelt hat, vom Standpunkt der Opposition aus darlegt, aus welchen Gründen sie sich veranlaßt sieht, dieser Kundgebung nicht zuzustimmen.

Präsident: Herr Abg. Hug hat das Wort.

Abg. Sug: M. H.! Herr Abg. Hartong hat dem Herrn Ministerpräsidenten vorgeworfen, daß er den Gegensatz zwischen den Besitzenden und Nichtbesitzenden durch die Ausführungen über die Ursachen der Vorkommnisse verschärft habe. Ich bin der Ansicht, daß der Herr Ministerpräsident die Dinge nicht so auffassen konnte wie der Bürgermeister von Krähwinkel, den Heinrich Heine so schön glosiert hat. Denn ich bin der Auffassung, der Herr Ministerpräsident gehörte nicht an seinem Platz, wenn er nicht auch die wirtschaftlichen Ursachen der Vorkommnisse erkannt und ihnen Ausdruck gegeben hätte. Herr Abg. Lohse hat ja auch erklärt, daß man an diesen Ursachen nicht vorübergehen könne. Trotzdem hat er m. E. denn doch seine juristische strafrechtliche Auffassung vielmehr in den Vordergrund gestellt, als notwendig gewesen wäre. Es ist davon gesprochen worden, daß durch das zögernde Vorgehen der örtlichen Polizeibehörden und auch der Staatsregierung Verwirrung zwischen Recht und Ordnung noch mehr hervorgerufen worden wäre, als sie heute schon zu sehen sind, daß man selbst das Zusammentun entschlossener Bürger zum Selbstschutz dadurch verhindert habe. Ja, meine Herren, ich möchte Ihnen doch eins sagen und ganz besonders dem Herrn Kollegen Raschke, der leider hinausgegangen ist, daß derartige Auffassungen sehr leicht ausgesprochen sind, wenn so etwas passiert ist, aber daß es ganz außerordentlich scharfblickende Menschen sein müssen, die bei solchen Ereignissen sofort das Richtige erkennen. In Rüstingen-Wilhelmshaven z. B. hat der Selbstschutz sofort eingesetzt. Daß es damit aber nicht immer so klappt, als wenn man sofort die nötigen Polizeimannschaften hat, liegt auf der Hand. Man konnte es auch in Rüstingen gar nicht annehmen, daß diese Welle, die Plünderungen und zwangsweisen Preisfestsetzungen nach Rüstingen-Wilhelmshaven überspringen würden, wo die dortige Bevölkerung bei viel schwierigeren Situationen, bei Ansammlung eines viel größeren revolutionären Zündstoffes die denkbar größte Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten hat. Wohl ist richtig, daß schon am Freitag, vielleicht auch am Donnerstag, nachdem bekannt war, was in Delmenhorst und Oldenburg passiert war, nach Rüstingen Mitteilung gekommen ist. Meines Wissens ist aber auch sofort gerade mit den Korporationen der Arbeiter in Verbindung getreten worden. (Abg. Raschke: Nein, wir haben Sonnabend noch nichts davon gehört.) Ich weiß persönlich, daß am Freitag die Sache zur Verhandlung gekommen ist. Das ist ein Irrtum des Herrn Kollegen Raschke. Ich hätte auch gewünscht, daß schneller dieser Selbstschutz durch die Arbeiter zustande gekommen wäre. Aber ich wiederhole: Man konnte nicht ahnen, daß diese Welle nach Wilhelmshaven-Rüstingen überschlug. Und wenn nicht die Minensucher entlassen worden wären, glaube ich auch, würden die Plünderungen in der Stadt Wilhelmshaven gar nicht vorgekommen sein. Marktkrawalle haben wir auch in anderen Jahren gehabt während des Krieges. Nach meinem Dafürhalten ist Herr Raschke doch etwas zu hart und zu voreilig in seinem absprechenden Urteil über die dortige Polizeiverwaltung. Ich wiederhole: In keiner Stadt, in der solche Exzesse vorgekommen sind, sind sie verhütet worden und konnten sie verhütet werden. Das kommt doch nicht vorbereitet, sondern das kommt wie der Sturmwind vor dem

Gewitter. Und so sind sie auch zu beurteilen. Und die §§ 11 und 12 der Verfassung müssen doch zu Raum kommen. Es müssen doch irgendwelche Tatsachen vorliegen, daß die Staatsregierung über den Kopf der Polizeibehörde hinaus nun die Gewalt ausübt. Die Dinge sind aber so schnell passiert, und die Staatspolizei ist auch nicht früher dageswesen, als der Selbstschutz der Arbeiter in Wilhelmshaven eingetreten ist. Wichtig ist, daß die Polizeimacht, die in Wilhelmshaven sowohl wie in Rüstingen ganz außerordentlich gering war, in Wilhelmshaven sind nur 13 Polizisten, in Rüstingen waren 5 oder noch mehr auswärts und an dem Tage nur 3 vorhanden. Diese haben nur berichtet, daß sie die Ruhe im Lesserschen Geschäft verhältnismäßig leicht hergestellt haben. Es sei ihnen möglich gewesen, die Menge, die in dem Laden war, wieder herauszubringen. Daß es ihnen natürlich nicht möglich war, wo Lessers und seine Leute auch den Kopf verloren haben, Diebstähle zu verhindern, liegt auf der Hand. Wir kennen doch die Personen. Daß ein Geschäftsmann wie Lessers das Temperament hat, zu übertreiben, weiß ich. Zweifellos ist man immer klüger, wenn man vom Rathaus kommt, als wenn man heraufgeht. So wie die Dinge lagen, konnte man einen Vorwurf uns nicht machen. Auch mit Hilfe der Einwohnerwehr konnte man nichts anfangen. Herr Raschke weiß sehr genau, daß in der Bevölkerung in Wilhelmshaven-Rüstingen besonders in den demokratischen Bevölkerungsteilen noch sehr gut die Dinge bei dem Kapputsch in Erinnerung sind. Er weiß sehr genau, daß damals die Zusammensetzung der Einwohnerwehr und auch die Reichswehr doch bei diesem Teil der Bevölkerung sofort das Mißtrauen erzeugte, es könnte aus diesem rein sicherheitspolizeilichen Unternehmen ein politisches Unternehmen gemacht werden. Diese Erwägung hat einen ganzen Teil der maßgebenden Faktoren bestimmt, auf die Lokalpolizeibehörde einzuwirken, daß vorläufig von der Heranziehung von militärischer Hilfe abgesehen werden solle. Sie selbst solle tun, was sie könnte, um das Eigentum der Bürger zu schützen. Aus diesen Umständen heraus ist manches zu erklären. Ich wiederhole: Diese Zwangspreisfestsetzung und das Plündern waren Ueberraschungen überall. Kein Mensch heißt sie gut, kann sie verantworten, kann weder eine wirkliche noch theoretische Billigung ihnen angebeihen lassen. Aber, m. H., das muß auch festgestellt werden, die Arbeiter waren weder in Oldenburg noch in Wilhelmshaven wesentlich dabei beteiligt und haben kaum einen Nutzen davon gezogen. Es waren alle Bevölkerungskreise beteiligt. Hier in Oldenburg war das Bild so: Die Arbeitervertreter haben so schnell wie möglich versucht, Ordnung zu schaffen und haben die Zwangspreisfestsetzung zu inhibieren versucht. Aber kaum hatten sie die Ordnung hergestellt, da kamen auch aus den Kreisen der Beamten und anderen Kreisen die Frauen und wollten in möglichst großen Mengen die billig gewordenen Sachen kaufen. M. H.! Herr Abg. Lohse hat recht, man soll ohne bestimmte Beweise solche Dinge nicht einer politischen Partei an die Rockschöße hängen. Bei den Vorkommnissen sind sicher Anhänger aller Parteien gewesen. Andererseits aber meine Herren, muß Herr Lohse auch wissen, daß von Demagogen aller extremen Parteilager sehr oft die Not des Volkes benutzt worden ist, solche Exzesse herbeizuführen und

an diesen Erzessen dann ihre Parteisuppe zu kochen. Das sind geschichtliche Tatsachen, um die kommt man nicht herum. Und so ist auch gegen Herrn Zimmermann zu sagen: Es ist richtig, daß Kommunisten dabei gewesen sind. Soviel ich weiß, war der Zug der Plünderer von Bremen nach Delmenhorst die Anknüpfung gewesen an eine kommunistische Versammlung. Ich weiß, daß die Minensucher in Wilhelmshaven zumeist die Wähler der kommunistischen Kandidaten gewesen sind. Ich weiß — und das weiß Herr Zimmermann auch —, daß von den Personen, die Neigung hatten, in Wilhelmshaven die Geschäfte zu plündern, sowohl seine Parteianhänger wie meine Parteianhänger die Ruhe und Ordnung geschaffen haben, dafür als „Schützer des Kapitals“ von Arbeitern bezeichnet, daß sie angespiessen worden sind. Das zeigt doch, daß es unreife Elemente gewesen sind, die, obgleich sie einer Partei angehören, noch nicht die wahren Aufgaben der Gewerkschaft und anderes mehr begriffen haben. Z. B. die Versammlung in Osterburg, die am Tage nachher stattgefunden hat, ist typisch für das, was ich eben gesagt habe. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, ohne Unterschied der Partei, haben sich die größte Mühe gegeben, in Oldenburg die Vergrößerung der Erzeesse zu verhüten und Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. In der Versammlung sind Anhänger der Partei des Herrn Kollegen Zimmermann, Anhänger der Kommunisten und auch Anhänger meiner Partei über das Gewerkschaftsstatut hergefallen. Es wurde ihnen vorgeworfen, daß sie schlappe Kerle gewesen seien, daß sie anders hätten auftreten müssen, um Remedur zu schaffen in der Preistreiberei. Das zeigt, daß neben allen anderen Mitteln die Sozialisierung gerade der Industrie, die uns mit Verbrauchs- und Nahrungsmitteln versorgt, in nächster Zeit nicht zu erwarten ist. Dabei fängt man nicht an, sondern man fängt bei anderen Dingen an. In einer Zeit des so furchtbaren Zusammenbruchs ist es nicht nur unsinnig, sondern unter Umständen ein Verbrechen, wenn man solchen undisziplinierten, unorganisierten und verbitterten Menschen die Erlösung durch den Kommunismus in Aussicht stellt mit den Worten: Ihr dürft nur handeln, dann habt ihr morgen die schöne rein sozialistische Gesellschaft. Es ist die Aufklärung der Arbeitermassen nie notwendiger gewesen als heute, die Aufklärung darüber, was möglich ist und was nicht möglich ist. Das ist das einzige Mittel, das die Arbeitervertreter haben, auf die Massen einzuwirken, unter denen solche sind, die der furchtbaren Selbsthilfe das Wort reden. Die Polizei können wir nicht entbehren, die kann auch Herr Zimmermann nicht entbehren. Unsere Arbeiter sind nicht dazu da, daß sie Verbrechern, die rauben und plündern wollen, ohne Rücksicht darauf, daß die Not ihrer Kollegen noch größer wird, ohne Rücksicht darauf, daß solche Vorkommnisse immer von reaktionären Elementen benutzt worden sind, um reaktionäre Politik zu treiben, wehren. Dazu ist die Polizei da. Es muß nach jeder Richtung hin Aufklärung gebracht werden, um solche Dinge in Zukunft zu vermeiden.

Ich resümiere mich dahin, daß sicher Fehler vorliegen beim Eingreifen bei solchen Erzessen. Aber diese Mängel liegen nicht bei der Staatsregierung, sie liegen nicht an den örtlichen Polizeibehörden, sondern liegen in der Natur der Erzeesse. Da die Untersuchung noch nicht abgeschlossen ist,

wer die Urheber sind, ob Herr Abg. Lohse recht hat, oder ob die recht haben, die sagen, es ist eine antisemitische Bewegung mit dazwischen gewesen, oder ob die recht haben, die sagen, es ist nur der elementare Ausbruch der Not oder der Nadauelemente, das muß sich erst herausstellen. Man soll aber doch davon abkommen bei solchen Dingen, die einmal eine Zufälligkeit sind, die so schnell kommen wie ein Gewitter in der Nacht, die wirtschaftliche Ursachen zum Grunde haben, aus kleinen Anlässen oder Mißgriffen nun gleich den in einer schweren Stellung befindlichen staatlichen Behörden einen Strick daraus drehen zu wollen.

Präsident: Herr Abg. Hartong (Delmenhorst) hat das Wort.

Abg. **Hartong:** Der Herr Ministerpräsident hat sich gegen mich gewandt wegen meiner Kritik an seinen einleitenden Worten. Ich glaube, bei objektiver Prüfung seiner Worte und Ausführungen und auch vor allen Dingen des Tones wird man mir recht geben müssen. Wenn der Herr Ministerpräsident die Absicht, die aus seinen Worten herausklang, nicht hatte, dann wäre es richtiger gewesen, das zu sagen, als eine Kritik in der Art eines Zeugnisses über politische Einsicht usw. einzuführen, die, glaube ich, für die Zukunft nicht ganz zweckmäßig ist. Ich bin ein parlamentarischer Neuling. (Sehr richtig!) Als Neuling habe ich angenommen — ich mag mich da geirrt haben — daß der Privatberuf eines Abgeordneten keine Rolle spielt und nicht in die Debatte hineinbezogen wird. (Sehr gut!) Ich scheine mich da geirrt zu haben. Da nun aber dieser Privatberuf in die Debatte hineingezogen ist, möchte ich denn doch ganz kurz auf folgendes hinweisen. Zunächst allgemein: es ist falsch ohne weiteres hohe Dividenden, die nun mal erzielt worden sind, als Mißstand zu bezeichnen. Es ist zu berücksichtigen, daß höhere Dividenden wie im Frieden gerechtfertigt sind, da vielfach auch diejenigen, die einmal das Pech haben, Kapital zu besitzen, von der Teuerung ebenso betroffen sind, als diejenigen, die höhere Löhne haben wollen. Unter Umständen sind Dividendenbezieher notleidender als Arbeiter. (Heiterkeit.)

Da nun die Wollkämmerei einmal in die Debatte hineingezogen worden ist, sei folgendes hinzugefügt: Wenn die Wollkämmerei durch besondere Verhältnisse, durch besondere überseeische Beziehungen, die Herrn Abg. Jordan durchaus bekannt sind, in die Lage versetzt ist, einmal mehr zu erzielen, dann ist es richtiger, daß dieser Verdienst voll zur Steuer herangezogen und damit der Allgemeinheit nutzbar gemacht wird, als wenn eine Firma mit derartigen zufälligen Beziehungen dazu übergehen wollte, die Preise anders zu normieren, als wie andere Firmen es können; denn dann würde erst recht Unruhe geschaffen. Denn dann käme die Frage: „Da und da wird billiger verkauft; wie kommt es, daß die andern das nicht auch können?“ Es genügt, wie gesagt, wenn der Gewinn durch die Steuern der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt wird. Herr Zimmermann sagte, es käme vor, daß Leute, die Dividenden einstreichen, nicht wissen, wo die Werke liegen. Es kommt auch vor, daß Abgeordnete, die Werke kritisieren, auch nicht wissen, wo diese Werke liegen. Die Wollkämmerei Bremen und Delmenhorst ist dieselbe, und deshalb ist es nicht möglich, daß die Wollkämmerei Bremen 68% und die Wollkämmerei

Delmenhorst 62% Dividende zahlt. Im übrigen möchte ich sagen, daß ich als Neuling geglaubt habe, wir würden in der Kritik von Räubern und Plünderern alle einig sein, und würden uns in der Bekämpfung derartiger Elemente, die wir eigentlich alle verurteilen sollten, leichter zusammenfinden zu gemeinsamer Abwehr. Zweck derartiger Debatten ist doch nicht, die Sache parteipolitisch auszuschlachten und Ausführungen zu machen, die unter Umständen geeignet sind, den Elementen, die rauben und plündern, Wasser auf die Mühle zu geben.

Präsident: Der Herr Ministerpräsident hat das Wort.

Ministerpräsident Tanzen: Herrn Abg. Hartong (Delmenhorst) muß ich sagen, wenn er den Sinn meiner Worte mir derartig verdreht, wie er es getan hat, dann muß er sich gefallen lassen, daß ihm vom Regierungstisch und vom Ministerpräsidenten gesagt wird, er versteht die Dinge nicht, oder er unterlegt wider besseres Wissen etwas. Das wird jetzt so sein. Ich lasse mir den Sinn der Worte nicht verdrehen.

Präsident: Ich muß bemerken, daß ich in den Ausführungen des Herrn Abg. Hartong keine bewußte oder absichtliche Verdrehung der Worte des Herrn Ministerpräsidenten gefunden habe, sonst würde ich ihn zur Ordnung gerufen haben. Andererseits darf ich nicht zulassen, daß vom Herrn Ministerpräsidenten ein derartiger Vorwurf erhoben wird, ohne ihn begründen zu können.

Ministerpräsident Tanzen: Nachdem der Herr Landtagspräsident diese Stellung genommen hat, sehe ich mich veranlaßt, zu erklären, daß nach dem Beifall, mit dem die Mehrheit des Landtags meinen Ausführungen, die ich gegenüber denjenigen des Herrn Abg. Hartong gemacht habe, zugestimmt hat, daß ich von dem, was ich gesagt habe, gar nichts zurücknehmen kann. Es ist nicht von mir gesagt worden, daß Herr Hartong bewußt mir das verdreht habe. Ich habe mit Deutlichkeit gesagt: „Wenn Herr Hartong den Sinn meiner Worte mir verdreht.“ Dann habe ich nicht gesagt „bewußt“. Und ich habe hinzugefügt: „Wenn das geschieht, dann ist es mein Recht, Herrn Hartong zu sagen, er versteht die politischen Zusammenhänge, denen ich Ausdruck gegeben habe, nicht oder er unterlegt etwas wider besseres Wissen.“

Präsident: Herr Abg. Lohse hat das Wort.

Abg. Lohse: Unbewußt kann man wohl etwas mißverstehen. Verdrehen kann man nur absichtlich (Sehr richtig! Unerhört!)

Präsident: Herr Abg. Heitmann hat das Wort.

Abg. Heitmann: Es ist in der Anfrage des Herrn Abg. Schmidt die Frage gestellt, welche Ursachen nach Ansicht der Staatsregierung zu den bedauerlichen Vorkommnissen geführt haben. Diese besondere Frage veranlaßt mich, das Wort zu nehmen. Die eigentlichen Ursachen sind ja im wesentlichen schon gestreift worden. Sie liegen in den unerhörten Preisen, die für viele Volkskreise unerschwinglich sind. Dabei brauche ich nicht zu untersuchen, ob diese Preise zu einem Teil reine Konjunkturpreise sind, die mit den tatsächlichen Herstellungspreisen der Waren absolut nichts zu

tun haben, oder ob sonstwie die Preise beeinflusst werden. Es genügt, festzustellen, daß für weite Volkskreise, die Preise tatsächlich so sind, daß weite Volkskreise ihre Bedürfnisse bei diesen hohen Preisen nicht befriedigen können. Selbst der Umstand, daß Vergnügungssucht in einem Teil der Volkskreise vorhanden ist, spricht mit keinem Wort gegen diese Tatsachen. Man braucht heute als Familienvater nur gezwungen zu sein, für ein paar Kinder Schuhzeug und Kleidungsstücke kaufen zu müssen, und sofort wird die Frage bei jedem einzelnen Familienvater, ob Arbeiter, Angestellte oder Beamte oder auch Rentner, entstehen: Wo nehmen wir das Geld her, um diese Waren kaufen zu können? Und da muß festgestellt werden, daß die unerschwinglichen Preise den Nährboden bilden für alle diese Vorkommnisse, die hier bedauerlicherweise in Erscheinung getreten sind. Herr Abg. Müller hat in seinen Ausführungen die Redewendung gebraucht, daß diese Unruhen in einem Moment erfolgten, wo ein Abbau der Preise eingetreten ist. (Abg. Müller: Der geplünderten Waren.) Ich bestreite, daß ein tatsächlich für den Käufer bemerkbarer Abbau der Preise eingetreten war. Ich bestreite das aufs allerentschiedenste. Aber ich möchte auf einen anderen Umstand aufmerksam machen, der den Nährboden für diese bedauerliche Erscheinung geschaffen hat, und das ist die systematische Ablehnung jeder Verbesserung der Lohnverhältnisse seitens der Unternehmerorganisationen hier im oldenburger Lande, die bei der Begründung der Ablehnung der Verbesserung der Löhne stets und ständig mit dem Argument operierten, daß die Preise gesunken seien, wo tatsächlich niemand aber auch niemand den Beweis dafür erbringen konnte. Man operierte damit, daß Erbsen, Bohnen und Hafersfloren heruntergegangen sind. Das ist geradezu das einzige, was man als Beweismittel anführen konnte in den Verhandlungen derjenigen maßgebenden Stellen, die versuchen sollten, Lohndifferenzen zu schlichten. Aber Beweise für ein allgemeines Herabgehen der Preise konnte man nirgends erbringen. Trotzallem die entschiedene Abweisung jeder Verbesserung der Lohnverhältnisse durch diejenigen Personen, die als sogenannte Sprecher der Unternehmerverbände bei den Schlichtungsausschussitzungen auftraten. Diese systematische Abweisung jeder Verbesserung der Lohnverhältnisse, wie sie gerade in letzter Zeit hier in Oldenburg eingeführt hat, hat in erster Linie, Herr Abg. Müller, den Nährboden für die Unruhen geschaffen. Ich will noch weitergehen. Die Stelle, die da als Anwalt des Unternehmertums in den Schlichtungsausschussitzungen auftritt, um den Beweis für Preisrückgänge zu erbringen, dieselbe Stelle hat Veröffentlichungen gemacht, die zu beweisen suchten, daß der Einkaufspreis in Berliner Warenhäusern für Blumenkohl 20 Pfg. betrage, während dem oldenburger Publikum 2 M abgenommen werden. Es marschieren dann von dem Sprecher des Unternehmertums in der Veröffentlichung eine ganze Reihe von Preisen auf, die in anderen Städten niedriger sein sollen als in Oldenburg. Diese Stelle, die von dem Unternehmertum unterhalten wird, um als Sprecher die Verbesserung der Lohnverhältnisse abzulehnen, dieselbe Stelle sucht geradezu die Arbeiter aufzureizen mit der Gegenüberstellung von Reklamepreisen der Warenhäuser mit den Preisen hier am Orte. Die Kaufmannschaft mag sich

mit dieser bolschewistischen Methode des Unwerts des Unternehmertums auseinanderzusetzen. Wichtig ist es vor allen Dingen, diese Tatsache einmal vor aller Öffentlichkeit festzustellen. Nach dem so geschaffenen Nährboden für die Unzufriedenheit, Herr Abg. Müller, ist es nicht nötig, daß man in die Eisenbahnwerkstatt hineingeht, um die Massen aufzurufen für Demonstrationen. Wenn auswärtige Elemente hier gewesen sind, dann brauchen sie nur auf dem Wege zur Arbeit den Arbeitern ins Ohr zu flüstern: Der Unwert des Unternehmertums arbeitet ja daran, daß die Preise gesenkt werden können, helfst durch Demonstrationen mit.

Wenn dann unlaute Elemente diese Gelegenheit benutzen, um zu Plünderungen überzugehen, dann muß dem selbstverständlich — darüber werden wir alle einig sein — mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden. Aber ich stimme mit den Ausführungen überein, daß es vollständig verfehlt wäre, hier in solchen Situationen den Kraftmeyer zu spielen oder sich von Kriegspsyche beeinflussen zu lassen und hier sofort das Militär heranzurufen zur Unterdrückung derartiger Maßnahmen. Die Demonstration hier ist sofort von den gewerkschaftlichen Organisationen aufgefangen worden, durch die gestellten Ordner in ruhige Bahnen gelenkt und die Organisationen haben sich dafür eingesetzt, daß es zu irgendwelchen Gewalttätigkeiten nicht gekommen ist. Tatsache ist — das muß ich ausdrücklich feststellen —, daß die Reichswehr erst anrückte, als in den gewerkschaftlichen Organisationen die Ordnung längst hergestellt und verbürgt war. Aber gerade das Anrücken des Militärs, das mit Gesang durch die Straßen zog und provozierend wirkte, schuf durch dies Auftreten geradezu gefährliche Situationen.

Ich weiß nicht, ob dem Herrn Ministerpräsidenten bekannt ist, daß von Offizieren in der Reichswehr eine antisemitische Propaganda betrieben wird. Es ist durchaus notwendig einmal nachzuprüfen, was an diesen Tatsachen richtig ist, denn dann gehören m. E. diese Personen in Sicherheitsorgane absolut nicht hinein.

Bei den Ausführungen des Freundes Jordan, der frug, wer denn nun eigentlich der Schieber für diese Demonstrationen ist, habe ich die Frage dazwischengeworfen „Volkspartei?“ Ich habe nicht damit sagen wollen, daß es die Volkspartei ist. Aber, m. H., den Nährboden für diese Unruhen hat ja doch zu einem großen Teil die geradezu vergiftende Agitation der Volkspartei vor den Wahlen mit geschaffen. Ich will nicht die Volkspartei dafür verantwortlich machen und auch nicht es parteipolitisch ausnutzen. Aber, m. H., weite Kreise haben das Empfinden, daß es volksparteiischen Elementen durchaus nicht unangenehm wäre — und das wollte ich mit dieser Frage sagen —, wenn es zu der Möglichkeit käme, wieder von neuem mit militärischen Mitteln gegen weite Schichten der Bevölkerung einzuschreiten.

Es wird darauf ankommen, mit allem Ernst zu prüfen, was zur Herabminderung der Preise möglich ist. Es wird darauf ankommen, zu untersuchen, wie unsere Volkswirtschaft aufgebaut werden muß, um auch den unteren Volksschichten die Möglichkeit zu geben, ihre Bedürfnisse unter Berücksichtigung der ganzen wirtschaftlichen Ungunst der Verhältnisse befriedigen zu können. Aber die landwirtschaftlichen produktiven Kräfte, die heute Preise wie für Kartoffeln und

Fleisch fordern, fördern die Verbesserung der Verhältnisse keineswegs. Und da möchte ich an die landwirtschaftlichen Kreise die Mahnung richten, daß auch sie versuchen, in ihren Kreisen dahin zu wirken, daß die Preise der landwirtschaftlichen Produkte wenigstens einigermaßen erträglich für die Volksmassen gemacht werden. Dann werden sie zur Beruhigung und zum gegenseitigen Verstehen der Volksmassen wesentlich beitragen.

Präsident: Der Herr Ministerpräsident hat das Wort.

Ministerpräsident Laußen: M. H.! Ich möchte zu der Frage, die Herr Heitmann aufgeworfen hat, bemerken, daß mir nicht bekannt ist, daß unter den Reichswehroffizieren Antisemitismus getrieben wird, daß, wenn es mir bekannt wäre, ich auch darauf einflußlos wäre. Ich kann nur einer vorgesetzten militärischen Behörde davon Mitteilung machen. Das kann jede andere Stelle, die glaubt, derartige Mitteilungen machen zu können, auch selbst tun. Was Herr Heitmann angeführt hat über die Musik, die die Reichswehrlompagnie gespielt hat, als sie durch die Straßen zog, so haben wir uns darüber bereits telephonisch unterhalten, daß ich glaube, daß hier Herr Heitmann nicht richtig steht. Ich nehme natürlich an, daß neutrale Lieder gespielt sind; dann kann diese Musik geradezu die Gegensätze zerstreuen, dazu beitragen, die Lage zu bessern, statt zu verschlimmern. Jedenfalls ist es nicht möglich, und das möchte ich nochmals sagen, daß irgendwelche Maßnahmen der Reichswehr beeinflusst werden können von der oldenburgischen Regierung. Wir haben nichts anderes zu tun, als die Reichswehr anzufordern, ihr dann eine bestimmt umgrenzte Aufgabe zu geben. Die Reichswehr hat selbst zu entscheiden, ob sie diese Aufgabe ausführen will, und wenn sie ja sagt, liegt von dem Augenblicke an die Macht in ihrer Hand, und wir haben nicht vorzuschreiben, wie sie diese Aufgabe ausführen will, ob sie spielt, ob sie langsamen oder raschen Schritt nimmt, Kanonen und Maschinengewehre mitnimmt usw., darauf sind wir einflußlos.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Hartong (Delmenhorst) zum dritten Male mit Genehmigung des Landtages.

Abg. Hartong: Ich kann mich Herrn Lohse anschließen, der ausgeführt hat, daß der Vorwurf des Verdrehens die Absicht des Verdrehens selbstverständlich in sich schließt. Ich muß weiter sagen, daß ich die Art der Kritik des Herrn Ministerpräsidenten an dem, was ich vorgebracht habe, als angemessen nicht bezeichnen kann. Der Herr Ministerpräsident ist außerordentlich empfindlich gegen Kritik, es ist nicht das erste Mal, daß er das in einer eigenartigen Form zeigt. Trotzdem werde ich mir auch künftig das Recht zur Kritik nicht nehmen lassen.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Jordan.

Abg. Jordan: M. H.! Ich muß noch einiges sagen, weil im Laufe der Debatte wiederholt auf Delmenhorst hingewiesen ist. Herr Feigel hat hervorgehoben, daß von Bremen die Mitteilung über beabsichtigte Plünderungen an die Stadtverwaltung gekommen sei, und er verstehe nicht, wie der Oberbürgermeister diese Mitteilung in der Tasche

stundenlang herumtragen konnte, ohne etwas zu unternehmen. Mit allen Mitteln müsse die Bürgerschaft geschützt werden. Diese Auffassung ist irrig. Es ist, wie ich schon gesagt habe, eine Mitteilung von Bremen nach Delmenhorst gekommen mit dem Wunsch, den Lebensmittelgeschäften einen Wink zu geben über die Vorgänge in Bremen. Der Oberbürgermeister hat das nicht stundenlang in der Tasche herumgetragen, sondern hat den Polizeikommissar kommen lassen, einen zuverlässigen, langjährig erfahrenen Mann, und hat die Sachlage besprochen. Sie sind gemeinsam zu der Ueberzeugung gekommen, daß mit den örtlichen Mitteln die Ordnung aufrecht erhalten werden könne. Es ist dann versucht worden, die Ordnung aufrecht zu erhalten, und der Herr Abg. Lohse irrt insoweit, wenn er glaubt, daß in Delmenhorst an einer Stelle eine geregelte Plünderung oder ein durch die Polizei geregelter Ausverkauf stattgefunden habe. Das ist nicht geschehen, sondern solange die Polizei mächtig war, hat sie jedes verhindert. Zu den weiteren Wünschen, die Einwohnerwehr, soweit sie zur Verfügung stand, ohne Waffen einzusetzen, kann ich sagen, daß sich tatsächlich 50 Mann der früheren Einwohnerwehr zusammengefunden hatten, um nach dem Schauplatz zu marschieren. Aber je näher sie dem Platz der Tat gekommen sind, desto weniger sind es geworden und sind, am Orte angekommen, bis auf 20 Mann zusammengesmolzen gewesen, haben sich dann von den jungen Leuten auseinandertreiben lassen. Daher verstehe ich auch die Klage von dem früheren Leiter der Ortswehr, daß der mangelnde Mut der Bürgerwehr, oder der in der Bürgerwehr vertretenen bürgerlichen Leute, ihn nicht veranlassen könnten, die Leitung der neuen Wehr zu übernehmen. Es ist versucht worden, mit der Feuerwehr in der aufgeregten Menge Vernunft zu schaffen, auch das ist ergebnislos geblieben, man zerschneidet die Schläuche. Dann ist gesagt worden, daß, wenn in Bremen aufgeregte Volksmengen von Gemüseläden zu Gemüseläden gegangen seien, hätten in Delmenhorst Vorfahrungen getroffen werden müssen. Wer kann ob der Vorgänge in Bremen in einer anderen Stadt voraussehen, daß Menschen zusammenkommen, die plötzlich die Konfektionsläden stürmen, um sich dort zu bereichern. Wer kann in dieser Weise voraussehen, daß die örtlichen Polizeiorgane nicht ausreichen, wo sie Jahrzehnte ausgereicht haben, und telephonierte schon vor den Geschehnissen um Hilfe nach Oldenburg. Das kann man nicht voraussehen. Auch in anderen Orten hat sich ähnliches zugetragen, kein Ort ist in der Lage gewesen, Plünderungen und Ausschreitungen zu verhüten. Man sollte nun nicht darauf ausgehen, einzelne Sündenböcke zu suchen, um sie in die Wüste zu schicken; die Sache hat sich aus der Notlage des Volkes entwickelt. Man kann nicht einzelne dafür schuldig sprechen. Die Gewißheit besteht, daß überall, nicht zuletzt in Delmenhorst, wenn man vorausgesehen hätte, auch andere Vorbeugungsmaßnahmen getroffen wären, und daß ohne Rücksicht vorgegangen wäre. Das habe ich überall zum Ausdruck gebracht. — Ich wollte noch eins sagen. Herr Hartong hat noch gesprochen — er ist ja leider nicht da — von den Dividenden. Im allgemeinen hängt es nicht zusammen mit diesem Thema. Wenn er sagt, daß die Dividendeempfänger oft in größerer Not sein könnten als die Arbeiter, so hätte er vielleicht richtiger sagen wollen:

Stenogr. Berichte. II. Landtag, 1. Versammlung.

Armut ist keine Schande, Reichtum macht nicht immer glücklich.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Feigel zur Geschäftsordnung.

Abg. Feigel: M. H.! Die Uhr ist über 2 Uhr hinausgerückt. Ich möchte den Herrn Präsidenten bitten, abzubrechen und um 5 oder 6 Uhr wieder zu beginnen.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Fröhle zur Geschäftsordnung.

Abg. Fröhle: Ich möchte bitten, die Sitzung heute nachmittag auszusetzen. Es haben verschiedene Abgeordnete anderweitig disponiert. Es sind auch Fraktionsitzungen angefeht. Ich bin nicht dafür zu haben, heute nachmittag zu sitzen.

Präsident: Es ist der Antrag auf Vertagung gestellt. Ich bitte, darüber zu verhandeln, ob wir vertagen wollen oder nicht. Ich bitte die Abgeordneten, die vertagen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Das ist die Mehrheit. Ich bitte, nun darüber zu verhandeln, wann die Fortsetzung sein soll. Herr Feigel hat angeregt, heute nachmittag um 5 Uhr. Ich bitte die Herren, die damit einverstanden sind, daß die Sitzung um 5 Uhr fortgesetzt wird, sich zu erheben. — Geschieht. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Geschieht. — Der Antrag ist mit 24 gegen 19 Stimmen angenommen. Heute nachmittag um 5 Uhr wird weiter getagt. Ich schließe die Sitzung.

(Schluß 2 Uhr 10 Minuten.)

Fortsetzung der 2. Sitzung

am Dienstag, den 13. Juli 1920, nachm. 5 Uhr.

Präsident: Ich eröffne die Sitzung. Das Wort hat Herr Abg. Zimmermann.

Abg. Zimmermann (schwer verständlich infolge Unruhe des Hauses): M. H.! Ich möchte noch ein paar kleine Dinge einfügen. Die Ausführungen des Herrn Abg. Hartong haben lediglich das bestätigt, was ich ausgeführt habe. Aber interessant war eine Mitteilung, welche von ihm, die man sonst in jenen Kreisen nicht ausspricht, sondern nur danach handelt. Und das ist, daß auch auf Grund der Teuerung und der Verhältnisse die Dividenden erhöht werden müßten, da sich nach seinen Ausführungen die Aktionäre schlechter stehen als die Arbeiter. Diese Rechtfertigung ist eigenartig und einzig dastehend. Ich möchte wünschen, daß sich Herr Hartong diese Begründung patentieren läßt. Des weiteren ist ausgeführt worden und zwar von Herrn Abg. Hug, daß die Polizei nicht zu entbehren sei. Gewiß, auch ich stehe auf dem Standpunkt und bin seinerzeit dafür gewesen, und habe nicht nur dafür gestimmt, sondern dafür auch gesprochen, daß die Ortspolizei eine Notwendigkeit ist. Aber ob man neben der Ortspolizei die verschiedenen Wehren gebraucht, das wage ich zu bezweifeln. Und wir müssen auch vorsichtig sein, daß die Ortspolizei nicht wieder in dasselbe Fahrwasser gerät, wie es in früheren Jahren gewesen ist, daß man Schutz vor Schutzleuten fordern muß,

wie es ähnlich in Berlin sich durch den Mordprozeß wieder gezeigt hat. Die Ortspolizei halte ich ohne weiteres für notwendig, und die Arbeiterschaft, im Verein mit der Ortspolizei, kann jede Unruhe ohne weiteres unterdrücken. Ich will noch darauf hinweisen, daß, als bei Leffers, trotzdem das Geschäft angefüllt war mit Leuten, es drei Schutzleuten möglich gewesen ist, innerhalb $\frac{3}{4}$ Stunden die Leute aus dem Lokal herauszudrängen. Dies ist der Beweis dafür, daß es auch ohne Waffen geht. Man soll doch nicht von vornherein, wie es hier geschehen ist, fordern, daß möglichst vorher schon die Waffen angewandt werden sollen. Die Verantwortung ist außerordentlich für diejenigen, welche die Verantwortung zu tragen haben. Und es ist wahrhaftig kein Zeichen von Mut, sondern es ist ein Zeichen der Schwäche, kein Zeichen der Macht, sondern ein Zeichen der Ohnmacht, wenn man von vornherein die Leute so aufmarschieren läßt.

Es ist dann von Herrn Abg. Raschke gesagt, daß durch die Kommission festgestellt sei, der Konsumverein arbeite genau so teuer, wie der Kleinhandel. Wir dürfen keins vergessen. Gewiß, wir wollen auch in dieser Art und Weise durch Unruhen den Kleinhandel nicht unterdrücken. Das liegt uns vollständig fern. Aber dennoch gibt es Geschäfte im Kleinhandel, die heute keine Existenzberechtigung haben. Es gibt Geschäfte, wo die ganze Familie mitarbeitet, während im Konsumverein wesentlich höhere Löhne und Gehälter bezahlt werden und andererseits auch keine Kinder usw. beschäftigt werden. Alles dies spielt eine große Rolle. Von den sonstigen sozialen Einrichtungen sind die Arbeiter gar nicht zu sprechen.

Nun wurde desgleichen von Herrn Raschke erklärt, daß die Polizei in Rüstingen rat- und hilflos dagestanden habe, und hätte die Dinge treiben und gehen lassen, wie sie wollten. Das stimmt nicht. Es ist alles von der Rüstinger Polizei, desgleichen von der Arbeiterschaft getan worden, um alles abzuwehren, damit keine Plünderung stattfinde. Und fest steht da, daß nur eine Plünderung, ein einziger Fall zu verzeichnen ist, wo Ladenscheiben eingeschlagen sind.

Nun möchte ich noch mit einigen Worten auf die Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten eingehen. Ich habe von dem, was ich gesagt habe, nichts zurückzunehmen, ich halte es voll und ganz aufrecht. Wenn ich diesen Ausdruck gebraucht, so infolge der Vorkommnisse, welche sich in Deutschland abgespielt haben; nicht nur hier in Oldenburg, sondern wir haben dasselbe im vorigen Jahre in Rüstingen erlebt. Und die Heldentaten der Marburger Studenten bewiesen das aufs neue. Gewiß sind einwandfreie Leute darunter. Es sind Verführer und Verführte. Aber die Arbeiterschaft hat einen berechtigten Grund, etwas mißtrauisch gegen diese Leute zu sein. Und ich freue mich in dieser Beziehung, daß man nicht ohne weiteres, so wie es hier in Oldenburg geschehen ist, in Rüstingen Militär aufmarschieren ließ. Denn die Gefahr ist größer, weil mehr Industrie in Frage kommt, als es hier der Fall ist.

Nun spricht man soviel von Ausländern. Es ist noch kein Beweis dafür, daß Ausländer in Frage kommen können. (Zuruf: Lübeck!) Ich weiß nicht, wen man in Lübeck verhaftet hat, ob dort Ausländer in Frage kommen könnten. Aber man erinnert unwillkürlich an Heinrich

Heines Lied, in dem er sagt: „Ausländer, Fremde sind es meist, die unter uns gesät den Geist!“ Und so ist es hier auch. Wenn sie die Grundlagen für derartige Dinge beseitigen, dann werden selbst Ausländer nichts finden, auf Grund dessen sie die Massen aufpeitschen könnten. Und diese Grundlagen müssen unter allen Umständen beseitigt werden. Wenn diese beseitigt sind, dann bin ich überzeugt, dann werden wir einer Entwicklung entgegengehen, die im Interesse des deutschen Volkes liegt, aber anders nicht.

Präsident: Herr Abg. Lohse hat das Wort.

Abg. Lohse: M. H.! Ich kann an das anknüpfen, was der Herr Vorredner über die Reichswehr gesagt hat. Es ist tief zu bedauern, daß eine derartige Stellung gegenüber der Reichswehr, gegenüber der Militärmacht des Deutschen Reiches, eingenommen wird. Und es ist tief zu bedauern, wenn auch von seiten des Herrn Abg. Heitmann heute morgen die Äußerung gefallen ist, daß es aufreizend wirken müßte, wenn das deutsche Militär singend durch die Straßen zieht. Ich verstehe nicht, wie man es als aufreizend bezeichnen kann, wenn Militär durch die Straßen zieht, um zu zeigen, daß eine Ordnungsgewalt da ist, die gewillt ist, Uebergriffen entgegenzutreten. Das kann doch bei vernünftigen Leuten nicht aufreizend wirken. (Abg. Hug: In jener Situation!) Diese Situation hätte notwendig dahin führen müssen, daß man es als aufreizend empfand, daß die Truppe durch die Straßen zog? Wenn jede Machtäußerung der Staatsgewalt als aufreizend empfunden werden und deshalb unterbleiben soll, dann kommen wir niemals zur Ruhe. (Da haben Sie recht.)

Präsident: Der Herr Ministerpräsident hat das Wort.

Ministerpräsident Tauten: Ich möchte nur richtig stellen: Wenn von dieser Stelle aus das Wort „Ausländer“ gefallen ist, so ist natürlich gemeint, Personen außerhalb Oldenburgs. Das genügt ja auch für hiesige Verhältnisse. Es steht aber schon jetzt nach dem Stande der Untersuchung fest, daß in dem von mir gebrauchten Sinn Ausländer in Oldenburg tätig gewesen sind.

Präsident: Herr Abg. Kaper (Burmeide) hat das Wort.

Abg. Kaper: M. H.! Es ist von verschiedenen Seiten, von den Abgg. Jordan, Heitmann und Zimmermann, hingewiesen worden auf den Abbau der Preise. Es gehört eigentlich wohl nicht in diese Sache; aber weil die Behandlung der Frage auch einen Teil dazu beiträgt, um die Demonstration, warum es sich hier handelt, zu vermeiden, so sehen wir uns veranlaßt, in dieser Sache Stellung zu nehmen. Ich betone, daß wir von der Landwirtschaft bereit sind, sogleich an den Abbau der Preise heranzutreten. Ich bemerke aber: nicht lokal, nicht allein und auch nicht sprungweise. „Lokal“ ist gemeint für den Freistaat Oldenburg allein. „Allein“ ist gemeint für die Landwirtschaft allein. Und „sprungweise“ ist gemeint, wie jetzt die Demonstration stattgefunden hat. Ich stelle mir das ähnlich so vor, als wenn wir auf einer Treppe aus dem Hause herausgehen. Stufenweise sind wir nach oben gegangen. Jetzt stehen wir oben. Jetzt müssen wir sehen, daß wir auch stufenweise wieder herunterkommen. Springen wir plötzlich vom Dach

herunter auf die Erde, so brechen wir das Genick. Das muß vermieden werden. Wir müssen sehen, daß wir stufenweise auf die Erde heruntergehen. Und wir in der Landwirtschaft werden nicht die letzten sein, die dazu bereit sind.

Dann ist geklagt worden über die hohen Preise in der Landwirtschaft. Da ist gesagt worden z. B. Kartoffeln 30 *M*, Fleisch 12—13 *M*. Wir in der Landwirtschaft verlangen nur die prozentuale Steigerung der Arbeitslöhne der Beamten und Arbeiter. Wenn wir die haben, sind wir zufrieden. Sie müssen aber nicht denken, daß die prozentuale Ausrechnung so stattfinden darf nach Wochentagen und Monaten, sondern ein Stundenlohn muß zu Grunde gelegt werden. Erst dann werden Sie gewahr, worin die Hauptsache liegt.

Dann ist geschimpft worden über Hamsterei und Wucher. Es hat den Eindruck gewonnen, daß die Hamsterer und Wucherer hauptsächlich aus der Landwirtschaft herausgekommen sind. In der Mehrzahl trifft das nicht zu. Auch unter den von Ihnen vertretenen Kreisen sind einzelne darunter, die genügend Lebensmittel für nicht zu hohe Preise gekauft und in der Stadt für teure Preise wieder verkauft haben. Ich darf feststellen, daß Herr Abg. Zimmermann gesagt hat, daß die Arbeitslöhne auf das Fünffache gestiegen waren. Daß das nicht allgemein stimmt, das haben wohl die meisten begriffen. Wenn wir von der Landwirtschaft aus einzelne Fälle vorführen wollen, dann sind uns auch Fälle bekannt, wo die Arbeiter und Beamten 10 bis 15 *M* die Stunde verdienen. Der mittlere Weg ist, daß die Arbeiter und Beamten ein 8—10faches verdienen. Und auch wir wollen den 8—10fachen Preis der Produkte haben. Wenn die Kartoffeln in Friedenszeiten 2,50—3 *M* gekostet haben, dann müssen sie jetzt 25—30 *M* kosten. Aber das haben wir noch gar nicht gekriegt, wenn es auch festgesetzt ist. Das wollen wir auch nicht haben. Wenn immer von Abbau gesprochen wird, dann erinnere ich nur an die Beamtenbesoldungen. Da wird aufgebaut. Sollen wir da zusehen? Das geht doch nicht. Dann wird geklagt über die Fleischpreise, die seien zu hoch, 12—13 *M*. Ich weiß nicht, ob zu dem Preise das Fleisch auf Karten verkauft wird, denn das wäre zuviel. Der Höchstpreis für Fettvieh (Klasse 1a) ist 4,20 *M*, und das wäre etwa 9,50 *M* für das Pfund Fleisch. Also Sie sehen, daß auch dies übertrieben ist, 12—13 *M*. Es mögen einzelne große Städte sein, wo 12—13 *M* gegeben wird, aber darauf kommt es nicht an.

Um auf Hamsterer und Wucherer zurückzukommen: M. H.! Helfen Sie uns, diese Leute auf die richtige Stelle zu bringen, wohin sie gehören! Da möchte ich darauf hinweisen, dafür zu sorgen, daß die Verbrauchergenossenschaften und die Erzeugergenossenschaften sich zusammensuchen sollen und ein gemeinschaftliches Dasein fristen, dann werden diese Genossenschaften die tonangebenden Körperschaften sein auf dem ganzen Markt. Wir wollen nicht sagen, daß wir die ganze Kaufmannschaft ausschalten wollen; aber diese Genossenschaften müssen die tonangebenden Körperschaften sein. Und dazu helfen Sie uns! Die Woll-Kriegsgesellschaft ist im vergangenen Jahr aufgelöst. Aber heute noch werden Beamte besoldet in derartigen Gesellschaften. Helfen Sie uns, daß das nicht geschehen kann. Dann wurde etwas von landwirtschaftlichen Arbeitern gesagt, die Löhne wären von

1—6 *M* gestiegen. Ich weiß nicht, ob Stundenlohn oder Tagelöhner gemeint sind. Ich stelle fest, daß wir in unserm Amt Butjadingen festgestellt haben, daß 1,75 *M* pro Stunde gegeben werden. Also es ist nicht so, wie Herr Abg. Zimmermann gesagt hat. Dann wird noch geklagt über hohe Brotpreise. Da ist die Landwirtschaft doch am allerwenigsten schuld. Sie wissen doch alle, daß das Brotgetreide aus dem Ausland stammen soll. Ob es wahr ist, weiß ich auch nicht. Aber ich stelle fest, daß wir nur 35 Pfg. bekommen haben für 1 Pfund Brotgetreide. Also demnach müßte das Brot 30 Pfg. kosten. Dann wäre es doch wohl erschwinglich für die Verbraucher.

Also ich stelle nochmals fest, daß die Landwirtschaft bereit ist, an einem Abbau der Preise unter dem Zugeständnis, das ich gemacht habe, heranzugehen.

Präsident: Herr Abg. Kalkkuhl hat das Wort.

Abg. Kalkkuhl: Der Worte sind wohl genug schon gewechselt. Ich möchte nur eine Frage aufgeworfen haben. Es ist ja tatsächlich allseitig festgestellt, daß eine Anzahl Schäden entstanden sind. Welche Möglichkeit gibt es nun, die Geschädigten zu entschädigen? Ich kann mir die Fälle denken, daß es unter diesen Geschädigten Leute gibt, deren Existenz tatsächlich ruiniert ist. Und da wäre es doch am Platze, daß man versuchte, auf irgend eine Art und Weise diesen wieder auf die Beine zu helfen. Ich glaube, es wäre ein Gebot der Notwendigkeit, daß man versucht, diesen doch wieder eine Existenzmöglichkeit zu schaffen. Inwieweit das möglich ist, möge die Besprechung zeigen.

Dann möchte ich auch noch feststellen, daß die Landwirte ein Interesse daran haben, daß der Strafe — wenn ich es so ausdrücken darf — keine Konzessionen gemacht werden. Denn was heute den Kaufleuten passiert ist, kann morgen den Landwirten passieren. Und da haben wir ein berechtigtes Interesse daran, daß die Regierung mit scharfer Hand zupakt, wie sie das auch tatsächlich tut und getan hat, daß das unterbunden wird.

Dann in Bezug auf die Preisgestaltung darf ich vielleicht folgendes sagen. Die Landwirtschaft ist damit zufrieden, wenn sie ihre Gesteungskosten an den Produkten mit einem entsprechenden Verdienst herausbekommt. Ich glaube, das wird auch in den Kreisen der Konsumenten anerkannt werden müssen. Dies würde eine vernünftige und gesunde Preisgestaltung sein, wenn dieser Maßstab angelegt würde. Dem Landwirt sind notwendigerweise die Gesteungskosten mit einem angemessenen Verdienst zuzubilligen. Ich bin sicher, dann wird man auf dem Lande durchaus zufrieden sein. Ich weiß aus dem Ammerland, daß es eine ganze Reihe Landwirte gibt, die sagen, der Kartoffelpreis, wie er heute festgesetzt ist, 25 *M* Höchstpreis pro Zentner und 5 *M* Prämie, ist zu hoch, den brauchen wir nicht. Wir würden mit einem Preise zufrieden sein von 15 *M* pro Zentner und 5 *M* Prämie. Diese Preise, wie sie festgesetzt sind, sind unnormale. Und dann muß man darauf hinweisen, daß z. B. sehr viele Konsumenten nicht in der Lage sein werden, ihren Winterbedarf einzudecken zu diesem Preise. Familien, die sich 30 Zentner Kartoffeln zulegen müssen, das sind 900 *M* bar Geld. Und wo sind die Arbeiterfamilien, die 900 *M* liegen haben? Viele Beamte können das nicht und

Angestellte erst recht nicht. Also da gibt es große Kreise, die nicht in der Lage sind, ihren Winterbedarf an Kartoffeln einzudecken. Dann ist auch hier die Frage aufzuwerfen: Sind auch viele Konsumenten in der Lage, wenn sie wirklich das Geld hätten, die Kartoffeln zu überwintern? Es muß dafür gesorgt werden, daß die Zentraleinfaufsgenossenschaft und die Landeskartoffelstelle nicht alles Mögliche und Unmögliche einhamstern, sondern den Konsumenten muß die Möglichkeit gegeben werden, daß sie nach Bedarf ihre Kartoffeln kaufen können. Ich bin überzeugt, daß, wenn in diesem Punkt ein wenig mehr vernünftige Politik in Berlin getrieben würde, daß wir dann jedenfalls auch diese Uebelstände, wie sie sich gezeigt haben, mehr und mehr beseitigen würden. Es wäre zu prüfen, ob nicht von der Landesregierung aus auf Berlin eingewirkt werden könnte, daß man eine vernünftige Preispolitik, soweit landwirtschaftliche Produkte in Frage kommen, einführe.

Ich möchte diese Gedanken zur Erwägung gegeben haben.

Präsident: Der Herr Ministerpräsident hat das Wort.

Ministerpräsident Tausen: Auf die letzten Ausführungen will ich nicht eingehen. Sie kennen die Anschauungen der oldenb. Regierung in Bezug auf den Abbau der Zwangswirtschaft. Sie sind unverändert. Ich möchte nur kurz eingehen auf die Entschädigung. Die Entschädigung regelt sich nach dem Gesetz über die durch innere Unruhen verursachten Schäden vom 12. Mai 1920. Mit diesem Gesetze sind alle Entschädigungen, die sich nach Bestimmungen anderer Gesetze richteten, die in einzelnen Ländern bis zum 12. Mai 1920 in Geltung waren, aufgehoben nach § 11. Wenn also gesagt wird, in Preußen wird noch mehr entschädigt als nach diesem Tumultschädengesetz, so trifft das nicht zu. Dies Gesetz ist jetzt maßgebend für das ganze Reich. Nach diesem Gesetz, § 2, ist ein Anspruch auf Entschädigung nur gegeben, wenn, und soweit ohne solche, nach den Umständen das Fortkommen des Betroffenen unbillig erschwert würde. Seine gesamten Vermögens- und Erwerbsverhältnisse sind dabei zu berücksichtigen. Darin liegt eine Härte ohne Frage. Es ist nun von den Landeszentralbehörden nicht eher in der Sache vorwärts zu arbeiten, als bis nach § 6 dieses Gesetzes der Ausschuß errichtet ist, der Ausschuß, zu dessen Errichtung die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats die Vorschriften über die Zusammensetzung erläßt. Diese Vorschriften sind noch nicht erlassen. Bis diese Vorschriften erlassen sind, können die Landeszentralbehörden Stellen angeben, bei denen die Schäden anzumelden sind. Diese Stellen sind angegeben durch eine Verfügung des oldenb. Staatsministeriums. Es sind die Ämter und Magistrate. So liegen augenblicklich die Dinge. Es muß abgewartet werden, bis die Reichsregierung diese Ausführungsvorschriften erläßt. Das wird ja zweifellos in allernächster Zeit geschehen. Dann werden die Ausschüsse gebildet. In dem Ausschuß wird das Reich vertreten durch eine Person. Wir haben bereits diese Person vorgeschlagen, die auch ein Oldenburger ist, welche die Reichsinteressen wahrnehmen soll. Nach den Grundsätzen wird dann die Entschädigungspflicht festgestellt. Von dieser festgestellten Summe zahlt das Reich $\frac{9}{12}$, das Land $\frac{4}{12}$ und die Gemeinde $\frac{2}{12}$. Wenn an dieser Rechtslage irgend etwas ge-

ändert werden soll, d. h. darüber hinausgegangen oder Änderungen vorgenommen werden sollen, die ein Weniger natürlich nicht enthalten dürfen, dann ist das durch die Landesgesetzgebung möglich.

Präsident: Herr Abg. Willenborg hat das Wort.

Abg. Willenborg: Die Ausführungen des Herrn Abg. Heitmann veranlassen mich, ein paar Worte zu sagen. Es wurde heute morgen von Herrn Heitmann der Grund gesucht, worauf diese Unruhen und Teuerungskrawalle zurückzuführen seien. Darüber sind wir uns wohl alle klar, daß solche Demonstrationen an und für sich unberechtigt sind. Und daß einige wohl in Notlage sind, wollen wir auch nicht verkennen. Aber das berechtigt nicht, jetzt zu ungerechten Uebergreifen zu gehen. Nun führte Herr Heitmann an, er möchte den führenden Landwirten anheimgeben, auch an einen Abbau der Preise heranzugehen. Ich möchte doch Herrn Heitmann bitten, in dieser Beziehung etwas mehr Nachsicht zu nehmen. Denn wirklich sind an dieser Angelegenheit wohl nicht die Landwirte schuld. Wir können doch niemals davon ausgehen von diesen Preisen, die uns in Aussicht gestellt sind. Bleiben wir doch dabei, was wir wirklich bekommen haben, wovon diese Teuerung jetzt ausgeht. Wir haben unser Brotgetreide abgeliefert zu 22 $\frac{1}{2}$ Pfg. das Pfund. Von den Zuschlagprämien, die uns in Aussicht gestellt sind, haben wir bis jetzt noch gar nichts gesehen. Wir bezahlen jetzt pro Zentner Brotgetreide 50 M. Aufschlag an die Reichsgetreidestelle. Dann sind wir doch wohl nicht schuld, daß das Brot so teuer ist. Ebenso ist es mit den Kartoffeln. Bis jetzt ist noch keine Zuschlagprämie ausgezahlt worden. Und so sind doch wirklich die Landwirte nicht schuld an diesen teuren Lebensmitteln. Wir sind doch in diesem Jahre wohl nicht auf unsere Kosten gekommen, darüber sind wir uns doch klar. Denn bei den heutigen Preisen der Produktionskosten und diesen Preisen, die uns ausgezahlt sind, ist es doch nicht möglich, rentabel zu wirtschaften. An und für sich werden durch solche Ausführungen auch nicht die Gegensätze überbrückt, sondern im Gegenteil, eher verschärft. Wir stehen auf dem Standpunkt, — und es ist vorhin schon ausgeführt worden von Herrn Abg. Raper — daß wir bereit sind, an den Abbau der Preise heranzugehen. Aber dann müssen wir zugleich auch darauf hinweisen, daß die Bedarfsartikel zu den Produktionskosten in gleicher Weise mit abgebaut werden, daß wir dementsprechend in der Lage sind, einigermaßen rentabel wirtschaften zu können. Unter den heutigen Verhältnissen war es uns nicht möglich, daß wir auch einigermaßen auf unsere Kosten kommen konnten. Ich kann Ihnen eine ganze Reihe von Beispielen anführen, wie es bei uns im Münsterland unter kleineren Leuten, Feuerleuten aussieht, die sich ebenfalls wie die Arbeiter in einer Notlage befinden. Diesen Leuten ist es vollständig unmöglich, einigermaßen ihre Unkosten zu decken. Sie sind auf ihren kleinen Acker angewiesen.

Also meine Herren, ich möchte nur das zurückweisen, daß man in dieser Weise heute morgen besser getan hätte, man hätte die Ausführungen nicht gemacht. Wir wollen nicht verkennen, daß die Notlage unter den Beamten und in den Städten groß ist. Helfen Sie uns, das Uebel an

der Stelle anzufassen, wo es liegt, daß diese Zwischenpreise, die diese Teuerung verursachen, endlich mal beseitigt werden!

Präsident: Herr Abg. Heitmann hat das Wort.

Abg. Heitmann: M. H.! Es hört sich äußerst komisch an, wenn seitens der Vertreter der Landwirtschaft noch hervorgehoben wird, daß sie nicht auf ihre Kosten bezüglich ihrer Produkte gekommen sind. Sie führen da einige Beispiele an, die besonders ungünstig für sie ausschlagen, wie beim Brotgetreide, verabsäumen aber durchaus, anzugeben, wie sich die Preise in den anderen Artikeln gestaltet haben. Ich brauche im Gegensatz zum Brot nur einmal hinzuweisen auf die Preise, die sie bekommen haben für Erbsen, Bohnen, Hülsenfrüchte usw. Wie stand denn die Sache der Ablieferung seitens der Landwirtschaft an die Kommunen auf Grund der Lieferungsverträge? Sind sie denn nach irgend einer Richtung hin ihren Verpflichtungen nachgekommen? (Ja!) Ganz im Gegenteil. Erst nachdem die Kommunen allgemein einen ganz erheblichen Zuschlag auf die vereinbarten Preise gegeben haben, erst danach hat man sich bequemt, zur Ablieferung von Erbsen und Bohnen zu gehen. Und da möchte ich Sie bitten, einmal eine Vergleichung anzustellen, um wieviel Prozent denn die Preise der Hülsenfrüchte gegenüber den früheren Preisen gestiegen sind. Dasselbe ist bei Eiern der Fall — die gehören ja auch dazu — und im großen ganzen bei allen anderen landwirtschaftlichen Produkten. Wer ist denn eigentlich als Sieger aus diesem verlorenen Kriege hervorgegangen? Im allgemeinen ist dies die Landwirtschaft. Ich habe an dieser Stelle schon ein paar mal betont: Gehen Sie doch in die Sparkassen hinein und fragen Sie nach, wessen Gelder in den Sparkassen liegen! Gehen Sie hin nach den Amtsgerichten und sehen nach, wer die Löschungen von Hypotheken vollzogen hat! Es ist die Landwirtschaft, das können Sie durchaus nicht bestreiten. Und wenn Sie dann versuchen, die Dinge so hinzustellen, als ob die Preise aus dem Viehstand, der verringert worden ist, darin stecken, so zeigt die Statistik ein vollständig anderes Bild. Also mit derartigen Redensarten, daß die Landwirtschaft nicht auf ihre Kosten gekommen ist, mögen Sie in Ihren eigenen Versammlungen kommen, aber damit sollten Sie wenigstens hier in diesem Hause uns vom Leibe bleiben. Wenn Sie sagen, Sie sind zu einem Abbau der Preise bereit, so hört sich diese Redensart sehr schön an. Aber was haben Sie zum Abbau bisher getan? Sie haben doch nur nach höheren Preisen geschrien. Aber an einen Abbau haben Sie noch nicht gedacht. Ich würde mich freuen, wenn Sie den Beweis brächten, wo wirklich ein Abbau stattgefunden hat. Wir sind durchaus bereit, zu den Gestehungskosten einen angemessenen Verdienst zu geben. Und wir haben seitens der Konsumgenossenschaft von vornherein uns bereit erklärt, in der ersten Versammlung, wo wir hofften, mit Ihnen zusammenarbeiten zu können, haben wir uns bereit erklärt, die Organisation des Bezuges der landwirtschaftlichen Produkte an die Konsumenten in die Hand zu nehmen. Haben Sie diese unsere Aufforderung irgendwie erfüllt? Sie hätten es ohne weiteres in der Hand gehabt, wenn der gute Wille vorhanden gewesen wäre, auch hier die Organisation der Ablieferung an die Konsumgenossenschaft zur Vermittlung an die Konsumenten in die Hand zu

nehmen, wenn es bei Ihnen wirklich ernste Absicht wäre, an einen Preisabbau heranzutreten. Außer den Preisen, die Sie offiziell kriegen, müssen Sie doch die inoffiziellen Preise mit hinzuschlagen, die im großen ganzen die Landwirtschaft erhält. Und dann erst, wenn Sie die offiziellen Preise und die inoffiziellen Preise mit einander kalkulieren, dann kommen Sie zu dem Ergebnis, wie sich die Kosten der Landwirtschaft in Wirklichkeit stellen. Herr Abg. Kalkuhl hat angeführt, daß bei 30 M Kartoffelpreis die Konsumenten 900 M aufwenden müßten, um ihren Kartoffelbedarf zu decken. Herr Kalkuhl vergißt dabei, daß zu diesem Preis die übrigen Unkosten noch hinzukommen. Und so ist damit zu rechnen, daß der allgemeine Kartoffelpreis 36—40 M pro Zentner betragen wird. Da möchte ich einmal die Frage aufwerfen, ob denn bei den heutigen Löhnen und Gehältern es überhaupt möglich sein wird, den Winterbedarf an Kartoffeln auf einmal zu decken. Das ist ganz ausgeschlossen. Und wenn der Herr Ministerpräsident hier erklärt, daß er auf die Ausführungen des Herrn Kalkuhl bezüglich des Abbaus der Preise nicht eingehen will, weil die Stellung des Ministeriums zu dieser Frage bekannt ist, so genügt uns das durchaus nicht, sondern es muß mit aller Energie an einen Abbau der Kartoffelpreise herangegangen werden. Weite landwirtschaftliche Kreise haben selbst erklärt, daß dieser ihnen zur Verfügung gestellte Preis ein übermäßig hoher ist. Er ist zustande gekommen aus der Not der Konsumenten der Städte, infolge der schlechten Ablieferung seitens weiter Kreise der Landwirtschaft, und auf der anderen Seite auf Grund des fortgesetzten Schreiens nach höheren Preisen in bezug auf Kartoffeln und andere landwirtschaftliche Produkte. Wenn Sie hier so schön von Abbau der Preise reden, da möchte ich Sie bitten, diesen schönen Reden vor allen Dingen einmal Taten folgen zu lassen, es nicht bei Versprechungen der Organisation der Ablieferung landwirtschaftlicher Produkte bewenden zu lassen, sondern zu Taten überzugehen. Dann sind wir bereit, mit Ihnen gemeinliche Arbeit zu machen, und dann sind wir durchaus bereit, Ihnen zu den Gestehungskosten stets einen angemessenen Verdienst zu gönnen. Aber wir können uns nicht mit der Phrase der Bereitwilligkeit zum Abbau der Preise begnügen, sondern wir wollen nach dieser Richtung Taten sehen.

Präsident: Zur Geschäftsordnung Herr Abg. Lohse.

Abg. Lohse: Ich beantrage Schluß der Aussprache. M. E. kommen wir zu weit vom Thema ab.

Präsident: Wird der Antrag unterstützt? Es haben sich noch zum Wort gemeldet die Herren Abgg. Hollmann, Willenborg und Albers. Wird der Antrag auf Schluß der Debatte unterstützt? (Zustimmung.) Dann bitte ich die Abgeordneten, die dem Antrag stattgeben wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Bitte um die Gegenprobe. — Geschicht. — Es scheint mir die Minderheit zu sein. Der Antrag ist angenommen. Damit ist der Gegenstand erledigt.

Wir kommen zum 6. Gegenstand:

Bericht des Besoldungsausschusses zu der Eingabe des Ortskartells Birkenfeld (Rhe), wegen Gewährung der höheren Teuerungszulagen für besonders teure Orte an die

in Orten der Bürgermeistereien Birkenfeld (Nahe), Niederrambach und Rohlfelden wohnhaften Beamten mit Wirkung ab 1. Januar 1919.

Der Ausschuß stellt vier Anträge. Antrag 1 lautet:

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, mit größter Beschleunigung dahin zu wirken, daß die den Reichsbeamten in den besetzten Gebieten bewilligte Besatzungszulage in gleicher Weise auch den betreffenden oldenb. Beamten im Landesteil Birkenfeld gewährt werde.

Ich eröffne die Beratung über diesen Antrag 1. Herr Berichterstatter Albers, ich nehme an, daß es zweckmäßig ist, den Antrag 1 von den Anträgen 2 und 3 zu trennen, weil der Antrag 1 sich auf die Besatzungszulage bezieht und die übrigen auf die teuren Orte. Sonst würde ich alle vier Anträge gemeinsam zur Beratung stellen.

Abg. **Albers:** Ich bin damit einverstanden, daß der Antrag 1 zunächst verhandelt wird, und es erscheint mir notwendig, daß zunächst der Herr Finanzminister zu diesem Antrag das Wort nimmt.

Präsident: Dann stelle ich den Antrag 1 zunächst zur Debatte und gebe das Wort dem Herrn Finanzminister.

Finanzminister **Driver:** M. H.! Die Reichsregierung hat den in den besetzten Gebieten wohnenden Reichsbeamten und Angestellten eine Wirtschaftsbeihilfe, die sogenannte Besatzungszulage, gestaffelt in Beträgen bis zu 120 M monatlich bewilligt. Das Reich hat dies getan im Hinblick — so lautet die Begründung — auf die ungünstigen Verhältnisse, die in den von den Ententetruppen besetzten Gebieten des Reichs herrschen und unter denen insbesondere die Beamten und Angestellten wegen der zahlreichen Aufkäufe aller zum Leben notwendigen Gegenstände durch die Besatzungstruppen zu leiden haben. Das Reich ist hier vorgegangen, ohne sich mit den Ländern in Verbindung gesetzt zu haben. Die Folge der Bewilligung dieser Besatzungszulage ist natürlich die, daß die Länder gezwungen sind, nun für ihre Beamten folgen zu müssen. Ob die Besatzungszulage in sich begründet ist, darüber kann man verschiedener Ansicht sein. Ich will nur andeuten, daß der preußische Finanzminister auf dem Standpunkt steht, daß in dem besetzten Gebiete die Lebensverhältnisse im allgemeinen nicht teurer sind, als in unbesetzten Gebieten. Und ich habe selbst aus dem Munde eines Landesfinanzpräsidenten im Westen, zu dessen Bezirk besetztes und unbesetztes Gebiet gehört, erfahren, daß die Steuerungsverhältnisse in dem besetzten Gebiet keineswegs teurer seien als in dem angrenzenden unbesetzten Gebiet. Aber diese Frage kann dahingestellt bleiben. Das Reich hat nun einmal an die Reichsbeamten die sogenannte Besatzungszulage bewilligt. Von den beteiligten Ländern hat, soweit hier bekannt, Bayern sich dem Vorgang des Reiches angeschlossen. Dagegen haben Preußen, Hessen und Oldenburg dies nicht getan. Insbesondere hat der preußische Finanzminister auf das lebhafteste Protest erhoben bei der Reichsregierung, daß sie einseitig, ohne die Länder zu fragen, in dieser Frage vorgegangen sei. Er hat ferner geltend gemacht, daß das Reich nun auch die Besatzungszulage der Landesbeamten

tragen müsse, weil dieselbe letzten Endes nur eine Folge des Friedensvertrages sei, also eines Vertrages, den das Reich abgeschlossen hat. Preußen hat sich bislang auf den Standpunkt gestellt, die Besatzungszulage für die Landesbeamten nicht zu zahlen. Ebenfalls Hessen. Wir haben angefragt bei dem preußischen Finanzminister, und das Telegramm, das heute eingegangen ist, lautet folgendermaßen:

Besatzungszulagen werden in Preußen nicht eher gezahlt, als bis Reich Deckung zusagt.

Preußen hat mit dem Reich darüber verhandelt, daß das Reich die Kosten der Besatzungszulage auch für die preußischen Landesbeamten zahlen möge. Das Reich hat sich bislang ablehnend verhalten. Auch wir haben uns an das Reich gewandt. Auch uns gegenüber hat das Reich sich ablehnend verhalten. Aber die Verhandlungen zwischen dem preußischen Finanzminister und dem Reichsfinanzministerium schweben noch. Preußen droht damit, wenn das Reich die Kosten der Besatzungszulage für die Landesbeamten nicht übernimmt, daß es dann seinerseits einen dahingehenden Antrag an den Reichstag bringen will. Der hessische Finanzminister hat uns gestern folgendes Telegramm geschickt:

Hessen zahlt Besatzungszulage nicht, so lange Preußen sie nicht zahlt oder Reich keinen Ersatz leistet.

Die Staatsregierung glaubt, sich dem Vorgehen Preußens und Hessens anschließen, also schon aus dem Grunde einsteilen von der Zahlung der Besatzungszulage absehen zu müssen, um einen größeren Druck ausüben zu können auf das Reich, daß es die Kosten der Besatzungszulage trägt. Wir würden, wenn wir die Besatzungszulage hier bewilligen würden, die Position Preußens dem Reich gegenüber schwächen. Dazu liegt keine Veranlassung vor, um so weniger, als die Kosten, die der Landesteil Birkenfeld tragen müßte, doch sehr erheblich sind. Die Kosten dieser Wirtschaftsbeihilfe würden betragen für die Beamten und Angestellten in Birkenfeld 224000 M, und für die Lehrer, die dann sofort hinzukommen würden, 245000 M, im ganzen also 469000 M. Die Regierung beabsichtigt durch eine besondere Vorlage vom Landtag sich die Ermächtigung geben zu lassen, die Besatzungszulage an die Beamten und Angestellten in Birkenfeld zu zahlen, sobald dies auch in Preußen geschieht. Ich glaube, nachdem heute hier über dieselbe Angelegenheit verhandelt wird zu dem Antrag 1, bedarf es dieser Vorlage nicht mehr. Aber Sie werden aus meinen Erörterungen entnommen haben, daß die Staatsregierung nicht einverstanden ist, daß der Antrag so, wie er formuliert ist, angenommen wird. Der Antrag lautet:

Die Regierung zu ersuchen, mit größter Beschleunigung dahin zu wirken, daß die den Reichsbeamten in den besetzten Gebieten bewilligte Besatzungszulage in gleicher Weise auch den betr. oldenburgischen Beamten im Landesteil Birkenfeld gewährt werde.

Die Staatsregierung ist der Ansicht, daß diese Besatzungszulage dann gewährt werden muß, wenn auch die preußischen Landesbeamten dieselbe beziehen. Ich will dahin einen Verbesserungsantrag stellen und erlaube mir, ihn zu verlesen. Ich bitte den Antrag 1 in folgender Fassung anzunehmen:

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, dahin zu wirken, daß den Beamten und sonstigen Angestellten des Landesteils Birkenfeld Besatzungszulagen nach den für die Reichsbeamten geltenden Grundsätzen gewährt werden, sobald dies auch für die preußischen Landesbeamten geschieht.

Die letzten Worte: „sobald dies auch für die preußischen Landesbeamten geschieht,“ sind der Kern, um den es sich hier handelt. Ich bitte also, den Antrag in der verbesserten Form anzunehmen.

Präsident: Ich stelle den Antrag der Regierung, den der Herr Finanzminister Ihnen soeben verlesen hat, sofort mit zur Beratung und gebe das Wort dem Herrn Bericht-erstatte Abg. Albers.

Abg. **Albers:** M. H.! Die Ausführungen des Herrn Finanzministers sind dem Ausschuß etwas völlig neues. Während der Verhandlungen im Ausschuß ist nie davon die Rede gewesen, daß noch irgendwelche Schwierigkeiten in bezug auf diese Frage vorhanden seien. Wir stellten nur fest, daß das Reich diese Beschaffungszulage zahlt. Und nach den Schilderungen und persönlichen Darstellungen von Mitgliedern dieses Hauses aus Birkenfeld stand ohne weiteres fest, daß hier etwas geschehen müsse. Und so kam der Ausschuß dazu, diesen Antrag zu stellen. Im Ausschuß ist von irgendwelchen Schwierigkeiten nicht die Rede gewesen. Im Gegenteil, der Herr Regierungsvertreter hat dargelegt, daß er bereit sei, eine solche Vorlage dem Landtag baldmöglichst zukommen zu lassen. Wenn jetzt ein anderer Antrag gestellt wird, und zwar mit Rücksicht darauf, daß Preußen diese Zulage noch nicht zahlt, dann ist die Sachlage eine vollkommen veränderte; und ich weiß nicht, ob es im Augenblick richtig ist, heute schon hier zu einer Abstimmung bezgl. dieses Punktes zu kommen. Es wäre vielleicht zweckmäßig, daß der Ausschuß sich nochmals mit der Sache befaßt. Denn ich kann mir denken, daß im Ausschuß noch Bedenken bestehen gegen die Annahme des Antrages, wie er jetzt vorgetragen wird, und daß auch aus anderen Gründen es wünschenswert erscheint, wenn mit möglichster Beschleunigung hier eine gleiche Behandlung mit den Reichsbeamten eintritt. Deswegen bin ich der Meinung, daß wir heute noch zu keinem Ergebnis kommen können und wir den Antrag des Ausschusses als auch den Verbesserungsantrag der Regierung zurückstellen müssen.

Präsident: Sie wollen beantragen, den Antrag der Regierung und des Ausschusses wieder an den Ausschuß zurückzuverweisen?

Bericht-erstatte Abg. **Albers:** Wenn das die Mehrheit des Hauses wünscht, möchte ich das vorschlagen. Ich beantrage das.

Präsident: Herr Abg. Dörr hat das Wort.

Abg. **Dörr:** Ich möchte die Anregung des Herrn Abg. Albers unterstützen. Die Stellungnahme der Regierung bedauere ich im Interesse der Beamten in Birkenfeld. Die Tatsache der besonderen Teuerung im besetzten Gebiet besteht. Um sich davon zu überzeugen, braucht man z. B. nur einmal nach Coblenz zu kommen. Dort kann man auf Schritt und Tritt beobachten, wie alle Preise sich ein-

stellen auf die Besatzungstruppen mit ihrer hohen Besoldung. Dem normalen Bürger ist es nicht möglich Schritt zu halten. Ferner muß man berücksichtigen, daß die Besatzungsbeihilfe sich allein schon durch die Tatsache der Besetzung rechtfertigt. Man denke an die schwierige Situation, in der sich die Beamten befinden. Das Reich zahlt bereits die Teuerungsbefreiung. Das benachbarte Bayern zahlt sie. Auch Preußen hat sie beschlossen und macht sie nachträglich davon abhängig, daß es die Mittel vom Reich wiederbekommt. Wenn die Teuerung im besetzten Gebiet besteht, dann besteht sie besonders in Birkenfeld, weil Birkenfeld an das Saargebiet stößt, wo die Teuerung ungeheuerlich ist. Als selbstverständlich habe ich immer angenommen, daß diese Besatzungszulage bezahlt wird letzten Endes vom Reich und zunächst aus der Zentralkasse, jedenfalls nicht aus der Birkenfelder Landeskasse. Denn was kann Birkenfeld für die Tatsache der Besetzung!

Präsident: Herr Staatsminister Driver hat das Wort.

Staatsminister **Driver:** Wenn der Regierungsvertreter im Ausschuß die Materie nicht so vorgetragen hat, wie ich es eben getan habe, so liegt das daran, daß die beiden Telegramme erst gestern und heute eingegangen sind. Er hat sich in dem tatsächlichen Irrtum befunden, daß auch Bayern und Hessen die Beschaffungszulage auszahlten. Die Regierung hat nichts gegen die nochmalige Beratung im Ausschuß. Ich betone aber ausdrücklich, daß wir an sich den Beamten die Beschaffungszulage gönnen, weil die Reichsbeamten sie auch einmal haben. Aber wenn wir es in der Hand behalten wollen, vom Reich die Mittel erstattet zu bekommen, dann wäre es verfehlt, daß wir sie zunächst zahlen. Denn wenn wir sie erst einmal gezahlt haben, ob wir sie dann wiederbekommen werden, das ist sehr zweifelhaft.

Präsident: Herr Abg. Hartong (Birkenfeld) hat das Wort.

Abg. **Hartong:** Ich möchte auch befürworten, daß wir den Antrag zur nochmaligen Beratung im Ausschuß zurückstellen. Da wir nach den Mitteilungen des Herrn Finanzministers vor einer völlig neuen Sachlage stehen, muß im Ausschuß alles nochmals erörtert werden. Daß eine große Teuerung in dem besetzten oldenburgischen Gebiete besteht, trifft tatsächlich zu. Es mag ja sein, daß die Teuerung im besetzten Rheinland eine verschiedene ist; es mag sein, daß es dort, wo die Belgier und die Engländer sind, verschieden ist von den Teilen, wo die Franzosen sind, aber bei uns mit französischer Besetzung ist es wirklich sehr teuer. Ich habe Material dafür mitgebracht. Und wir sind in der Lage, es ihnen nachzuweisen, wenn wir die Preise der Lebensmittel und Wohnungen dort mit den hiesigen Verhältnissen vergleichen. Besonders deswegen wünsche ich eine Zurückverweisung an den Ausschuß.

Präsident: Es ist Zurückverweisung an den Ausschuß beantragt, und zwar für beide Anträge, für den Antrag 1 des Ausschusses und den Verbesserungsantrag der Regierung. Das Wort wird hierzu nicht weiter verlangt? Ich lasse dann über diesen Antrag abstimmen und bitte die Herren, die der Rückverweisung zustimmen wollen, sich zu erheben.



— Geschieht. — Der Antrag ist angenommen. Die Rückverweisung ist beschloffen. Wir kommen zum Antrag 2:

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, im Einvernehmen mit dem Reiche zu prüfen, ob die Orte der in der Eingabe genannten drei Bürgermeistereien nachträglich noch als besondere teure Orte im Sinne des oldenburgischen Kriegszulagengesetzes zu bezeichnen sind.

und zum Antrage 3:

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, beim Reiche auf die baldige und zweckdienliche Einteilung der Orte der drei oldenburgischen Landesteile im Reichsortsklassenverzeichnis hinzuwirken.

und zum Antrage 4:

Der Landtag wolle die Eingabe von 7 Beamten in Warfleth, sowie des Hauptlehrers Knese in Eckhorst und die des Provinzialverbandes Rheinland des Deutschen Beamtenbundes für erledigt erklären.

Ich eröffne die Beratung zu diesen 3 Anträgen. Das Wort hat der Herr Finanzminister.

Finanzminister Dr. **Driver**: M. H.! Die Regierung hat zu Antrag 3 und 4 nichts zu erinnern. Ueber den Antrag 2 ist ein Regierungsvertreter leider nicht gehört worden. Die Prüfung, die der Ausschuß wünscht, hat bereits stattgefunden und ist verneinend ausgefallen. Die Sachlage ist folgende: Durch das Kriegszulagengesetz vom 4. März 1920 war eine Reihe von Orten als teure Orte anerkannt und darunter von Birkenfeld die Bürgermeistereien Oberstein und Idar. Die Wirkung war die, daß die Beamten in diesen Bürgermeistereibezirken erhöhte Grundzulagen erhielten. Dieses Gesetz erhält dann weiter die Bestimmung, daß die Staatsregierung auch weitere Orte noch als teuer sollte ansehen können, die bis 1. April 1920 vom Reiche als teure Orte erklärt würden. Das ist geschehen für die Stadt Birkenfeld, für Birkenfeld-Neubrücke und für Türkismühle. Die Beamten dieser drei Orte hatten einen Antrag eingereicht vor dem 1. April und das Reich hat die Orte vor dem 1. April als teuer anerkannt. Die Beamten haben infolgedessen auch vom 1. Januar 1920 an die erhöhten Zulagen bekommen. Jetzt verlangen Beamte der Landbezirke der Bürgermeistereien Nohfelden, Niederbrombach und Birkenfeld, diese Landbezirke als teuer anzuerkennen und zwar mit Wirkung vom 1. Januar 1919 ab. Darauf habe ich zu erwidern, daß die Landesversammlung es abgelehnt hat, dem Kriegszulagengesetz rückwirkende Kraft auf den 1. Januar 1919 zu geben. Dann aber haben die Beamten aus diesen Bezirken den Antrag nicht vor dem 1. April 1920 gestellt, bei der oldenburgischen Regierung überhaupt nicht, und jedenfalls hat das Reich vor dem 1. April 1920 diese Bezirke als teuer nicht anerkannt. Es fehlt demnach an der Voraussetzung des Gesetzes, daß diese Orte noch als teuer anerkannt werden können. Durch einen einfachen Beschluß des Landtages würde das Gesetz auch nicht geändert werden können. Dann aber wäre auch eine weitere Prüfung im Einvernehmen mit dem Reiche überhaupt nicht mehr möglich. Nachdem das Reichsbefoldungsgesetz am 1. April 1920 in Kraft getreten ist, sind alle

Kriegsteuerzulagengesetze im Reiche aufgehoben, es können daher auch keine Bezirke mehr auf Grund der früher geltenden Reichskriegszulagengesetze als teuer vom Reiche anerkannt werden. Das hat auch der Reichsminister der Finanzen dem Ministerium mitgeteilt in einem kurzen Schreiben, das ich Ihnen mitteilen werde, es lautet:

„Nachdem das Reichsbefoldungsgesetz mit Rückwirkung vom 1. April d. J. in Kraft getreten ist, sind die bisherigen Bestimmungen über die Gewährung laufender Teuerungszulagen und die dazu ergangenen Ergänzungen mit Wirkung vom gleichen Zeitpunkte außer Kraft getreten.

Ich bitte daher, dahingehenden Anträgen eine Folge nicht mehr stattzugeben usw.“

Also es geht überhaupt gesetzlich nicht mehr im Reiche, daß Orte in höhere Teuerungsklassen gebracht werden, und der Reichsminister der Finanzen fügt hinzu, daß etwa dahingehende Anträge von der Landesregierung nicht mehr berücksichtigt werden möchten, daß sie aber als Material angesehen werden könnten für die demnächstige Revision des Ortsklassenverzeichnisses. Alle diese Gründe, meine Herren, zwingen dazu, daß dem Antrage so wie er gestellt ist, keine Folge gegeben werden kann. Die Prüfung hat stattgefunden und ist ablehnend ausgefallen. Ich möchte noch ein hinzufügen: Wenn nachträglich den Beamten aus diesen Landbezirken entgegengekommen werden sollte, dann würde dasselbe gelten müssen für ganz Birkenfeld, denn ich glaube nicht, daß in den übrigen Bürgermeistereien die Verhältnisse anders liegen. Dann würde ganz Birkenfeld als teuer anerkannt werden müssen, aber wie gesagt, das Gesetz vom 4. März 1920 steht ebensowohl entgegen wie das neue Reichsbefoldungsgesetz.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. **Albers**.

Abg. **Albers**: Was zuletzt ausgeführt ist, geht dahin, daß die oldenburgischen Beamten g. F. einen Anspruch daraus ziehen könnten, wenn nachträglich noch in Birkenfeld derartige Maßnahmen getroffen werden. Ich weiß nicht, ob das richtig ist. Man muß berücksichtigen, daß in Birkenfeld ja besondere Verhältnisse vorliegen, die den Ausschuß bewogen haben, von dem abzugehen, was sonst recht ist. Wir haben uns überlegt, daß die ganze Sache Schwierigkeiten bietet, aber mit Rücksicht auf die besondere Lage in Birkenfeld müßte etwas geschehen. Man kann nicht einfach die Dinge so behandeln, wie hier im Lande. Gerade in Birkenfeld war es so, daß wir wochenlang ohne Verbindung waren, und es sehr wahrscheinlich ist, daß wir die Wünsche, die in Birkenfeld von den Beteiligten vertreten wurden, nicht so schnell und mit der erwünschten Intensität verhandeln konnten. Um nun noch nachträglich diese Korrektur vornehmen zu können, haben wir diesen Antrag gestellt. Es ist gesagt, es bedarf einer Aenderung des Gesetzes. Wir wollen, wenn wir den Antrag stellen: Der Regierung zur Prüfung zu überweisen, ihr eine solche Aenderung vorschlagen, die m. E. voll zu begründen ist aus den besonderen Verhältnissen, die in Birkenfeld vorhanden sind. Es ist nicht im Antrage gesagt, daß die Rückdatierung auf den 1. Januar 1919 geschehen soll, davon kann nicht die Rede sein, das steht in der Petition, aber diese Forderung hat sich der Ausschuß bewußt nicht zu eigen gemacht. Da das

Reich seine Teuerungszulagengesetze aufgehoben hat, wird es schwierig sein, noch von reichsmegen etwas zu machen; aber weil die oldenburgischen Ortzzulagengesetze nicht aufgehoben sind, wäre es hier doch möglich. Dieser Punkt wird nicht ein Hinderungsgrund sein. Ich wiederhole, daß die Stellungnahme des Ausschusses darauf zurückzuführen ist, daß wir der Ueberzeugung waren, daß in Birkenfeld besondere Verhältnisse vorliegen, von denen wir nicht überzeugt sind, daß sie immer mit der Wärme und Intensität behandelt sind, wie das notwendig gewesen wäre. Ich möchte bitten, daß man den Antrag annimmt, wie er vom Ausschuss gestellt ist.

Präsident: Das Wort ist nicht weiter verlangt? Ich schließe die Beratung zu allen 3 Anträgen. Wir kommen zur Abstimmung und zwar zunächst über den Antrag 2, zu dem der Herr Ministerpräsident und der Herr Berichterstatter gesprochen haben, und bitte die Herren, die den Antrag 2 annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen. Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge 3 und 4. — Herr Abg. Albers hat noch das Wort.

Abg. **Albers:** Ich dachte nicht, daß die Abstimmung so schnell folgen würde. Ich habe zu dem Antrage 4 einen Verbesserungsantrag zu stellen. Es sind noch einige Petitionen nachträglich eingegangen. Dieser Verbesserungsantrag will die ganzen Eingaben nicht für erledigt erklären, sondern der Regierung als Material überweisen. Ich ziehe den Antrag 4 zurück und bitte, diesen Verbesserungsantrag anzunehmen.

Präsident: Ich nehme an, daß der Landtag damit einverstanden ist, daß, trotzdem die Besprechung geschlossen ist, noch nachträglich dieser Antrag eingebracht wird. Der Landtag hat nichts dagegen, Ich stelle den Antrag mit zur Beratung. Wir kommen zur Abstimmung. Ich kann wohl die Abstimmung zusammenfassen. Wir stimmen ab über den Antrag 3, wie er im Ausschussberichte steht, und über den Verbesserungsantrag Albers. Ich bitte die Herren, die die Anträge annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Die Anträge sind angenommen.

Der siebente Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des Verwaltungsausschusses über die Vorlage, betreffend Anstellungsbedingungen für einen Waffenmeister und einen Zahlmeister der Oldenburger Sicherheitspolizei.

Der Ausschuss beantragt:

Der Landtag wolle der Vorlage seine Zustimmung erteilen.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrage und zu der Anlage 17. Das Wort hat Herr Abg. Behrens.

Abg. **Behrens:** Ich möchte beantragen, daß unter diesen veränderten Umständen, die stattgefunden haben nach der Konferenz in Spaa, und nach der ganzen Auffassung, wie sie da zutage getreten ist, diese Vorlage nochmals an den Ausschuss zurückzuverweisen. Unter den jetzigen Verhältnissen, nach den Bedingungen, die uns in Spaa auferlegt sind, dürfen wir in Zukunft keine Sicherheitswehr mehr bestehen lassen. (Zuruf: Müssen wenigstens eine derartige Entwaffnung vornehmen, daß sie wertlos wird!) Deswegen

scheint es mir richtig zu sein, wenn die Sache nochmals mit der Regierung beraten wird, ob eine Anstellung unter diesen Umständen noch nötig erscheint.

Präsident: Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident **Tanzen:** M. H.! Die Ergebnisse der Beratung in Spaa ist für uns alle und selbst für diejenigen, die über die Vorgänge in Berlin genauer unterrichtet sind, als die Herren Abgeordneten es sein können, noch so wenig übersichtlich, daß wir kaum annehmen dürfen, was Herr Abg. Behrens annimmt. Herr Behrens nimmt an, daß die Sicherheitspolizei abgebaut werden muß in dem Sinne, daß wir sie nicht mehr halten dürfen. Es dürfen 150 000 Mann Ordnungspolizei gehalten werden. Wenn die Entente Wert darauf legt, statt Sicherheitspolizei „Ordnungspolizei“ zu sagen, so haben wir keinen Grund, dagegen anzuschreien. Sicherheit und Ordnung sind keine entgegengesetzten Begriffe, sondern gehören zusammen. Ich meine also, daß wir nicht gut tun, uns durch den unbestimmten Verlauf der Verhandlungen abhalten zu lassen, das zu tun, was wir für richtig halten. Wir müssen diese beiden Beamten einstellen aus den in der Vorlage angegebenen Gründen. Einzelheiten will ich nicht wiederholen. Ich will nur eins sagen, auch um zu verhüten, der unerwünschten Anregung des Herrn Behrens zu folgen, weil in die Reihen der Sicherheitspolizei dadurch Unruhen getragen werden. Ich halte die engste Verbindung mit der Leitung und der Organisation der Sicherheitspolizei aufrecht aus bestimmten politischen Gründen und kann sagen, daß alle die Verhandlungen und all das Unsichere in der wirtschaftlichen Existenz unserer Sicherheitsorgane die Dualität nicht bessert, und wir unsererseits müssen das, ohne Rücksicht auf die Verhältnisse, in Zukunft zum Ausdruck bringen, indem wir diese Vorlage annehmen.

Präsident: Herr Behrens hat beantragt, die Vorlage an den Ausschuss zurückzuverweisen. Wird dieser Antrag unterstützt? Er wird nicht unterstützt, er kommt also nicht zur Geltung. Das Wort wird zur Anlage 17 nicht weiter verlangt? Wir stimmen ab über den Antrag des Ausschusses. Ich bitte die Herren, die den Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen.

Der 8. Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. Verkauf einer Grundfläche an die Brandfassenverwaltung.

Der Ausschuss beantragt:

Der Landtag wolle sich mit dem Verkauf des Grundstücks zum Preise von 80 000 M an die Brandfassenverwaltung einverstanden erklären.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrage des Ausschusses und zu der Anlage 2. Das Wort wird nicht verlangt? Ich schließe die Beratung. Wir stimmen ab, und ich bitte die Herren, die den Antrag des Ausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen.

Der 9. Gegenstand der Tagesordnung ist ein

Bericht des Finanzausschusses zu der Anlage 7.

Der Ausschuß beantragt:

Der Landtag wolle zu § 230 des diesjährigen Landeshaushaltsanschlags die Summe von 185 000 *M* nachbewilligen, damit die notwendigsten Instandhaltungsarbeiten ausgeführt werden können.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrage und zu der Anlage 7. Da das Wort nicht verlangt wird, schließe ich die Beratung. Ich bitte die Herren, die den Antrag des Ausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen.

10. Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des Finanzausschusses über die Anlage 6.

Der Ausschuß beantragt:

Der Landtag wolle die Beträge von 58 000 *M* für das Elisabeth-Anna-Palais und von 26 300 *M* für die Kastellanei zum Ausbau von Wohnungen zur Verfügung stellen.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrage und zu der Anlage 6. Das Wort hat Herr Abg. Hartong (Delmenhorst).

Abg. **Hartong**: *M. H.!* Ich glaube, es wird zweckmäßig sein, daß seitens der Staatsregierung festgestellt wird, daß diese Mittel nur mit Rücksicht darauf aufgewendet werden, daß es sich um staatliche Gebäude handelt, die der Staat in jeder Beziehung in der Hand haben will. Es könnte sonst der Fall auftreten, daß sich andere Gemeinden darauf berufen, daß in der Stadt Oldenburg der Staat für staatliche Beamte Wohnungen baut, und daß sie dasselbe Recht für sich in Anspruch nehmen. Grundsätzlich ist die Wohnungsfürsorge Aufgabe der Gemeinde.

Präsident: Das Wort ist nicht weiter verlangt? Der Herr Berichterstatter verzichtet. Wir stimmen ab, und ich bitte die Herren, die den Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen.

Der 11. Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des Finanzausschusses über die Anlage 9.

Der Ausschuß beantragt:

Der Landtag wolle für die Aenderung der Heizungsanlage im Bibliothek- und Archivgebäude den Betrag von 25 000 *M* zur Verfügung stellen.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrage und zu der Anlage 9. Da das Wort nicht verlangt wird, schließe ich die Beratung. Wir stimmen ab. Ich bitte die Herren, die den Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen.

Der 12. Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des Finanzausschusses nebst Nachfrage über die Vorlage 18 des Staatsministeriums, betr. Unterbringung des Gymnasiums im alten Palais am Damm.

Der Ausschuß hat dem Berichte eine Nachfrage folgen lassen. Er beantragt im Antrage 1:

Der Landtag wolle zum Ausbau des alten Palais am Damm für die Einrichtung des Gymnasiums den Betrag von 310 000 *M* zur Verfügung stellen,

und im Antrage 2:

Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, die Umbaupläne nochmals dahin durch-

prüfen zu lassen, daß die Schulräume zu Gunsten der Wohnräume nicht beschränkt werden.

Ich eröffne die Beratung über diese beiden Anträge des Ausschusses und über die Anlage 16. Das Wort hat Herr Abg. Lohse.

Abg. **Lohse**: Ich möchte bitten, diese Nachprüfung — ich will mich eines besonderen Antrages enthalten — recht eingehend zu gestalten. Ich habe mir sagen lassen, daß Klassen nicht vom Korridor, sondern nur durch ein anderes Zimmer hindurch zu erreichen sind. Das ist ein Uebelstand, der abgestellt werden muß. Es muß darauf gehalten werden, daß die Räume des Gymnasiums so beschaffen sind, daß sie auf die Dauer ausreichen, und daß nicht mangelnde bauliche Einrichtungen den Schulzweck hindern.

Präsident: Das Wort hat der Herr Finanzminister.

Finanzminister **Dr. Driver**: Die Staatsregierung ist auch mit dem zweiten Antrag durchaus einverstanden. Es wird der ganze Umbau nochmals zu prüfen sein, ob noch Mängel da sind, die beseitigt werden müssen. Dazu gehört auch, was von dem Herrn Abg. Lohse angeführt ist. Mit dem Baubüro habe ich bereits darüber gesprochen. Es geht nicht, daß Schüler durch ein anderes Zimmer gehen, um in das Klassenzimmer zu gelangen. Wenn die Räume zu klein sind für die Schule, dann muß eben eine von den Wohnungen eingehen, und das wird geschehen. In erster Linie kommt in Betracht ordentliche Schulräume zu schaffen.

Präsident: Das Wort wird nicht weiter verlangt? Ich lasse über beide Anträge des Ausschusses zusammen abstimmen und bitte die Herren, die die Anträge annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Die Anträge sind angenommen.

Der 13. Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des Finanzausschusses, betr. Unterhaltung des Piers in Brake.

Der Ausschuß beantragt:

Der Landtag wolle diese 165 000 *M* zum Voranschlage der Hafenkasse Brake § 98 nachbewilligen.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrage und zu der Anlage 5. Das Wort ist nicht verlangt? Ich schließe die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte die Herren, die den Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen.

Es folgt als 14. Gegenstand der

Bericht des Finanzausschusses über die Anlage 18.

Der Ausschuß beantragt:

Die Summe von 13 700 *M* zur Herstellung eines Büchergestells im Bibliotheksaal bereit zu stellen und § 12 der Ausgabe im Voranschlage des Landesteils Oldenburg für das Jahr 1920 nachträglich um diesen Betrag auf 48 900 *M* zu erhöhen.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrage und zu der Anlage 18. Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident **Tanzen**: Ich sehe gerade, daß die beiden Summen sich nicht decken. Wie hängt das zusammen? Die Staatsregierung beantragt 13 300 *M*, im Antrage steht 13 700 *M*.

Präsident: Das ist ein Schreibfehler. Es muß heißen 13300 *M.* Die Endsumme mit 48900 *M.* ist richtig. Das Wort ist nicht mehr gewünscht? Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte die Herren, die den Antrag des Ausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen.

Es folgt der 15. Gegenstand der Tagesordnung:

Bericht des Finanzausschusses über den Antrag der Staatsregierung, betr. Bereitstellung von 450 000 *M.* für die Einrichtung des alten Schlosses als Landesmuseum.

Der Ausschuß stellt den Antrag 1:

Der Landtag wolle für die Einrichtung des Schlosses als Landesmuseum die Summe von 450 000 *M.* aus der Landeskasse des Landesteils Oldenburg zur Verfügung stellen,

und den Antrag 2:

Der Landtag wolle die Eingabe des Deutschen Museumsbundes durch Kenntnisaufnahme für erledigt erklären.

Ich eröffne die Beratung über diese beiden Anträge und zur Anlage 16 sowie zu der Eingabe. Das Wort wird nicht verlangt? Ich schließe die Beratung. Wir stimmen über beide Anträge gemeinsam ab. Ich bitte die Abgeordneten, die die Anträge annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Die Anträge sind angenommen.

Der 16. Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. Zuschuß für das Technikum in Varel.

Der Ausschuß stellt den Antrag 1:

Annahme der Vorlage,

und Antrag 2:

Der Landtag wolle die Bittschrift des Schülerausschusses des Technikums Varel für erledigt erklären.

Ich eröffne die Beratung über beide Anträge des Ausschusses und über die Anlage 21. Das Wort ist nicht verlangt? Ich schließe die Beratung und bitte die Herren, die die Anträge annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Die Anträge sind angenommen.

Der 17. Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des Finanzausschusses zu der Bittschrift des Schulausschusses des Technikums Varel um Anflärung über die Schulgeldfrage am Technikum Varel.

Der Ausschuß beantragt:

Uebergang zur Tagesordnung.

Ich eröffne die Beratung über diesen Antrag des Ausschusses und über die Eingabe. Wir kommen sofort zur Abstimmung. Ich bitte die Herren, die den Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen.

Der 18. Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des Verwaltungsausschusses über die Eingabe der Landeskommission für Bauarbeiterschutz vom April 1920.

Der Ausschuß beantragt:

Die vorliegende Eingabe der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Ich eröffne die Beratung über diesen Gegenstand und über die Petition. Das Wort hat Herr Abg. Frerichs.

Abg. Frerichs: *M. H.!* Es handelt sich in dieser Eingabe darum, daß auf verschiedene Petitionen hingewiesen wird, die in früheren Jahren übermittelt sind von seiten der organisierten Bauarbeiterschaft. Es wurde eine gesetzliche Regelung der Schutzvorschriften verlangt. Zudem verlangt die Bauarbeiterschaft die Ueberwachung der Schutzbestimmungen durch Baukontrolleure. Der Landtag hat sich mit dieser Frage beschäftigt und am 6. März 1914 die damals vorliegende Eingabe der Regierung als Material überwiesen. Die Regierung hat nunmehr erklärt, daß eine reichsgesetzliche Regelung dieser Angelegenheit angefündigt sei. Der Regierungsvertreter hat erklärt, daß die Regierung bereit sei, falls die reichsgesetzliche Regelung in absehbarer Zeit nicht erfolgen sollte, eine Verordnung zu erlassen, worin die Wünsche der Petenten möglichst weitgehend berücksichtigt werden sollen unter Anlehnung an die in einigen Freistaaten bestehenden Verordnungen, beispielsweise Baden und Lübeck. Daher beantragt der Verwaltungsausschuß die Eingabe der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Lohse.

Abg. Lohse: Ich darf wohl feststellen und glaube, mit dem Antragsteller im Einklang zu sein, daß diese Ueberweisung zur Berücksichtigung nun nicht etwa so zu verstehen ist, daß nun in jedem Punkte genau nach der Eingabe verfahren werden müßte, daß vielmehr die Berücksichtigung im Einklang mit der von der Regierung abgegebenen Erklärung erfolgen soll.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Frerichs.

Abg. Frerichs: Ich glaube, eben darauf hingewiesen zu haben, daß die Verordnung, die in Lübeck besteht und von der Reichsregierung empfohlen ist, als Muster auch angenommen werden soll.

Präsident: Das Wort ist nicht weiter verlangt? Ich schließe die Beratung und bitte die Herren, die den Antrag des Ausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen.

Der 19. Gegenstand der Tagesordnung bildet ein

Bericht des Finanzausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Oldenburg, betr. die Besteuerung von Schußwaffen. 1.-Lesung.

Der Ausschuß stellt mehrere Anträge. Antrag 1 lautet: Annahme der §§ 1 und 2.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrage 1, zu den §§ 1 und 2 und zu dem Gesetzentwurf im allgemeinen. Das Wort wird nicht verlangt? Ich schließe die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte die Herren, die den Antrag 1 annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen. Eine Mehrheit des Ausschusses stellt zum § 3 den Antrag 2:

Annahme des Abschnittes a mit der Aenderung, daß die Zahl 5 durch 10 ersetzt wird.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrage der Mehrheit und zum § 3a. Zum § 3b stellt eine Mehrheit den Antrag 3:

Annahme des Abschnittes b mit der Aenderung, daß die Zahl 30 durch 50 ersetzt wird, und eine Minderheit den Antrag 4:

Annahme des Abschnittes b mit der Aenderung, daß die Zahl 30 durch 40 ersetzt wird.

Ich bemerke, daß die Reihenfolge der Abstimmung so ist, daß wir über den Antrag 4 und dann über den Antrag 3 abstimmen. Ich eröffne die Beratung über diese 3 Anträge des Ausschusses.

Das Wort hat der Herr Finanzminister.

Finanzminister Dr. **Driver**: M. H.! Der Gesetzentwurf scheint eine günstige Aufnahme gefunden zu haben. Die Staatsregierung ist auch mit den gestellten Anträgen, soweit sie sich nicht auf den § 3 beziehen, einverstanden. Gegen den Antrag zu § 3 hat sie Bedenken. Sie müssen sich nicht dem Glauben hingeben, daß man mit der Festsetzung hoher Steuersätze auch ohne weiteres hohe Steuern bekommt; das sind 2 verschiedene Dinge. Wenn die Steuersätze zu hoch gegriffen werden, dann liegt die Gefahr vor, daß der betreffende Steuerpflichtige das Steuerobjekt verheimlicht, oder daß er sich dessen entäußert. Die Steuer auf Revolver, Pistolen u. dergl. scheint der Staatsregierung mit 5 M wirklich hoch genug bemessen zu sein. Gerade diese kleinen Waffen können sehr leicht verheimlicht werden, und deshalb empfiehlt es sich, die Steuer nicht zu hoch zu bemessen. Es ist nicht einerlei, ob man 5 M für eine Schußwaffe zu zahlen hat, oder 10 M. Ein Steuerpflichtiger entschließt sich doch leichter, eine geringere Steuer zu zahlen, bevor er dazu übergeht, der Steuerpflicht sich zu entziehen. Deshalb empfiehlt die Steuerregierung Ihnen, es bei 5 M zu belassen. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß, wenn sie auf 10 M hinaufgesetzt wird, sich der Steuer viele entziehen werden, indem die Anmeldung nicht erfolgt. Ich glaube deshalb, der Ausfall ist nicht so groß, wenn wir es bei 5 M belassen, vielleicht wird dieselbe Summe erreicht. Dann aber ist auch die Steuer, was die übrigen Schußwaffen anbelangt, mit 50 M zu hoch. Auch hier würde die Staatsregierung es für richtig halten, daß es bei 30 M verbleibt, denn immerhin muß man berücksichtigen, es handelt sich um eine Steuer, die jedes Jahr bezahlt werden muß. Es kommt auch vor, daß Leute mehrere Schußwaffen haben, und für jede Schußwaffe muß dieselbe Steuer bezahlt werden. Wenn Sie die Steuer so hoch festsetzen, dann entschließt sich leicht mancher, die 2. oder 3. Waffe abzuschaffen, dann ist er frei und braucht die Steuer nicht zu zahlen. Bei 50 M Jahressteuer erreichen wir nicht das, was wir wollen. Ich empfehle Ihnen, die Steuersätze der Regierungsvorlage anzunehmen.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Lohse.

Abg. **Lohse**: Ich muß bekennen, daß ich nicht einsehe, weshalb wir dem Herrn Finanzminister mehr Steuern bewilligen wollen, als er haben will.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Zimmermann.

Abg. **Zimmermann**: M. H.! Nun ist Gelegenheit gegeben, Geld zu bekommen, jetzt wird es seitens des Herrn Finanzministers abgelehnt. Ich bin der Auffassung, daß es ganz gut ist, wenn wir gerade Schußwaffen versteuern. Es

schadet nichts, wenn diese Steuer eine sehr hohe wird. Ich freue mich, wenn die Schußwaffen abgeschafft werden. Ich sehe nicht ein, daß sie hier den Satz von 10 auf 5 und von 50 auf 30 herabsetzen wollen. Gerade weil es nur eine Jahressteuer ist, sollten wir den Betrag ruhig bezahlen lassen. Wer eine Schußwaffe hat, der mag sie versteuern, wie es vorgesehen ist, denn 99% der Inhaber treiben Unfug damit.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Schipper.

Abg. **Schipper**: Ich begreife es auch nicht recht, daß die Regierung die angebotene Steuer nicht haben will. Das bedeutet für das Land einen Einnahmeausfall von etwa 200—300 000 M. Die Steuer von 10 bzw. 50 M ist sehr gering; Patronen kosten bereits 2,50 M das Stück, die Steuer schlägt also gar nicht ins Gewicht. Aber wie gesagt, wenn die Regierung die Steuer lieber nicht haben will, dann wird das Land es nicht verstehen können, wenn wir den Antrag aufrecht erhalten.

Präsident: Das Wort hat der Herr Finanzminister.

Finanzminister Dr. **Driver**: Ich möchte mich doch von dem Verdacht reinigen, daß ich als Finanzminister das Geld nicht haben will. Ich empfehle Ihnen ein Kompromiß, nehmen Sie die 5 M voll und setzen Sie dann 40 M, damit ist beiden Teilen geholfen, der Finanzminister bekommt etwas mehr und ich glaube, dann ist die Steuer auch noch nicht zu hoch begriffen, aber vor 50 M möchte ich warnen.

Präsident: Das Wort ist nicht weiter verlangt? Ich schließe die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung, zunächst über den Antrag 2:

Annahme des Abschnittes a mit der Aenderung, daß die Zahl „5“ durch „10“ ersetzt wird.

Ich bitte die Herren, die diesen Antrag annehmen wollen, sich zu erheben und stehen zu bleiben. — Geschicht. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Geschicht. — Der Antrag ist mit 19 gegen 11 Stimmen angenommen. Wir stimmen nunmehr ab über den Antrag 4, und zwar deshalb, weil nach der Geschäftsordnung über die niedrigere Summe zuerst und über die höhere Summe zuletzt abgestimmt wird. Der Antrag 4 will die Annahme von 40 und der Antrag 5 die Annahme von 50 M. Also diejenigen Herren, die 50 M bewilligen wollen, müssen zunächst den Antrag über 40 M zur Annahme verhelfen, sonst wird über den Antrag von 50 M nicht mehr abgestimmt. Ich bitte die Herren, die den Antrag 4 annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen. Wir stimmen nun ab über den Antrag 3. Ich bitte die Herren, die diesen annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Das ist die Minderheit, der Antrag ist abgelehnt. Damit ist also die Zahl 30 durch 40 ersetzt. Es folgt Antrag 5: Annahme des § 4 mit der Aenderung, daß in der 2. Zeile hinter „die“ das Wort „genaue“ eingefügt wird.

Ich eröffne die Beratung über diesen Antrag und zum § 4. Das Wort ist nicht verlangt? Ich eröffne die Beratung zum Antrage 6:

Annahme der §§ 5—8.

und zum § 5, 6, 7 und 8. Ich eröffne die Beratung weiter zu dem Antrage 7:

Annahme des § 9 mit der Aenderung, daß im 2. Absatz die Worte „gegen sofortige“ durch „nach“ ersetzt werden.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrage und zum § 9. Ich eröffne die Beratung weiter zum Antrage 8:

Annahme des § 10 mit der Aenderung, daß unter c hinter „Schußwaffen“ eingefügt wird „im ausschließlichen Gebrauch“.

und zum § 10. Ich eröffne die Beratung zum Antrage 9: Annahme des § 11 mit der Aenderung, daß der Abschnitt c folgenden Wortlaut erhält: Die im Eigentum und Gewahrsam von Schützenvereinen befindlichen ausschließlich zum Scheiben- und Vogelschießen benutzten Schußwaffen.

und zum § 11. Weiter eröffne ich die Beratung zum Antrage 10:

Annahme des § 12.

und zum § 12. Ebenso eröffne ich die Beratung zum Antrage 11:

Annahme des § 13 mit der Aenderung, daß der letzte Satz folgende Fassung erhält: Die Strafe und der Erlös aus dem Verkauf der eingezogenen Schußwaffen fließt in je zur Hälfte in die Landes- und die Gemeindefasse.

Ich eröffne auch die Beratung zum § 13. Weiter eröffne ich die Beratung zum Antrage 12:

Annahme des § 14.

und zum § 14. Das Wort wird nicht verlangt? Wir stimmen ab über die Anträge 5—12. Ich bitte die Herren, die diese Anträge annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Die Anträge sind angenommen. Anträge zur 2. Lesung bitte ich bis Donnerstag, 17. Juli, vormittags 10 Uhr, einzureichen.

Damit ist unsere Tagesordnung erschöpft. Es ist mir soeben überreicht ein selbständiger Antrag des Herrn Abg. Frerichs folgenden Wortlauts:

Ich beantrage, der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, der nächsten Versammlung des gegenwärtigen Landtags einen Gesetz-

entwurf vorzulegen mit folgenden Aenderungen des Gesetzes für den Freistaat Oldenburg, betr. die Wahlen zum Landtag vom 7. Juli 1919:

Wahlberechtigt sind alle deutschen Männer und Frauen, die am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet und eine Wohnung innerhalb des Freistaats Oldenburg unter Umständen innehaben, die auf die Absicht der dauernden Beibehaltung einer solchen schließen lassen.

In die Wahlordnung wird aufgenommen:

Die Stimmzettel dürfen als Vordruck den Namen derjenigen Partei, welcher die auf ihnen verzeichneten Kandidaten angehören, tragen.

Der Antrag ist genügend unterstützt. Ich frage, ob der Antrag in Betracht gezogen werden soll. Es ist der Fall. Ich schlage vor, ihn dem Finanzausschuß zu überweisen. Der Landtag ist einverstanden.

Es ist mir weiter überreicht eine förmliche Anfrage des Herrn Abg. Frerichs folgenden Wortlauts:

Durch die fortgesetzten Preissteigerungen aller Lebensmittel und Gebrauchsartikel sind die Alters-, Invaliden-, Unfall-, Witwen- und Waisenrentner in eine äußerst bedrängte Lage geraten.

Zwar sind von der Reichsregierung geringe Verbesserungen gewährt worden. Eine durchgreifende reichsgesetzliche Regelung ist geplant. Dieselbe dürfte allem Anschein nach in absehbarer Zeit nicht zum Abschluß kommen. Vereinzelt sind von den Kommunen Mittel in bescheidenem Umfange zur Linderung der Not bereit gestellt worden, welche aber keineswegs ausreichend sind.

Besteht für die Staatsregierung die Möglichkeit, diesen Ärmsten des Landes durch Beihilfen irgendwelcher Art, durch finanzielle Mittel oder Lieferung von Naturalien, Hilfe zu gewähren?

Ich stelle die Begründung und ordentliche Vorbringung mit auf die nächste Tagesordnung. Wann die nächste Sitzung stattfinden wird, kann ich jetzt noch nicht mitteilen. Ich schließe die Sitzung.

Schluß 6 Uhr 50 Minuten.